

Inhalt

Lagebericht	2
Geschäftsverlauf und Lage	2
Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf	2
Rahmenbedingungen	
Erfolgsentwicklung	4
Struktur und Geschäftstätigkeit	9
Beziehungen zu verbundenen Unternehmen	17
Vorgänge nach dem 31. Dezember 2007	
Ausblick	18
Risikobericht	20
Die HVB AG als Risikonehmer	20
Management und Überwachung der Risiken in der HVB AG	
Risikoarten und -messung	23
Gesamtbanksteuerung	24
Risikoarten im Einzelnen	27
<hr/>	
Gewinn- und Verlustrechnung	56
<hr/>	
Bilanz	58
<hr/>	
Anhang	64
Angaben zur Bilanz	67
Eigenkapital	74
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	75
Sonstige Angaben	76
Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate	79
Angaben zum Hypothekenbankgeschäft	84
<hr/>	
Versicherung des gesetzlichen Vertreters gemäß § 264 Abs. 2 Satz 3 und § 285 Abs. 1 Satz 5 HGB	90
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	91
<hr/>	
Finanzkalender	92

Geschäftsverlauf und Lage

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Die vom Vorstand und Aufsichtsrat am 12. September 2006 beschlossenen Übertragungen der Bank Austria Creditanstalt AG (BA-CA), der Joint Stock Commercial Bank Ukraine (HVB Bank Ukraine), der Closed Joint Stock Company (umfirmiert in ZAO UniCredit Bank, Moskau, seit Dezember 2007; im Folgenden weiterhin als IMB bezeichnet), International Moscow Bank (IMB), der AS UniCredit Bank (vormals HVB Bank Latvia AS, Riga) sowie der HVB AG Filialen Tallinn, Estland, und Vilnius, Litauen, denen am 25. Oktober 2006 die außerordentliche Hauptversammlung zugestimmt hat, wurden im Geschäftsjahr 2007 vollzogen.

Die Übertragung der Tochtergesellschaften BA-CA, IMB, AS UniCredit Bank, HVB Bank Ukraine im ersten Quartal 2007 sowie der HVB AG Filialen Tallinn und Vilnius im dritten Quartal 2007 führte beim Ergebnis vor Steuern zu einem Gewinn von 6565 Mio €.

Inbesondere auf Grund dieser Gewinne erzielte die HVB AG einen Jahresüberschuss von 8146 Mio € (Vorjahr: 1242 Mio €) sowie ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 8491 Mio € (Vorjahr: 1397 Mio €).

Auch im operativen Geschäft konnte die HVB AG in einem herausfordernden Jahr bei schwierigem finanzwirtschaftlichen Umfeld ein gutes Geschäftsergebnis erzielen. Dabei kam uns unser Geschäftsmodell zugute, das die regionalen und globalen Stärken unserer Bank gleichermaßen zur Geltung bringt. Von der Krise am amerikanischen Immobilienmarkt (Subprimekrise) sind wir direkt nur in geringem Maße betroffen. Allerdings sind die daraus folgenden Finanzmarkt-turbulenzen und deren Auswirkungen auch an unserer Erfolgsrechnung nicht spurlos vorübergegangen.

Dabei konnten wir mit einer Steigerung des Betriebsergebnisses vor Risikovorsorge auf 2833 Mio € an die stetige Verbesserung unserer operativen Geschäftsergebnisse der vergangenen Jahre nahtlos anknüpfen. Nach einer sehr erfolgreichen Ertragsentwicklung im ersten Halbjahr 2007 stiegen die operativen Erträge (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Nettoergebnis aus Finanzgeschäften sowie

Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen) gegenüber dem Vorjahr um 9,9% auf 6181 Mio € trotz der außerordentlichen Turbulenzen an den Finanzmärkten und den daraus resultierenden Ergebnisbeeinträchtigungen im dritten und vierten Quartal 2007. Mit diesem spürbaren Ertragswachstum, das insbesondere auch aus einer erfreulichen Zinsüberschussentwicklung resultiert, sowie einer leichten Reduzierung des Verwaltungsaufwands konnten wir die Cost-Income-Ratio (Quotient aus Verwaltungsaufwand und den gesamten operativen Erträgen) um 5,8%-Punkte auf 54,2% signifikant verbessern und damit die im Lagebericht zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2006 (siehe Geschäftsbericht 2006 der HVB AG, Seite 14) erwähnten ambitionierten Ziele, einer insgesamt spürbaren Verbesserung der operativen Erträge und der damit einhergehenden Verbesserung der Cost-Income-Ratio, erreichen. Die Kreditrisikovorsorge stieg in Folge eines Sondereffekts aus der Angleichung der Ermittlung der Wertberichtigungen an die internationale Rechnungslegung auf 980 Mio €. Ohne diesen Effekt reduzierte sich die Kreditrisikovorsorge gegenüber dem Vorjahr, so dass unsere im Ausblick des Geschäftsberichts 2006 genannten Erwartungen einer leichten Erhöhung der Kreditrisikovorsorge deutlich übertrafen wurden.

An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bei unseren Mitarbeitern und deren Vertretungen bedanken. Ihre Bereitschaft Veränderungen mitzutragen und gleichzeitig engagiert den geschäftlichen Erfolg – selbst in einem schwierigen und unsicheren Umfeld – zu gestalten, ist die Basis für unsere positive Entwicklung. Dies gibt uns allen das notwendige Selbstvertrauen, mit dem wir auch die Zukunft erfolgreich meistern werden.

Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2007

Die erste Hälfte des Jahres 2007 war noch von einem sehr robusten Wachstum der Weltwirtschaft geprägt. Dabei lag das Wachstumstempo im Euroraum noch sehr nahe an der Obergrenze der Erwartungen, während sich in den USA bereits erste Anzeichen einer Verlangsamung zeigten. In der zweiten Jahreshälfte 2007 trübten sich dann allerdings das Marktumfeld und die weltwirtschaftlichen Aussichten spürbar ein. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten, ausgelöst durch die Ausfälle bei strukturierten Kreditprodukten im US-Subprime-Segment, führten zu Liquiditätsengpässen am Geldmarkt. Sie verschärfen die Krise am US-Immobilienmarkt und drohen schließlich, auf andere Wirtschaftsbereiche überzugreifen und auch dort das

Wachstum zu verlangsamen. Die Federal Reserve Bank (Fed) senkte ihren Zielsatz daraufhin zum ersten Mal im September um 50 Basispunkte (Bp) von 5,25% auf 4,75% und dann erneut im Oktober und Dezember um jeweils 25 Bp auf 4,25%. Trotzdem begannen die Märkte, die höhere Wahrscheinlichkeit einer Rezession und anschließender Zinssenkungen einzupreisen. Zugleich verlor der Dollar an breiter Front, insbesondere aber gegenüber dem Euro, deutlich an Wert.

Die Investoren flüchteten auf Grund der Finanzkrise in qualitativ hochwertige Titel. Im Sog von Rezessionsängsten sanken die Renditen langfristiger Anleihen erheblich. Von der Neubewertung der Risiken an den Finanzmärkten profitierten auch die Rohstoffe. So durchbrach der Ölpreis Anfang 2008 die Marke von 100 US-Dollar pro Barrel.

Die Wirtschaft im Euroraum war mit vergleichsweise starken Fundamentaldaten in die zweite Jahreshälfte 2007 gestartet. Doch das Zusammentreffen der bereits beschriebenen Entwicklungen (Konjunkturverlangsamung in den USA, Aufwertung des Euro und steigende Rohstoffpreise) belastete zunächst das Verbrauchervertrauen sowie das Geschäftsklima und schließlich in unterschiedlicher Intensität auch die eingehenden Konjunkturdaten. Die Industrieproduktion ging in Deutschland moderat zurück. Dabei scheint die Dienstleistungsbranche stärker betroffen als das Verarbeitende Gewerbe. Nach ersten rückläufigen Tendenzen hat sich die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe insbesondere in Deutschland wieder stabilisiert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) verzeichnete im Jahr 2007 erneut ein robustes Wachstum von 2,6% bei kalenderbereinigter Betrachtung. Wichtige Impulse kamen aus der Investitionsgüterindustrie (Maschinen, Anlagen und Fahrzeuge: + 8,4%). Der gestiegene Exportüberschuss steuerte 1,4%-Punkte zum BIP-Wachstum bei. Die privaten Konsumausgaben hingegen lagen um 0,3% niedriger als im Vorjahr. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief weiterhin positiv. Zudem erhöhte sich der Leistungsbilanzüberschuss in Folge des kräftigen Exportaufschwungs auf 8% des BIP, während die Inflationsrate zwischenzeitlich auf 2,3% stieg. Die langfristigen Zinsen stiegen um 40 Bp auf 4,4% zum Jahresende 2007.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Im ersten Halbjahr 2007 waren starke Kursanstiege an den deutschen Aktien- und Investmentfondsmärkten zu verzeichnen, die für ein sehr positives Umfeld im Bereich der nicht zinsbezogenen Erträge der deutschen Banken sorgten. Im Verlauf des zweiten Geschäftshalbjahrs hingegen belasteten die im Rahmen der Finanzmarkt-turbulenzen entstandenen nachhaltigen Unsicherheiten und hohen Volatilitäten die Märkte. Die anhaltenden Korrekturen an den Finanzmärkten führten zu einer nachhaltig geringeren Risikobereitschaft der Investoren. Dadurch verringerte sich wiederum das Wachstumspotenzial bei nicht zinsbezogenen Erträgen.

Die Zinsergebnisse im deutschen Bankensektor blieben in einem stagnierenden Kreditmarkt weiterhin unter Druck. Außerdem hat sich auch die Zinsmarge (Differenz zwischen Kredit- und Einlagenzins) weiter verengt. Während das Kreditgeschäft lediglich im Firmenkundensegment wuchs, reduzierte sich die Kreditnachfrage der privaten Haushalte sowie der kleinen und mittleren Unternehmen im Geschäftsjahr 2007.

Die Kreditrisikoversorge entwickelte sich in 2007, zumindest was den Unternehmenssektor betrifft, vergleichsweise positiv. Dabei sank die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen, während die Verbraucherinsolvenzen weiter anstiegen.

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Erfolgsentwicklung

Erfolgsrechnung 2007 und wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahrs 2007

	2007	2006	VERÄNDERUNG	
	in Mio €	in Mio €	in Mio €	in %
Gewinn- und Verlustrechnung				
Zinsüberschuss	4658	3929	+ 729	+ 18,6
Provisionsüberschuss	1522	1464	+ 58	+ 4,0
Nettoergebnis aus Finanzgeschäften	- 85	336	- 421	
Verwaltungsaufwendungen	- 3348	- 3375	+ 27	- 0,8
Personalaufwand	- 1813	- 1878	+ 65	- 3,5
Andere Verwaltungsaufwendungen ¹	- 1535	- 1497	- 38	+ 2,5
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	86	- 106	+ 192	
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge	2833	2248	+ 585	+ 26,0
Risikovorsorge	- 1087	- 762	- 325	+ 42,7
Betriebsergebnis	1746	1486	+ 260	+ 17,5
Saldo sonstiges Geschäft	6745	- 89	+ 6834	
Ergebnis vor Steuern	8491	1397	+ 7094	>+100,0
Steuern	- 345	- 155	- 190	>+100,0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	8146	1242	+ 6904	>+100,0
Entnahmen aus der Rücklage für eigene Anteile	1	1	0	0,0
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	- 4073	- 621	- 3452	>+100,0
Bilanzgewinn	4074	622	+ 3452	>+100,0

¹ Einschließlich Normalabschreibungen auf Sachanlagen.

Das Ergebnis vor Steuern in Höhe von 8491 Mio € ist im Berichtsjahr von Sondereffekten geprägt. Hier sind insbesondere die im Saldo sonstiges Geschäft vereinnahmten Gewinne aus der erwähnten Übertragung der Tochtergesellschaften BA-CA, IMB, AS UniCredit Bank, HVB Bank Ukraine sowie der HVB AG Filialen Tallinn und Vilnius mit insgesamt rund 6565 Mio € zu nennen.

Im Rahmen der Bündelung der gesamten Investment Banking-Aktivitäten der UniCredit Gruppe in der HVB AG wurde das Investment Banking-Geschäft der UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM) in die HVB AG eingebracht. Nachdem dieser Transfer am 1. April 2007 wirksam wurde, sind ab diesem Zeitpunkt sämtliche Aufwendungen und Erträge des Investment Banking-Geschäfts in der Gewinn- und Verlustrechnung der HVB AG enthalten.

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 18,6% auf 4658 Mio €.

In diesem Anstieg wirkt sich der Mittelzufluss aus den Veräußerungen von Tochterunternehmen im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der HVB Group deutlich begünstigend aus. Dazu zählen neben dem Zufluss der vertraglich vereinbarten Kaufpreisverzinsung für den Zeitraum seit der außerordentlichen Hauptversammlung im Oktober 2006 bis zum tatsächlichen Zeitpunkt der Veräußerung und der Anlage der Veräußerungsgewinne auch der Wegfall der Refinanzierungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die übertragenen Investment Banking-Aktivitäten der UBM wirkten sich auf Grund von Refinanzierungen der Handelsbestände negativ auf den Zinsüberschuss aus. Diese Aufwendungen stehen in direktem Zusammenhang mit dem positiven Nettoergebnis aus Finanzgeschäften aus diesen Investment Banking-Aktivitäten.

Dagegen ermäßigten sich die Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen um 15 Mio € auf 412 Mio €. In dieser Position war im Vorjahr der über die Gewinnabführung der HVB Verwa 4 GmbH, München, abgeführte Gewinn aus dem Verkauf der Activest Investmentgesellschaft mbH, München, enthalten. Im Berichtsjahr kommt es durch den Verkaufsgewinn aus der Veräußerung der Indexchange Investment AG (Indexchange), München, ebenfalls zu einer Ausschüttung der HVB Verwa 4 GmbH; diese beläuft sich aber auf etwas mehr als die Hälfte der letztjährigen Gewinnabführung aus dem Verkaufsgewinn Activest Investmentgesellschaft mbH.

Die in den laufenden Erträgen aus Beteiligungen enthaltenen Ausschüttungen aus Private Equity Funds verdoppelten sich gegenüber dem Vorjahr.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 58 Mio € auf 1522 Mio € (+ 4,0%). Ausschlaggebend für diesen Anstieg sind insbesondere gestiegene Provisionen aus dem Bereich Financing und strukturierte Finanzierungen sowie im Konsortialgeschäft – trotz nachlassenden Geschäfts im zweiten Halbjahr auf Grund der Unsicherheiten an den Finanz- und Kapitalmärkten. Des Weiteren übertraf das Wertpapier- und Depotgeschäft das gute Niveau des Vorjahres. Insgesamt wirkte sich auch die Übertragung der Investment Banking-Aktivitäten der UBM begünstigend aus.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften

Nach einem guten Ergebnis im ersten Halbjahr 2007 beeinträchtigten die Auswirkungen aus den Finanzmarkturbulenzen das Ergebnis im zweiten Halbjahr erheblich. Insgesamt liegt das Ergebnis in Höhe von –85 Mio € in Folge der schwierigen Marktverhältnisse um 421 Mio € unter dem hohen Vorjahreswert. Die Belastungen durch die Finanzmarkturbulenzen schlugen sich insbesondere im Handelsbereich »Structured Credit« im Wesentlichen aus Bewertungsaufwendungen, aber auch aus Realisierungsverlusten bei ABS-Portfolios nieder. Verbesserte Ergebnisse im Bereich Fixed Income, Currency and Commodities (FICC) und der Effekt aus den übertragenen Investment Banking-Aktivitäten der UBM konnten den starken Einbruch im zweiten Halbjahr 2007 nur teilweise kompensieren.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahr trotz der Übertragung der Investment Banking-Aktivitäten der UBM leicht um 0,8% auf 3348 Mio €.

Der Rückgang der Personalaufwendungen um 3,5% (unter Herausrechnung der Personalaufwendungen der übertragenen Investment Banking-Aktivitäten der UBM ergibt sich ein Rückgang von 6,5%) resultiert im Wesentlichen aus der Reduzierung des Personalstands und niedrigeren Aufwendungen für erfolgsabhängige Bonuszahlungen in der Division Markets & Investment Banking; die höheren Aufwendungen aus Lohnanpassungen konnten dadurch weitaus überkompensiert werden.

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Der leichte Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen inklusive Normalabschreibungen auf Sachanlagen um 2,5% geht insbesondere auf die erstmalig enthaltenen Aufwendungen im Zusammenhang mit der Übertragung des Investment Banking-Geschäfts der UBM zurück. Unter Herausrechnung dieses Effektes ergibt sich ein Rückgang von 1,5%, sodass die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19% sowie Preissteigerungen durch die Fortführung strikten Kostenmanagements mehr als kompensiert werden konnten.

Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen beläuft sich im Geschäftsjahr auf 86 Mio € (Vorjahr: – 106 Mio €). Im Vergleich mit dem Vorjahr spiegeln sich in dieser positiven Entwicklung neben deutlich niedrigeren Rückstellungen im Nichtkreditgeschäft und für Mietgarantien, auch die Auflösung von Rückstellungen für Mietgarantien im Berichtsjahr wider.

Betriebsergebnis vor Risikovorsorge

Die operativen Erträge stiegen insbesondere auf Grund der starken Ausweitung des Zinsüberschusses in Folge der Liquiditätszuflüsse aus der Veräußerung der BA-CA um fast 10%. Bei leicht rückläufigen Verwaltungsaufwendungen verbessert sich die Cost-Income-Ratio deutlich um 5,8%-Punkte auf 54,2%.

Risikovorsorge

Der Aufwand für die Risikovorsorge inklusive Ergebnis aus Liquiditätsvorsorgebestand beläuft sich auf 1087 Mio € und liegt damit um 325 Mio € über dem Vorjahreswert. Dabei stiegen die Belastungen aus dem Kreditgeschäft um 172 Mio € auf 980 Mio €. Dies ist sowohl auf die Entwicklung der Pauschalwertberichtigungen als auch auf die erstmalige Berücksichtigung der Abzinsung der erwarteten Rückflüsse bei der Bemessung der Einzelwertberichtigungen zurückzuführen, die im Rahmen der Angleichung an die internationale Rechnungslegung und der sich veränderten herrschenden Meinung in der Interpretation der nationalen Rechnungslegungsvorschriften vorgenommen wurden. Darüber hinaus verringerte sich das Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand auf – 107 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €).

Saldo sonstiges Geschäft

Im Saldo sonstiges Geschäft in Höhe von 6745 Mio € sind insbesondere die bereits erwähnten Gewinne aus der Veräußerung unserer Tochterunternehmen BA-CA, IMB, AS UniCredit Bank, HVB Bank Ukraine sowie der HVB AG Filialen Tallinn und Vilnius enthalten. Weitere Verkaufsgewinne wurden unter anderem aus der Veräußerung der Financial Markets Service Bank GmbH (FMS Bank), München, erzielt. Die gesamten Veräußerungsgewinne bzw. -verluste aus Beteiligungen, verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren belaufen sich per Saldo auf 6827 Mio €. Daneben sind im Saldo sonstiges Geschäft Belastungen aus Verlustübernahmen in Höhe von – 69 Mio € (Vorjahr: – 230 Mio €) enthalten.

Das Vorjahresergebnis wurde darüber hinaus durch einmalige Aufwendungen im Zusammenhang mit der Änderung von Parametern bei der Ermittlung von Fair Values von Handelsbeständen sowie Finanzinstrumenten aus dem Liquiditätsvorsorgebestand in Höhe von – 153 Mio € belastet. In 2007 werden Wertänderungen des Fair-Value-Abschlags im Nettoertrag aus Finanzgeschäften in Höhe von – 31 Mio € und in der Risikovorsorge im Ergebnis aus dem Liquiditätsvorsorgebestand in Höhe von + 25 Mio € erfasst. Per Saldo ergibt sich für 2007 eine Belastung von nur 6 Mio €.

Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern stieg gegenüber dem Vorjahr um 7094 Mio € auf 8491 Mio €. Dieser starke Anstieg resultiert vor allem aus den beschriebenen Verkaufsgewinnen von Tochtergesellschaften aber auch aus der erfreulichen operativen Geschäftsentwicklung.

Steuern

Der Aufwand für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhaltet 240 Mio €, die auf die gewöhnliche Geschäftstätigkeit entfallen sowie 103 Mio €, die auf Unternehmensverkäufe zurückzuführen sind. Die sonstigen Steuern betragen 2 Mio €.

Jahresüberschuss und Gewinnverwendung

Die HVB AG erzielte im Geschäftsjahr 2007 einen Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt 8146 Mio €.

Es ist vorgesehen, aus dem Jahresüberschuss 4073 Mio € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen. Aus der Rücklage für eigene Anteile wurde der verbliebene Restbetrag in Höhe von 1 Mio € entnommen. Der Hauptversammlung 2008 schlagen wir vor zu beschließen, aus dem verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 4074 Mio € eine Dividende in Höhe von 402 Mio € an die Aktionäre auszuschütten sowie eine weitere Einstellung in die Gewinnrücklagen in Höhe von 3672 Mio € vorzunehmen. Die Dividendensumme in Höhe von 402 Mio € entspricht einer Dividende von 0,50 € je Stammaktie und je Vorzugsaktie sowie einem Vorausgewinnanteil von 0,064 € je Vorzugsaktie. Damit erhöhen wir die Dividende gegenüber dem Vorjahr (0,40 €) um ein Viertel.

Bilanz

Die Bilanzsumme der HVB AG belief sich zum 31. Dezember 2007 auf 374,0 Mrd €. Im Vergleich mit dem Jahresende 2006 bedeutet dies einen Anstieg in Höhe von 52,1 Mrd € bzw. 16,2%. Dieser Anstieg resultiert vor allem aus dem Volumenzugang auf Grund der Übertragung der Investment Banking-Aktivitäten der UBM auf die HVB AG. Per 31. Dezember 2007 beläuft sich das Aktivvolumen der übertragenen Aktivitäten auf 44,8 Mrd €. Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich dabei um 26,3 Mrd € weitaus überwiegend resultierend aus der Übertragung der Investment Banking-Aktivitäten der UBM.

Dagegen gingen die Forderungen an Kunden leicht um 2,2 Mrd € zurück. Das Kreditvolumen beläuft sich auf 474,2 Mrd €, darin sind 42,4 Mrd € aus den Investment Banking-Aktivitäten der UBM enthalten. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Kreditvolumen um insgesamt 70,0 Mrd €.

Die Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren erhöhten sich deutlich um 28,3 Mrd € auf nunmehr 94,6 Mrd €, darin enthalten sind 10,9 Mrd € aus den Investment Banking-Aktivitäten der UBM. Der Bestand an Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren stieg im Wesentlichen wegen Übertragung der Investment Banking-Aktivitäten der UBM um 5,8 Mrd € auf 29,9 Mrd €. Auf Grund der Beteiligungsverkäufe im Rahmen der strategischen Neuausrichtung sank der Bestand an Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen um 7,9 Mrd € auf nur noch 4,1 Mrd €.

Während die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten auf Grund der übertragenen Investment Banking-Aktivitäten der UBM um 16,0 Mrd € auf 113,9 Mrd € stiegen, geht der Zuwachs bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 19,2 Mrd € auf 123,2 Mrd € lediglich zu einem Drittel auf die übertragenen Investment Banking-Aktivitäten der UBM zurück. Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten des übertragenen Investment Banking-Geschäfts der UBM handelt es sich im Wesentlichen um so genannte Repos (Repurchase Agreements). Auch die Sonstigen Verbindlichkeiten stiegen wegen der Übertragungen der Investment Banking-Aktivitäten der UBM um 9,0 Mrd € auf 29,9 Mrd €.

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,9 Mrd € auf jetzt 22,1 Mrd €. Dieser starke Zuwachs resultiert im Wesentlichen aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 8,1 Mrd € sowie der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage (1060 Mio €) im Rahmen der Übertragung der Investment Banking-Aktivitäten der UBM. Aus der Rücklage für eigene Anteile wurde der verbliebene Restbetrag in Höhe von 1 Mio € entnommen. Den anderen Gewinnrücklagen haben wir 4,1 Mrd € zugeführt.

Die Risikoaktiva nach KWG belaufen sich nach festgestelltem Jahresabschluss 2007 auf 127,3 Mrd € (2006: 137,6 Mrd €). Die Marktrisikopositionen betragen 13,8 Mrd €.

Zum 31. Dezember 2007 beläuft sich das Kernkapital (KWG) nach festgestelltem Jahresabschluss auf 17,9 Mrd €. Die Eigenmittel, die neben dem haftenden Eigenkapital (24,5 Mrd €) auch die so genannten Drittrangmittel einschließen, betragen 24,5 Mrd €. Damit errechnet sich eine Kernkapitalquote in Höhe von 14,1% und eine Eigenmittelquote von 17,4%.

Die Liquidität eines Kreditinstituts wird bankaufsichtsrechtlich anhand der Liquiditätskennzahl gemäß § 11 KWG beurteilt. Diese Kennzahl setzt die innerhalb eines Monats verfügbaren Zahlungsmittel ins Verhältnis zu den in diesem Zeitraum abrufbaren Zahlungsverpflichtungen. Die Liquidität gilt als ausreichend, wenn der Kennzahlenwert mindestens 1,0 beträgt. In der HVB AG belief sich der Wert für das Jahr 2007 auf durchschnittlich 1,2 (2006: 1,2).

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Geschäftsstellen

Im Geschäftsjahr 2007 unterhielt die HVB AG 634 inländische und 29 ausländische Geschäftsstellen. In den übrigen Regionen wurden Repräsentanzen in Dänemark und Singapur eingerichtet. Die Repräsentanz in der Schweiz wurde geschlossen. Im Rahmen der strategischen Neuausrichtung der HVB AG wurden die Geschäftsstellen in Tallinn, Estland, sowie in Vilnius, Litauen, an die AS Uni-Credit Bank, Riga, verkauft.

Geschäftsstellen nach Regionen:

	ZUGÄNGE		ABGÄNGE		2007
	2006	NEU-ERÖFFNUNGEN	SCHLIESSUNGEN	ZUSAMMEN-LEGUNGEN	
Deutschland					
Baden-Württemberg	24	1	—	—	25
Bayern	370	1	—	-1	370
Berlin	7	1	—	—	8
Brandenburg	8	—	—	—	8
Bremen	—	—	—	—	—
Hamburg	30	—	—	-3	27
Hessen	14	—	—	-1	13
Mecklenburg-Vorpommern	8	—	—	—	8
Niedersachsen	26	—	-1	—	25
Nordrhein-Westfalen	19	2	-1	—	20
Rheinland-Pfalz	22	—	—	—	22
Saarland	9	—	—	—	9
Sachsen	10	—	—	—	10
Sachsen-Anhalt	12	—	—	—	12
Schleswig-Holstein	72	—	-2	-2	68
Thüringen	9	—	—	—	9
Zwischensumme	640	5	-4	-7	634
Übrige Regionen					
Europa	14	1	-4	—	11
Amerika	6	—	—	—	6
Asien	10	1	—	—	11
Afrika	1	—	—	—	1
Australien	—	—	—	—	—
Zwischensumme	31	2	-4	—	29
Insgesamt	671	7	-8	-7	663

Struktur und Geschäftstätigkeit

Rechtliche Struktur

Die Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft (HVB AG) entstand 1998 durch die Fusion der Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft mit der Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft. Seit November 2005 ist die HVB AG ein verbundenes Unternehmen der UniCredito Italiano S.p.A. (UniCredit), Rom. Grundlagenvereinbarung für den Zusammenschluss der HVB AG und der UniCredit ist das am 12. Juni 2005 abgeschlossene Business Combination Agreement (BCA), das automatisch fünf Jahre nach Vollzug des Umtauschangebots endet, sofern es nicht durch die UniCredit verlängert wird.

Nach Beschluss des Aufsichtsrats und Vorstands am 12. September 2006 zur Veräußerung der Anteile an der Bank Austria Creditanstalt AG (BA-CA) sowie weiterer Einheiten in Zentral- und Osteuropa und der Zustimmung unserer Aktionäre auf der außerordentlichen Hauptversammlung am 25. Oktober 2006 erfolgte im ersten Quartal 2007 die Übertragung der Anteile der Bank Austria Creditanstalt AG an die UniCredit, der Joint Stock Commercial Bank Ukraine (HVB Bank Ukraine) an die Bank Pekao S.A. sowie der Closed Joint Stock Company International Moscow Bank (IMB) und der AS UniCredit Bank (vormals HVB Bank Latvia AS, Riga) an die BA-CA; im dritten Quartal 2007 wurde der Verkauf der Filialen der HVB AG in Tallinn, Estland, und Vilnius, Litauen, an die AS UniCredit Bank vollzogen.

Am 30. März 2007 haben der Verwaltungsrat der UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM) sowie der Vorstand und der Aufsichtsrat der HVB AG die Einbringung des Investment Banking-Geschäfts der UBM, basierend auf einem Bewertungsgutachten von PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC), gegen Ausgabe von 51 684 532 neuer Stammaktien der HVB genehmigt. Der Transfer wurde am 1. April 2007 wirksam. Diese Transaktion war ein wesentlicher Schritt, die Investment Banking-Aktivitäten der gesamten UniCredit Gruppe bei der HVB AG zu bündeln.

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Gesellschaft am 26./27. Juni 2007 wurde die Übertragung der Anteile der Minderheitsaktionäre der HVB AG im Rahmen eines Squeeze-out-Verfahrens auf die UniCredit gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (38,26 € je Aktie) mit einer Mehrheit von 98,77% der abgegebenen Stimmen beschlossen.

Bis zum Vollzug des Squeeze-outs, der mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam wird, bleiben die Stammaktien der HVB AG zum amtlichen Handel an allen deutschen Wertpapierbörsen zugelassen, sowie an der Börse in Wien, der Euronext in Paris und der Schweizer Wertpapierbörse SWX Swiss Exchange.

Nach Übertragung der Tochtergesellschaften BA-CA, IMB, AS UniCredit Bank, HVB Bank Ukraine sowie der HVB AG Filialen Tallinn und Vilnius wurden insbesondere von Aktionären der HVB AG zahlreiche Rechtsstreitigkeiten eingeleitet. Diese Rechtsstreitigkeiten sind im Einzelnen im Risikobericht im Abschnitt »Operationelles Risiko« detailliert dargestellt.

Angaben gemäß § 289 Abs. 4 HGB im Zusammenhang mit dem Übernahmerichtlinie-Umsetzungsgesetz **Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals**

Im Zusammenhang mit der Einbringung des Investment Banking-Geschäfts der UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM), Mailand, im Wege einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen erhöhte sich das gezeichnete Kapital der HVB AG gegenüber dem Jahresende 2006 um 155 053 596,– €. Die Kapitalerhöhung wurde am 3. April 2007 in das Handelsregister eingetragen. Das gezeichnete Kapital der HVB AG beträgt seither 2 407 151 016,– € und ist eingeteilt in 2 363 490 216,– € auf den Inhaber lautende Stammaktien, zerlegt in 787 830 072 Stückaktien und 43 660 800,– € auf den Namen lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, zerlegt in 14 553 600 Stückaktien. Auf die nennwertlosen Stückaktien entfällt ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von 3,– €. Die Aktien sind voll eingezahlt. Die Stammaktien machen 98,19% und die Vorzugsaktien 1,81% des Grundkapitals aus.

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Die Stammaktien lauten nach § 6 Abs. 1 der Satzung auf den Inhaber oder auf Namen. Namensstammaktien sind zurzeit nicht ausgegeben. Bei Neuausgabe von Aktien kann der Vorstand gemäß § 6 Abs. 1 der Satzung mit Zustimmung des Aufsichtsrats bestimmen, ob und wie viele Inhaber- bzw. Namensstammaktien ausgegeben werden. Aktionäre, welche auf den Inhaber lautende Stammaktien besitzen, sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts unter den in § 18 Abs. 2 der Satzung geregelten Voraussetzungen berechtigt. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.

Die Vorzugsaktien sind stimmrechtslos und lauten auf Namen. Sie erhalten aus dem Bilanzgewinn einen nachzahlbaren Vorausgewinnanteil von 0,064 € je Stückaktie sowie einen weiteren Gewinnanteil in derselben Höhe wie die Stammaktien. Der Anspruch auf Nachzahlung des Vorausgewinnanteils ist den Vorzugsaktionären als selbstständiges Recht eingeräumt. Aktionäre, welche auf den Namen lautende Vorzugsaktien besitzen, sind zur Teilnahme an der Hauptversammlung unter den in § 18 Abs. 1 der Satzung geregelten Voraussetzungen berechtigt. Die Vorzugsaktien, die nicht an der Börse notiert sind, resultieren aus dem Zusammenschluss mit der Bayerischen Staatsbank im Jahre 1971 und werden inzwischen ausschließlich von der UniCredito Italiano S.p.A. (UniCredit), Rom, gehalten. Die Ausgabe weiterer Vorzugsaktien ohne Stimmrecht mit gleichstehenden Rechten bleibt vorbehalten.

Weitere Rechte und Pflichten der Inhaber von Stamm- und Vorzugsaktien ergeben sich aus dem Aktiengesetz, insbesondere aus den §§ 12, 53aff., 118ff. und 186 AktG.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

Die auf Namen lautenden Vorzugsaktien können gemäß § 6 Abs. 2 der Satzung in Verbindung mit § 68 Abs. 2 AktG nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Aus eigenen Aktien stehen der Gesellschaft gemäß § 71 b) AktG keine Rechte zu. Etwaige Beschränkungen in Bezug auf die Ausübung von Stimmrechten oder die Übertragung von Aktien, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben können, sind uns nicht bekannt.

UniCredit hat sich gemäß Ziffer 6.2 des mit der HVB am 12. Juni 2005 abgeschlossenen Business Combination Agreement (BCA) verpflichtet, weder den Verkauf noch die Übertragung oder anderweitige Veräußerung von HVB-Aktien, die im Rahmen oder im Zusammenhang mit dem Zusammenschluss erworben wurden, an einen Dritten außerhalb der gemeinsamen Gruppe zu bewirken. Das BCA endet automatisch fünf Jahre nach Vollzug des Umtauschgebots, sofern es nicht durch UniCredit verlängert wird.

Direkte und indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10% der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) hat jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten der Gesellschaft erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies der Gesellschaft und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mitzuteilen.

Gemäß Mitteilung nach § 21 WpHG vom 22. November 2005 hielt die UniCredit seit dem 17. November 2005 insgesamt 93,9% des Grundkapitals und 93,8% der stimmberechtigten Inhaber-Stammaktien der Gesellschaft, davon 0,001% indirekt. Nach ihrer Ad-hoc-Mitteilung vom 23. Januar 2007 hatte sich der Anteil der UniCredit am Grundkapital der HVB AG zu diesem Zeitpunkt auf 95% erhöht.

Am 10. April 2007, also nach Durchführung der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen, hat die UBM, eine 100%ige Tochtergesellschaft der UniCredit, gemäß § 21 WpHG der Gesellschaft mitgeteilt, dass sie seit dem 3. April 2007 insgesamt 6,56% der stimmberechtigten Inhaber-Stammaktien der HVB AG hält. Am 16. Mai 2007, also zum Zeitpunkt der Einberufung der Hauptversammlung des Jahres 2007, sowie während der Hauptversammlung am 26. und 27. Juni 2007, in der am 27. Juni unter anderem über die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre auf die UniCredit Beschluss gefasst wurde, hielt die UniCredit direkt 88,8% sowie indirekt (über die Tochtergesellschaft UBM) weitere 6,56%, insgesamt also 95,36% des stimmberechtigten Kapitals. Der direkt und indirekt gehaltene Anteil am Grundkapital der HVB AG beläuft sich seither auf rund 95,45%.

Die UniCredit hatte im Jahr 2005 ein Übernahmeangebot abgegeben, das – wie aus den dargestellten Beteiligungsverhältnissen hervorgeht – von der weitaus überwiegenden Anzahl der Aktionäre angenommen worden ist. Am 23. Januar 2007 hat die UniCredit angekündigt, bei der HVB ein Squeeze-out-Verfahren einzuleiten. Der Beschluss der Hauptversammlung vom 26./27. Juni 2007, die Aktien der Minderheitsaktionäre auf die UniCredit gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung (38,26 € je Aktie) zu übertragen, ist von zahlreichen Minderheitsaktionären angefochten worden. Ab Eintragung des Hauptversammlungsbeschlusses im Handelsregister der Gesellschaft wird die UniCredit über 100% des Grundkapitals der HVB verfügen.

***Aktien mit Sonderrechten,
die Kontrollbefugnisse verleihen***

Die Gesellschaft hat keine Aktien ausgegeben, die eine besondere Einflussnahmemöglichkeit auf die Gesellschaftsorgane und damit eine besondere Kontrollbefugnis verleihen.

***Art der Stimmrechtskontrolle im Falle
von Arbeitnehmerbeteiligungen***

Eine Trennung zwischen Stimmrechtskontrolle und Aktie im Zusammenhang mit Arbeitnehmerbeteiligungen besteht nicht. Sofern Mitarbeiter der HVB Aktien der Gesellschaft halten, können sie ihr Stimmrecht – wie jeder andere Aktionär – entweder selbst ausüben oder durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter des Unternehmens ausüben lassen.

***Gesetzliche Vorschriften und Bestimmungen der Satzung
über die Ernennung und Abberufung von
Vorstandsmitgliedern und die Änderung der Satzung***

Die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften in §§ 84, 85 AktG und § 31 MitbestG. Danach werden Vorstandsmitglieder vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit ist zulässig. Nach § 31 MitbestG ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, hat der Vermittlungsausschuss des Aufsichtsrats innerhalb eines Monats nach der Abstimmung dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu

unterbreiten. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Der Aufsichtsrat ist nach § 84 Abs. 3 AktG berechtigt, die Bestellung zum Vorstandsmitglied aus wichtigem Grund zu widerrufen. Nach dem Kreditwesengesetz (KWG) muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 KWG).

Der Vorstand der HVB AG besteht gemäß § 7 der Satzung aus mindestens zwei Mitgliedern; im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Vorstandsmitglieder. Entsprechend der divisionalen Organisationsstruktur der HVB AG besteht der Vorstand zurzeit aus zehn Mitgliedern, wobei die Mandatslaufzeit bei acht Mitgliedern des Vorstands am 31. Dezember 2008 und bei den beiden weiteren Vorstandsmitgliedern am 22. Februar bzw. am 31. März 2009 endet. Die Mitglieder des Vorstands der HVB AG werden in der Regel für einen Zeitraum von nicht mehr als drei Jahren bestellt.

Satzungsänderungen bedürfen gemäß § 179 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von mindestens drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Eine Satzungsänderung wird gemäß § 181 Abs. 3 AktG erst mit Eintragung in das Handelsregister wirksam. Die von der Hauptversammlung am 23. Mai 2006 beschlossene Änderung von § 4 der Satzung wurde angefochten und ist daher noch nicht in das Handelsregister eingetragen worden. Die Befugnis zu Satzungsänderungen, die nur die sprachliche Form, nicht jedoch deren Inhalt betreffen (Fassungsänderung), kann die Hauptversammlung auf den Aufsichtsrat übertragen. Gemäß § 21 Abs. 3 der Satzung der HVB ist diese Befugnis dem Aufsichtsrat eingeräumt worden. In der Regel macht der Aufsichtsrat von dieser Befugnis bei Kapitalerhöhungen aus dem genehmigten Kapital, die eine Änderung von § 5 der Satzung (Grundkapital) zur Folge haben, Gebrauch.

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Befugnisse des Vorstands, insbesondere Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung und arbeitet mit den übrigen Organen der Gesellschaft und den Arbeitnehmervertretungen zum Wohle des Unternehmens vertrauensvoll zusammen. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und verantwortet ihre Umsetzung.

Auf Grund eines Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2004 ist der Vorstand gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung zur Aktienausgabe aus genehmigtem Kapital (§§ 202 ff. AktG) ermächtigt. Hiernach ist der Vorstand ermächtigt, bis zum 29. April 2009 das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer Aktien gegen Bareinlagen oder auch gegen Sacheinlagen einmalig oder mehrmals, jedoch insgesamt höchstens um nominal 834.946.404,- € durch Ausgabe von bis zu 278.315.468 Stückaktien zu erhöhen. Es dürfen entweder nur Stammaktien oder Stammaktien und stimmrechtslose Vorzugsaktien, die mit den gleichen Rechten wie die bereits bestehenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht ausgestattet sind, ausgegeben werden.

Für den Fall der Ausgabe von Stammaktien und Vorzugsaktien steht unter entsprechendem Ausschluss des Bezugsrechts auf Stammaktien in diesem Fall ein Bezugsrecht auf Vorzugsaktien ausschließlich der Vorzugsaktionärin zu. Dabei darf der prozentuale Anteil der Vorzugsaktien am Grundkapital nicht erhöht werden.

Der Vorstand ist gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen (I) für etwaige Spitzenbeträge, (II) für einen Betrag bis zu insgesamt höchstens nominal 15 Mio € zur Ausgabe von bis zu 5 Millionen Stückaktien (Stammaktien) an Mitarbeiter, (III) für einen Betrag bis zu insgesamt nominal 210 Mio € durch Ausgabe von bis zu 70 Millionen Stückaktien (Inhaberstammaktien) gegen Bareinlage, wobei der Ausgabebetrag für die neuen Inhaberstammaktien den Börsenpreis der Aktien der Gesellschaft nicht wesentlich unterschreiten darf, (IV) für einen Betrag von bis zu insgesamt nominal 834.946.404,- € gegen Sacheinlagen zum Erwerb von Unternehmen oder Unternehmensbeteiligungen gegen Ausgabe von bis zu 278.315.468 Stückaktien (Inhaberstammaktien).

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2003 ist der Vorstand ferner ermächtigt, gemäß § 221 AktG bis zum 14. Mai 2008 Optionsschuldverschreibungen, Wandelschuldverschreibungen, Optionsgenussscheine oder Wandelgenussscheine mit einem Options- oder Wandlungsrecht und/oder einer Wandlungspflicht in auf den Inhaber lautende Stammaktien der HVB oder Gewinnschuldverschreibungen (mit oder ohne Options- oder Wandlungsrecht oder -pflicht) in Euro oder einer anderen gesetzlichen Währung im Gesamtnennbetrag oder Gegenwert von insgesamt bis zu 1500 Mio € zu begeben. Die Ermächtigung erfasst auch die Möglichkeit, die Genussrechte sowie Schuldverschreibungen gegen Garantieübernahme der HVB durch Tochtergesellschaften auszugeben mit Options- oder Wandlungsrecht/oder einer Wandlungspflicht in Inhaber-Stammaktien der HVB.

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht auszuschließen (I) für etwaige Spitzenbeträge, (II) um den Inhabern von Wandlungs- und Optionsrechten ein Bezugsrecht in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung der Wandlungspflichten zustehen würde, (III) sofern der Ausgabepreis der Schuldverschreibungen oder Genussscheine deren nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreitet, wobei die zur Bedienung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. bei Eintritt einer Wandlungspflicht ausgegebenen bzw. auszugebenden Stammaktien insgesamt 10% des Grundkapitals der Gesellschaft nicht überschreiten dürfen einschließlich solcher Stammaktien, die aus genehmigtem Kapital gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben werden.

Der in Euro festgelegte Options- bzw. Wandlungspreis für eine Stammaktie muss – auch bei einem variablen Umtauschverhältnis/ Wandlungspreis – mindestens 80% des durchschnittlichen Börsenkurses der Stammaktie der HVB an den fünf Börsentagen vor dem Tag der Beschlussfassung durch den Vorstand über die Festlegung der Ausgabekonditionen der Schuldverschreibungen bzw. Genussscheine betragen; findet ein Bezugsrechtshandel statt, kann der minimale Options- bzw. Wandlungspreis für eine Stammaktie alternativ auch so bestimmt werden, dass er mindestens 80% des durchschnittlichen Börsenkurses der Stammaktie der HVB an mindestens drei Tagen entspricht, an denen die Bezugsrechte an der Frankfurter

Wertpapierbörse gehandelt werden, mit Ausnahme der beiden letzten Börsentage des Bezugsrechtshandels. Als maßgeblicher Börsenkurs im Sinne dieser Regelung gilt dabei der Mittelwert der an der Frankfurter Wertpapierbörse im elektronischen Handel festgestellten Schlusskurse (Schlussauktion im XETRA-Handelssystem). § 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt. Der Vorstand ist ermächtigt, die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Emissionen festzusetzen bzw. im Einvernehmen mit den Organen der die Schuldverschreibungen begebenden Mehrheitsbeteiligungsgesellschaften festzulegen. Zur Gewährung von Stammaktien an die Inhaber von Schuldverschreibungen und Genussscheinen, die gemäß dieser Ermächtigung vom 14. Mai 2003 begeben werden, steht gemäß § 5 Abs. 4 der Satzung ein bedingtes Kapital von 375 Mio € zur Verfügung. Der Vorstand hat diese Ermächtigung bisher nicht genutzt.

Auf Grund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 26./27. Juni 2007 ist der Vorstand ferner gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, zum Zwecke des Wertpapierhandels eigene Aktien zu kaufen und zu verkaufen. Von dieser Ermächtigung hat die Gesellschaft im Jahr 2007 wiederholt Gebrauch gemacht. Die hierfür erforderlichen Angaben finden sich im Anhang zum Jahresabschluss 2007 sowie in den Notes zum Konzernabschluss. Mit Eintragung des Squeeze-out im Handelsregister wird diese Ermächtigung gegenstandslos.

Eine Ermächtigung, eigene Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG zu anderen Zwecken als zum Handel in eigenen Aktien zu kaufen, um diese zum Beispiel einzuziehen, besteht zurzeit nicht.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft in den in § 71 Abs. 1 Nr. 1–5 AktG gesetzlich vorgesehenen Fällen eigene Aktien erwerben.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels in Folge eines Übernahmeangebots stehen

Im Oktober 2007 wurde zwischen der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, München, und der UniCredit Consumer Financing Bank S.p.A., Mailand, eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Kreditkartengeschäft getroffen. Beide Parteien haben das Recht, den Vertrag mit einer Frist von drei Monaten zu kündigen, wenn eine oder beide Parteien nicht mehr zur UniCredit Gruppe gehören. Für die Vermittlung von neuen Kreditkarten an Kunden der Division Privat- und Geschäftskunden erhält die HVB AG eine marktgerechte Provision, die im Berichtsjahr auf Grund der kurzen Zeit der Kooperation noch keine wesentliche Bedeutung für das Ergebnis der Bank hat. Eine über die Vermittlung von Kreditkarten hinausgehende Zusammenarbeit ist für 2008 geplant.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern getroffen sind

Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots mit den Mitgliedern des Vorstands oder Arbeitnehmern bestehen nicht. Keiner der Vorstandsverträge enthält eine Change-of-Control-Klausel.

Geschäftsfelder

Die HVB AG gliedert sich in die global agierenden Divisionen Privat- und Geschäftskunden, Wealth Management, Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden sowie Markets & Investment Banking. Daneben gibt es ein Geschäftsfeld »Sonstige«, das Global Business Services sowie Group Corporate Center-Aktivitäten beinhaltet. In die Group Corporate Center-Aktivitäten sind neben dem Special Credit Portfolio (SCP) auch die Restbestände aus dem ehemaligen Geschäftsfeld Real Estate Restructuring einbezogen.

Wesentliche Produkte, Absatzmärkte, Wettbewerbsposition und Standorte

Die HVB AG gehört zu den großen Banken in Deutschland, die in ausgewählten Regionen mit hoher Präsenz vertreten ist. Die HVB AG bietet Privat- und Firmenkunden, öffentlichen Einrichtungen und multinationalen Unternehmen eine umfassende Auswahl an Bank- und Finanzprodukten sowie -dienstleistungen an, die zum Beispiel von Hypothekendarlehen für Verbraucher, Bankdienstleistungen für Privatkunden, Geschäftskrediten und Außenhandelsfinanzierungen bis hin zu Fondsprodukten, Beratungs- und Brokerage-Dienstleistungen, dem Wertpapiergeschäft und Wealth Management sowie strukturierten Produkten und Trading reicht.

Nach Übertragung der Geschäftstätigkeiten in Österreich und Zentral- und Osteuropa an die UniCredit sowie mit Übernahme des Investment Banking-Geschäfts der UBM mit Wirkung vom 1. April 2007 konnte die bisherige strategische Positionierung der HVB AG als Kompetenzzentrum für das Geschäft in Deutschland sowie für die konzernweiten Aktivitäten im Investment Banking mit Erfolg vorangetrieben werden. Die Integration der UBM ist ein wesentlicher Schritt, um die Investment Banking-Aktivitäten der gesamten UniCredit Gruppe bei der HVB AG zu bündeln. Gleichzeitig stärken wir damit unsere Stellung als eine der bedeutendsten Investmentbanken in Europa.

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Für die Reinvestition der durch Übertragungen der Geschäftstätigkeiten in Österreich und Zentral- und Osteuropa frei gewordenen Mittel können sich auch weiterhin attraktive Möglichkeiten für ein internes wie ein externes Wachstum ergeben. Die HVB AG beobachtet auch weiterhin laufend insbesondere den deutschen Bankenmarkt und analysiert die Möglichkeiten externen Wachstums durch entsprechende Zukäufe; ebenso werden auch sich bietende Alternativen für organisches Wachstum in den Kernregionen Deutschland, Benelux und Skandinavien jeweils analysiert und, soweit sich dies danach für die HVB AG rechnet, weiterverfolgt.

Im deutschen Bankenmarkt, der sich durch Größe und Finanzstärke auszeichnet, ist die HVB AG sehr gut aufgestellt und profitiert von den maßgeschneiderten Geschäftsmodellen aller vier Divisionen. Hierzu gehören unsere starke Marktstellung und das exzellente Profil im Firmenkundensegment, die erlauben, erfolgreiche Projekte passgenau auf sich verändernde Markttrends abzustimmen. Gestützt auf eine klare strategische Ausrichtung zeigt der individualisierte Ansatz im schwierigen Privat- und Geschäftskundensegment bereits erste Erfolge. Die unter dem Namen »Wealth Management« eingeführte Vermögensbetreuung nutzt das herausragende Know-how der zur UniCredit Gruppe gehörenden Fondsgesellschaft Pioneer Investments. Auch die Division Markets & Investment Banking (MIB) als konzernweites Kompetenzzentrum der UniCredit Gruppe profitiert von der Neuordnung unserer operativen Aktivitäten, obwohl das Ergebnis im zweiten Halbjahr 2007 von der globalen Krise an den Kapitalmärkten belastet wurde. Mit der Einbindung in die konzernweiten Ressourcen der UniCredit Gruppe werden wir unsere Geschäftsmodelle und Bankdienstleistungen künftig noch weiter ausbauen und profitabler gestalten können.

Die HVB AG ist Teil einer internationalen Bankengruppe, die mit ihren Finanzdienstleistungen vor allem am europäischen Markt präsent ist. Für die Bewahrung eines klaren Profils wird daher unter der Dachmarkenstrategie für eine europäische Bankenmarke der UniCredit Gruppe der Markenname »HypoVereinsbank« beibehalten, aber zugleich unsere Zugehörigkeit zur UniCredit Gruppe durch einen einheitlichen Markenauftritt künftig auch optisch demonstriert. So können wir unsere regionale und divisionale Stärke und Kompetenz mit dem zusätzlichen Potenzial einer internationalen Bankengruppe kombinieren. Die neue Markenpolitik soll in 2008 sukzessive umgesetzt werden.

Eine Aufgliederung unserer Geschäftsstellen nach Regionen befindet sich im Kapitel »Geschäftsstellen« im Lagebericht.

Organisation der Leitung und Kontrolle sowie unternehmensinterne Steuerung

Der Vorstand als Leitungsorgan der HVB AG leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte und die Lage der HVB AG einschließlich der Risikolage.

Die Divisionszuständigkeiten im Vorstand der HVB AG entsprechen der nach Kundengruppen (Business Divisions) und nach Funktionen unterteilten Organisationsstruktur der HVB AG. Die jeweiligen Divisionszuständigkeiten sind in einem Geschäftsverteilungsplan sowie der Geschäftsordnung niedergelegt, die auch die Voraussetzungen für Beschlussfassungen und die erforderlichen Beschlussmehrheiten regelt. Im Zusammenhang mit der Integration der Investment Banking-Aktivitäten in die HVB AG hat der Aufsichtsrat der HVB AG mit Wirkung vom 21. März 2007 Stefan Ermisch, Chief Operating Officer der Markets & Investment Banking Division der UniCredit Gruppe, als neues Vorstandsmitglied der HVB AG bestellt. Er ist vor allem für die Organisation und Integration der globalen Investment Banking-Aktivitäten der UniCredit Gruppe in der HVB AG verantwortlich. Mit der Berufung von Stefan Ermisch wurde der steigenden Bedeutung des Investment Bankings in der HVB AG Rechnung getragen.

Der Aufsichtsrat der HVB AG besteht aus 20 Mitgliedern und setzt sich zu gleichen Teilen aus Vertretern der Aktionäre und der Arbeitnehmer zusammen. Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Führung der Geschäfte zu überwachen und zu beraten. Zur Unterstützung seiner Arbeit hatte der Aufsichtsrat im Berichtsjahr drei Ausschüsse eingerichtet: Präsidium, Prüfungsausschuss und Vermittlungsausschuss.

Die HVB AG verfügt über eine gruppenweite Risikoüberwachung und -steuerung. Die Überwachungssysteme sind darauf ausgerichtet, dass Risiken frühzeitig erkannt werden. Risikocontrolling und Risikomanagement waren 2007 unter dem Verantwortungsbereich des Chief Risk Officers zusammengefasst, der regelmäßig im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats berichtete. Weitere Ausführungen hierzu enthält das Kapitel »Risikobericht«.

Eine namentliche Aufstellung aller Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der HVB AG befindet sich im Kapitel Organe im Anhang.

Die HVB AG hat das Ziel, den Unternehmenswert nachhaltig zu steigern. Um der Notwendigkeit einer wertorientierten Steuerung Rechnung zu tragen, haben wir das Konzept der dualen Gesamtbanksteuerung umgesetzt, das im »Risikobericht« unter dem Kapitel Gesamtbanksteuerung eingehend erläutert wird.

Grundzüge des Vergütungssystems

Struktur der Vorstandsvergütung

Aufgabe des Aufsichtsratsplenums ist es, die Struktur der Vorstandsvergütung auf Vorschlag des Aufsichtsratspräsidiums zu beraten und regelmäßig zu überprüfen. Die Vergütung im Einzelnen wird vom Präsidium festgelegt. Die direkte Vergütung besteht aus drei Komponenten und umfasst feste und variable Bestandteile: Ein Festgehalt, einen Bonus als variable Vergütung mit erfolgsbezogener Komponente (Short Term Incentive) und einen Vergütungsbestandteil mit langfristiger Anreizwirkung (Long Term Incentive). Besonderes Gewicht haben die variablen Komponenten, die an die Erreichung der für das Geschäftsjahr vereinbarten Ziele sowie der Ziele im strategischen Plan anknüpfen und das Festgehalt deutlich übertreffen können. Durch eine wettbewerbsfähige erfolgsgerechte Vergütung und eine Verlagerung der Auszahlung in die mittel- bis langfristige Zukunft auf Grund der Beteiligung am Long Term Incentive-Plan der UniCredit Gruppe soll eine Bindung des Managements an das Unternehmen erreicht werden.

Um die Verantwortung der Vorstandsmitglieder marktgerecht zu vergüten, hat ein externer Spezialist eine Marktuntersuchung für die UniCredit durchgeführt, die auch Vorstandspositionen zum Inhalt hatte und in die vergleichbare Unternehmen einbezogen worden sind. Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der HVB AG für das Jahr 2007 wurde unter Berücksichtigung dieser Untersuchung vom Präsidium des Aufsichtsrats festgelegt.

Das Festgehalt entspricht dem Niveau in vergleichbaren Unternehmen. Es wird in 12 monatlichen Tranchen ausbezahlt.

Der Bonus ist ein Short Term Incentive, dessen Höhe vom Erreichen bestimmter, mit allen Vorstandsmitgliedern vereinbarter Ziele abhängig ist. Die Ziele sind in Scorecards abgebildet und umfassen Team- und Coreziele sowie zwei Ziele aus dem Bereich Werte und Führung (Competencies). Die Gewichtung beträgt im Regelfall 20% Teamziele, 50% Coreziele und 30% Competencies.

Es gibt maximal zwei Teamziele. Das eine orientiert sich grundsätzlich am Ergebnis der HVB Group nach Steuern, das andere grundsätzlich am EVA (Economic Value Added) der HVB Group. Die Coreziele bestehen bei Vorstandsmitgliedern, die für eine Business Division verantwortlich sind, grundsätzlich aus dem Beitrag der HVB Division zum Gewinn der UniCredit Group Division und aus dem EVA der HVB Division. Bei den anderen Vorstandsmitgliedern sind es meist zwei finanzielle oder operationelle Ziele. Die beiden Competency-Ziele werden entsprechend der Zuständigkeit der jeweiligen Vorstandsmitglieder aus neun Ausprägungen der Managementkompetenzen wie Wachstumsorientierung, Teamkultur, Förderung von Diversity/Vielfalt, Umsetzungsstärke etc. definiert.

Mit den Vorstandsmitgliedern werden überwiegend quantitative, teilweise aber auch qualitative Ziele vereinbart. Für die Zielerreichung bei den quantitativen Zielen wird jeweils ein relativ enger Korridor festgelegt. Wird der untere Wert dieses Korridors nicht erreicht, wird das Ziel mit Null Punkten bewertet. Bei Erreichen des oberen Werts erhält das Vorstandsmitglied die Höchstpunktzahl für dieses Ziel. Bei den qualitativen Zielen entscheidet das Präsidium unter Würdigung eines Votums des Leiters der Division bzw. der Funktion, in der das Vorstandsmitglied tätig ist, über die Zielerreichung.

Die gewichtete Summe der Punkte aus den einzelnen Zielen ergibt die Zielerreichung. Ein Bonus wird gezahlt, wenn eine festgelegte Mindestpunktzahl erreicht wird. Entsprechend der Handhabung bei der UniCredit wird seit 2007 als Referenzwerte neben dem Zielwert auch der Maximalwert des Bonus festgelegt. Dieser Maximalbonus kann bei Erreichung eines Gesamtergebnisses von 120 Punkten in der Scorecard beansprucht werden. Dies bedeutet, dass der Bonus nach oben begrenzt ist. Bei einer Zielerreichung von 100% wird der niedrigere Zielwert gezahlt.

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Jedes Vorstandsmitglied nimmt am Stock Option & Performance Shares-Plan der UniCredit Gruppe (Long Term Incentive-Plan der UniCredit Gruppe) teil. Dieser Plan besteht aus zwei Komponenten.

Zum einen wird jedem Vorstandsmitglied eine bestimmte Anzahl Optionen eingeräumt, die ausgeübt werden können, wenn der Berechtigte nach Ablauf von vier Jahren ab Zuteilung noch für die UniCredit Gruppe tätig ist (Unverfallbarkeit/Vesting). Jede Option berechtigt zum Erwerb einer Aktie der UniCredit zu einem Preis, der vor Ausgabe der Option festgelegt wurde. Die Option kann ausgeübt werden in einem Zeitraum von sechs Jahren ab Vesting (bis einschließlich 2006 ausgegebene Optionen neun Jahre ab Vesting). In 2007 wurden dem Vorstand der HVB AG insgesamt 880 324 (1 052 604 mit Konzernanstellungsverträgen, bei denen das Vorstandsmitglied seine Vergütung für die Tätigkeit als Vorstand der HVB teilweise von einem Konzernunternehmen der UniCredit Gruppe erhält) Stock Options gewährt.

Zum anderen wird jedem Vorstandsmitglied die unentgeltliche Übertragung einer festgelegten Anzahl von Aktien der UniCredit zugesagt, wenn nach Ablauf von drei Jahren ab Zuteilung die jeweils relevanten Ziele aus dem strategischen Plan der UniCredit erreicht sind und der Berechtigte noch für die UniCredit Gruppe tätig ist. Die Ziele wurden in Baskets zusammengefasst. Es gibt Baskets für die UniCredit Gruppe und für die einzelnen Divisionen. In jedem Basket sind fünf Ziele, von denen drei erreicht sein müssen.

Vorstandsmitglieder, die im operativen Geschäft tätig sind, erhalten die Aktien nur, wenn die Division ihre Ziele erreicht hat. Wenn nur die Division ihre Ziele erreicht hat, erhalten sie 50% der Aktien, wenn auch die Gruppe ihre Ziele erreicht hat, 100% der Aktien. Die anderen Vorstandsmitglieder erhalten die Aktien, wenn die Gruppe ihre Ziele erreicht hat. Der Vorstand der HVB AG hat in 2007 insgesamt Zusagen für 265 730 (320 795 mit Konzernanstellungsverträgen) Performance Shares erhalten. Die Kosten für die Teilnahme am Long Term Incentive-Plan erstattet die HVB AG der UniCredit grundsätzlich bei Unverfallbarkeit.

Für einzelne Mitglieder des Vorstands kommt es je nach den vertraglichen Konstellationen zu Abweichungen von den oben genannten Regelungen. Weitere Einzelheiten dazu sind im Geschäftsbericht der HVB Group im Vergütungsbericht dargestellt.

Vergütungen der Vorstandsmitglieder für Aufsichtsratsmandate bei Konzernunternehmen sind an die HVB AG abzuführen.

Angaben zur Höhe der Gesamtbezüge der Vorstandsmitglieder sind dem Anhang zu entnehmen.

Die Hauptversammlung vom 23. Mai 2006 hat von der so genannten Opting Out-Klausel des Gesetzes über die Offenlegung der Vorstandsvergütungen Gebrauch gemacht und beschlossen, dass die Offenlegung der Vergütung der Vorstandsmitglieder nicht individualisiert erfolgt.

Neben der direkten Vergütung bestehen Versorgungszusagen. Bis auf vier Vorstandsmitglieder nehmen die Vorstandsmitglieder an der fondsgedeckten Deferred Compensation (FDC) teil, die auch den Mitarbeitern der Bank offen steht. Als Beitrag werden von der HVB AG 20% des Festgehalts und des Short Term Incentive zur Verfügung gestellt, maximal 200 000,- € pro Jahr. Für diesen Betrag wurde mit den Vorstandsmitgliedern eine Gehaltsumwandlung vereinbart, so dass das Vorstandsmitglied anstelle einer Auszahlung eine wertgleiche Versorgungszusage der HVB AG erhält. Die Mittel der Deferred Compensation werden von der HVB AG einem Kapitalkonto des Vorstandsmitglieds gutgeschrieben und in einem Fonds investiert, derzeit dem Pioneer Total Return Fond. Die HVB AG garantiert eine Rendite von 2,75% p. a. Ein höherer Ertrag wird zunächst zur Dotierung einer Schwankungsreserve in Höhe von 10% des Sondervermögens für FDC verwendet. Ein überschüssiger Ertrag wird dem Vorstandsmitglied anteilig gutgeschrieben. Die Schwankungsreserve wird zum Ausgleich etwaiger versicherungstechnischer Verluste verwendet. Bei Eintritt des Versorgungsfalles wird das Kapitalguthaben in eine lebenslange Rente umgerechnet.

Für einzelne Vorstandsmitglieder bestehen von der beschriebenen Versorgungsregelung abweichende Vereinbarungen. Diese sind im Geschäftsbericht der HVB Group im Vergütungsbericht dargestellt.

Ferner bestehen Zusagen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit als Vorstandsmitglied. Bei einer Nichtverlängerung des Vertrags, die vom Vorstandsmitglied nicht zu vertreten ist, wird im Regelfall ein Übergangsgeld gezahlt, welches in Abhängigkeit von der Dienstzeit mindestens einem Jahresgehalt (Festgehalt und Bonus) höchstens jedoch drei Jahresgehältern entspricht; der Höchstbetrag von drei Jahresgehältern wird nach 20 Jahren Dienstzeit gezahlt. Das Über-

gangsgeld ist in jedem Fall begrenzt auf die bis zum 62. Lebensjahr noch ausstehenden Jahresgehälter (Festgehalt und Bonus). Hiervon abweichende Regelungen für einzelne Mitglieder des Vorstands werden im Vergütungsbericht im Geschäftsbericht der HVB Group erläutert.

Die Verträge der Vorstandsmitglieder enthalten unbeschadet des Ablaufs des Dienstvertrags zum Befristungsende keine Abfindungsregelung für den Fall einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund. Ebenfalls enthalten die Verträge keine Zusage für Leistungen aus Anlass einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit in Folge eines Kontrollwechsels (Change-of-Control-Klausel).

Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder

Die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder ist in § 15 der Satzung der HVB AG geregelt. Die Vergütung ist in einen festen und einen variablen, dividendenabhängigen Bestandteil aufgeteilt. Hiernach erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahrs zahlbare Vergütung von je 25 000,- € und eine dividendenabhängige Vergütung von 400,- € für je 0,01 € Dividende, soweit diese 0,12 € je Stückaktie übersteigt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, die stellvertretenden Vorsitzenden das Eineinhalbfache der genannten Vergütung. Ferner steht dem Aufsichtsrat eine feste, nach Ablauf des Geschäftsjahrs zahlbare Vergütung von jährlich 120 000,- € zur Verfügung, die gemäß Aufsichtsratsbeschluss zur Vergütung der Ausschussmitglieder verwendet wird. Hiernach erhalten für das Geschäftsjahr 2007 die Mitglieder des Prüfungsausschusses eine jährliche Vergütung von je 20 000,- €. Der Vorsitzende des Ausschusses erhält das Doppelte. Soweit die Mitglieder des Aufsichtsrats dem Management Committee der UniCredit angehören, führen diese ihre Aufsichtsratsvergütung an die UniCredit ab, da die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten bei Tochtergesellschaften zu den typischen Managementaufgaben gehört.

Angaben zur Höhe der Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder sind dem Anhang zu entnehmen.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Über die Beziehungen unserer Gesellschaft im Geschäftsjahr 2007 zu verbundenen Unternehmen haben wir einen gesonderten Bericht erstellt, der die nachstehende Erklärung des Vorstands gemäß § 312 Aktiengesetz enthält:

»Wir erklären, dass die Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die in diesem Bericht aufgeführten Rechtsgeschäfte vorgenommen sowie die in diesem Bericht aufgeführten Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhielt sowie dadurch, dass Maßnahmen getroffen oder unterlassen wurden, nicht benachteiligt wurde.«

Vorgänge nach dem 31. Dezember 2007

Der in der Hauptversammlung vom 26./27. Juni 2007 bestellte besondere Vertreter, Herr Dr. Thomas Heidel, hat Schadensersatzansprüche gegen UniCredit S.p.A., Herrn Alessandro Profumo, Herrn Dr. Wolfgang Sprißler sowie Herrn Rolf Friedhofen erhoben. Einzelheiten hierzu sind detailliert im Risikobericht im Abschnitt »Operationelles Risiko« dargestellt.

Geschäftsverlauf und Lage (FORTSETZUNG)

Ausblick

Der Lagebericht sowie der Geschäftsbericht im Übrigen enthalten die Zukunft betreffende Aussagen, Erwartungen und Prognosen. Diese zukunftsbezogenen Aussagen beruhen auf Planungen und Schätzungen auf der Basis von uns derzeit zur Verfügung stehenden Informationen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, diese Aussagen angesichts neuer Informationen oder künftiger Ereignisse zu aktualisieren. Die zukunftsbezogenen Aussagen können mit bekannten oder unbekanntem Risiken und Ungewissheiten verbunden sein und die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen deshalb wesentlich von den zurzeit erwarteten abweichen. Derartige Abweichungen können insbesondere aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation, der Entwicklung der internationalen Kapitalmärkte, dem möglichen Ausfall von Kreditnehmern oder Kontrahenten von Handelsgeschäften, der Umsetzung von Restrukturierungsmaßnahmen, nationalen und internationalen Gesetzesänderungen vor allem hinsichtlich steuerlicher Regelungen, der Zuverlässigkeit unserer Verfahren und Methoden zum Risikomanagement sowie aus anderen, zum Teil im Risikobericht detaillierter dargestellten Risiken resultieren.

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick 2008

Die US-Wirtschaft schwächt sich weiter ab. Um der drohenden Rezessionsgefahr vorzubeugen, senkte die Fed ihren Zielsatz im Januar 2008 massiv um 125 Bp. Wir rechnen in unserem Basis-szenario mit einem Rückgang des BIP-Wachstums auf rund 1,5% in 2008 (nach durchschnittlich 2,2% in 2007). Wachstumshemmend dürften sich auch die verschärften Kreditbedingungen in Folge der Finanzmarkturbulenzen auswirken. Wir erwarten für die erste Jahreshälfte eine mit dem Schlussquartal 2007 vergleichbare Entwicklung. Während sich der private Konsum weiter abschwächt, rechnen wir bei den Nettoexporten mit einer leichten Zunahme. Sehr wahrscheinlich wird die Fed ihren Refinanzierungssatz von momentan 3% weiter auf 2,5% zurücknehmen, um das US-Wirtschaftswachstum zu stärken, das dann im Laufe des zweiten Halbjahres 2008 langsam wieder Fahrt aufnehmen sollte.

Die europäischen Volkswirtschaften dürften für die direkten Effekte der globalen Finanzkrise vergleichsweise weniger anfällig sein. Gleichwohl hat die Konjunkturverlangsamung in den USA auch Folgen für die Konjunktur im Euroraum. Hinzu kommt die starke Aufwertung des Euro in den letzten Monaten des vergangenen Jahres. Nach unserer Erwartung könnte sich das Wirtschaftswachstum im Euro-raum bis auf 1,4% im Jahr 2008 abschwächen. Hierbei dürfte sich die Inlandsnachfrage (mehr Konsum-, weniger Investitionsausgaben) robuster entwickeln als die Exportnachfrage. Wahrscheinlich wird die EZB ihre Geldpolitik etwas lockern und den Refinanzierungssatz um insgesamt 50 Bp zurücknehmen, wobei wir noch vor Sommerbeginn mit der ersten Zinssenkung rechnen. Der Kurs des US-Dollar dürfte erst dann wieder ansteigen, wenn Mitte 2008 erste Signale auf eine Erholung der US-Wirtschaft hindeuten.

Vor diesem Hintergrund sollte es der deutschen Wirtschaft im Jahr 2008 erneut gelingen, wettbewerbsfähig zu bleiben und ihre hohe Widerstandskraft gegen externe Einflüsse unter Beweis zu stellen. Am Ende dürfte die Wachstumsrate mit 1,5% leicht über dem Durchschnitt im Euroraum liegen. Während die Investitionsdynamik in Folge der herrschenden Unsicherheiten voraussichtlich leicht nachgeben wird, erwarten wir beim privaten Konsum einen leichten Anstieg gegenüber 2007.

Branchenentwicklung 2008

Die Turbulenzen an den Finanzmärkten dürften die Ertragslage der europäischen Banken, wie auch der deutschen Kreditinstitute, weiter stark belasten. Daran werden vor allem die zinsunabhängigen Erträge auf Grund der ausgeprägten Unsicherheit und Volatilität an den Finanzmärkten betroffen sein. Auch wenn es bisher keine Anzeichen für eine verschlechterte Kreditqualität gibt, gehen wir von einer steigenden Kreditrisikovorsorge aus, hauptsächlich wegen eines zu erwartenden leichten Anstiegs der Unternehmensinsolvenzen. In Deutschland sollte sich das etwas dynamischere zinsabhängige Geschäft stabilisierend auf die Rentabilität der Banken auswirken.

Gesamtwirtschaftlicher Ausblick 2009

Die US-Wirtschaft sollte nach der erwarteten Erholung im zweiten Halbjahr 2008 dann im Jahr 2009 wieder Fahrt aufnehmen, ohne dabei jedoch die Rekordmarken der Vergangenheit wieder erreichen zu können, vor allem bei den Konsumausgaben. In Deutschland dürfte die Konjunktur ganz leicht anziehen, auch wegen der positiven Entwicklung der Bauinvestitionen in Folge der Lockerung der Geldpolitik durch die EZB.

Eckdaten für die Planung 2008

Unsere Planung basiert auf den folgenden Annahmen:

- Das Weltwirtschaftswachstum verliert etwas an Fahrt,
- das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland beträgt knapp 1,8%,
- die harmonisierte Inflationsrate (HVPI, Harmonisierter Verbraucherpreisindex der EWWU) liegt in Deutschland bei 1,5%,
- die langfristigen Zinsen im Euroraum bei Laufzeiten von bis zu zehn Jahren bewegen sich auf einem Niveau von 4,35%,
- da der rückläufige Trend aus den letzten drei Jahren inzwischen beendet scheint, erwarten wir hinsichtlich der Kreditqualität einen leichten Anstieg der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland.

Entwicklung der HVB AG

Die HVB AG ging in ihrer Ende des Jahres 2007 erstellten Planung davon aus, dass sich die Finanzmärkte, insbesondere die negativen Auswirkungen aus den Finanzmarkturbulenzen, im Jahresverlauf 2008 wieder normalisieren.

Auf dieser Basis erwarten wir eine spürbare Erhöhung der operativen Erträge. Ähnliche Effekte im operativen Ergebnis wie die im Geschäftsjahr 2007 enthaltenen Einmalserträge (Dividenden bzw. Gewinnabführungen) aus dem Verkauf von Beteiligungen (Indexchange) haben wir für 2008 nicht geplant. Trotz eines steigenden Verwaltungsaufwands erwarten wir, dass die Cost-Income-Ratio auf dem sehr guten Niveau des Geschäftsjahrs 2007 bleiben würde.

Zwischenzeitlich ist eine Normalisierung der Finanzmärkte kurzfristig nicht absehbar, deshalb sind die oben beschriebenen Entwicklungen der HVB AG in 2008 mit starken Unsicherheiten belastet. Für das erste Quartal 2008 erwarten wir ein Ergebnis, das unterhalb des Niveaus des Schlussquartals 2007 liegen dürfte. Die Gesamtjahresentwicklung bleibt abhängig vom weiteren Verlauf der Finanzmarkturbulenzen und ist vor diesem Hintergrund nicht abschließend zu prognostizieren.

Beim Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft und Ergebnis im Liquiditätsvorsorgebestand für das Geschäftsjahr 2008 erwarten wir eine deutliche Entspannung. Wir gehen davon aus, dass sich die Risikoversorge 2008 im Verhältnis zum Berichtsjahr verbessern wird.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen und der künftigen Geschäftspolitik

Im Rahmen des Zusammenschlusses mit der UniCredit Gruppe und durch den Verkauf der Geschäftstätigkeiten in Österreich und Zentral- und Osteuropa sowie in Russland, der Ukraine und im Baltikum ergeben sich für die HVB AG interessante neue Möglichkeiten nach einer Periode der Transformation und Integration weiter zu wachsen:

- Nutzung sich ergebender Chancen aus Veränderungs- und Konsolidierungsprozessen in Deutschland, im Rahmen eines klar auf Deutschland fokussierten und spezialisierten Geschäftsmodells.
- Nutzung der Erfolgspotenziale, die sich aus dem konzentrierten Ausbau der Investment Banking-Aktivitäten ergeben, auch im Rahmen der geplanten Eingliederung der Investment Banking-Aktivitäten der ehemaligen Capitalia Gruppe im Jahr 2008 sowie der Bündelung weiterer Investment Banking-Aktivitäten in der HVB AG.
- Aussichten der HVB AG auf hohes Wertschöpfungspotenzial und nachhaltiges Ertragswachstum als Teil einer europäischen Bankengruppe mit einem einzigartigen Wettbewerbsprofil in den zentral- und osteuropäischen Märkten.
- Nutzung der günstigeren Möglichkeiten zur Refinanzierung durch eine nachhaltig verbesserte und gesicherte Kapitalausstattung, die auch Einfluss auf Ratingbewertungen haben kann.
- Vorteil durch die nunmehr hohe Kapitalausstattung und Liquidität der HVB AG, sich ergebende Wachstumschancen am Markt schnell und flexibel wahrnehmen zu können.
- Nutzung von Kosten- und Ertragssynergien durch die Optimierung sämtlicher Produktionskapazitäten, der Rationalisierung sich überlappender Funktionen sowie der Optimierung von Prozessen in der Abwicklung.

Unternehmensstrategische, leistungswirtschaftliche und sonstige Chancen

Neben den Chancen aus dem Zusammenschluss mit der UniCredit Gruppe, den Verkäufen in Österreich und Zentral- und Osteuropa und der strategischen Neuausrichtung der HVB AG ergeben sich weitere Chancen durch:

- die weitere Verbesserung der operativen Erträge durch Entwicklung und Nutzung neuer Produkte für alle Kundensegmente durch Produktfabriken mit maßgeschneiderten Problemlösungen,
- Projekte zur Unterstützung von Kunden, die grenzüberschreitend in zentral- und osteuropäischen Märkten Finanzdienstleistungen nachfragen,
- eine weitere Optimierung des Verwaltungsaufwands durch striktes Kostenmanagement in Deutschland,
- die Verbesserung der Cross Selling-Potenziale in allen Kundengruppen sowie
- die Reduzierung von Risiken durch Veräußerung von nicht-strategischen Vermögensteilen.

Risikobericht

Die HVB AG als Risikonehmer

Das Erzielen von Erträgen im Bankgeschäft ist in der Regel nicht ohne das Eingehen von Risiken möglich. Dabei beinhaltet der Begriff Risiko die Möglichkeit, dass sich die künftige wirtschaftliche Lage der HVB AG als Teil der UniCredit Gruppe negativ entwickelt. Insofern sind der bewusste Umgang, das aktive Management und die laufende Überwachung von Risiken Kernelemente der erfolgsorientierten Geschäftssteuerung der HVB AG.

Die darauf aufbauende konsequente Verzahnung von Rentabilitäts- und Risikokriterien in allen Divisionen und Funktionen unserer Bank betrachten wir dementsprechend als eine unserer Kernaufgaben.

Management und Überwachung der Risiken in der HVB AG

1 Risikomanagement

Im Rahmen des Risikomanagements definiert die Bank auf Ebene der HVB Group ihre Gesamtrisikostategie, das heißt, insbesondere bestimmt sie auf Basis der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse, in welchem Umfang und in welcher Weise sich die einzelnen Divisionen risikomäßig exponieren dürfen. Bei jeder Risikoübernahme ist somit zu prüfen, ob sie aus Risikotragfähigkeitskalkülen möglich und aus Chance-Risiko-Kalkülen lohnenswert ist.

Die verschiedenen Divisionen setzen durch das gezielte und kontrollierte Eingehen von Risikopositionen die ihnen vorgegebene Risikostrategie ergebnisverantwortlich um. Im Rahmen von Limitsystemen verfügen sie dabei über das ihnen zugewiesene regulatorische und ökonomische Kapital.

2 Risikoüberwachung

Der Prozess des Risikomanagements wird von einer umfassenden funktional wie organisatorisch unabhängigen Risikoüberwachung begleitet, unter der folgende Aufgaben zusammengefasst sind:

Risikoanalyse

Im Rahmen der Risikoanalyse werden die Risiken der Geschäftstätigkeit identifiziert, analysiert sowie Methoden für ihre Erhebung entwickelt. Parallel dazu wird die verfügbare Risikodeckungsmasse definiert und quantifiziert.

Risikokontrolle

Unter die sich anschließende Risikokontrolle fällt neben der Quantifizierung und Plausibilisierung der eingegangenen Risiken und der Überwachung der erteilten Limite auch das Risikoreporting, durch das dem Management gleichzeitig Handlungsempfehlungen für künftige risikorelevante Entscheidungen an die Hand gegeben werden.

Der funktionalen Abgrenzung von Risikomanagement und Risikoüberwachung wird auch aus aufbauorganisatorischer Sicht Rechnung getragen.

3 Bereiche und Gremien

Risikomanagement

Die Wahrnehmung des Risikomanagements liegt im Rahmen der vom Vorstand der HVB AG vorgegebenen Kompetenzen in den Händen der Divisionen. Auf Gesamtbankebene sind als wesentliche Gremien das Strategische Kreditkomitee und das Asset Liability Committee zu nennen.

Strategisches Kreditkomitee (SKK)

Strategische Fragestellungen werden im Strategischen Kreditkomitee (SKK) als übergreifendes Steuerungs- und Entscheidungsgremium erörtert und entschieden. Davon unberührt ist die Entscheidungshoheit des Vorstands über nicht delegierbare Sachverhalte und solche, welche die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) betreffen.

Schwerpunktmäßig werden im SKK Kreditgrundsätze, die Risikostrategie der HVB Group sowie divisionsbezogene Risikostrategien, Kreditportfolioreviews und -maßnahmen, die Festlegung der Risikotoleranz, Risikoklassifizierungsverfahren, Grundsätze der Kreditorganisation, risikorelevante Aspekte hinsichtlich Prozess-/Bearbeitungsstandards im Kreditgeschäft, wesentliche Änderungen bzw. Neuerungen im Produktangebot des Aktivgeschäfts sowie die Höhe der Risikoprämien (Verrechnungspreise) und Länderlimite behandelt.

Unter Vorsitz des Chief Risk Officers sind im SKK alle Divisionen sowie von der Marktfolge Risk Control, Recovery Management und Credit & Risk Management vertreten.

Asset Liability Committee

Das Asset Liability Committee entscheidet im Rahmen seiner monatlichen Sitzungen über das Aktiv-Passiv-Management in der HVB AG und trifft Vorgaben für die HVB Group. Dabei verfolgt das Gremium im Wesentlichen folgende Ziele:

- die Etablierung einheitlicher Methoden im Aktiv-Passiv-Management der HVB Group,
- die optimale Nutzung der Ressourcen Liquidität und Kapital,
- die Abstimmung zwischen dem Bedarf der Divisionen an finanziellen Ressourcen und der Geschäftsstrategie.

Risikoüberwachung

Die Überwachung und Koordination der wesentlichen risikopolitischen Aktivitäten sind im Verantwortungsbereich des Chief Risk Officers angesiedelt. Seine Aktivitäten wurden im Berichtsjahr durch den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats, verschiedene Bereiche des Chief Financial Officers sowie die Revision flankiert.

Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats

Im Jahr 2007 wurde der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats vom Vorstand in fünf Sitzungen über die gesamte Risikosituation und das Risikomanagement der Bank unterrichtet. So erhielt der Aufsichtsrat zeitnah detaillierte Berichte über alle für die Bank relevanten Risiken und über die Entwicklung der Kreditportfolios und Risikostrategien. Dies trägt der eminenten Bedeutung einer ganzheitlichen Früherkennung sämtlicher Risiken und der Realisierbarkeit der Geschäftsentwicklung für den Fortbestand des Unternehmens Rechnung.

Chief Risk Officer (CRO)

Unter dem Dach des Chief Risk Officers (CRO) sind die folgenden Bereiche organisiert, welche sowohl Aufgaben für die HVB Group als auch für die HVB AG wahrnehmen:

Risk Control

- Der Bereich Risk Control befasst sich mit Marktrisiko, Adressrisiko, operationellem Risiko, Geschäftsrisiko sowie den Risiken aus bank-eigenem Immobilienbesitz sowie Anteils- und Beteiligungsbesitz in der HVB Group. Die Aufgaben und Kompetenzen umfassen die laufende unabhängige Risikomessung und -überwachung, die Verantwortung und Weiterentwicklung der jeweiligen Messmethoden und -systeme sowie das Berichtswesen an den Chief Risk Officer, den Vorstand der HVB Group sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats. Darüber hinaus ist Risk Control für die Ermittlung und Aggregation des Economic Capital sowie die Umsetzung einheit-

licher Risikocontrollingstandards unter Berücksichtigung entsprechender gesetzlicher – insbesondere aufsichtsrechtlicher – Anforderungen in der HVB Group zuständig. Ferner sind diesem Bereich die Funktionen bezüglich der Grundsatzfragen im Kreditgeschäft, die Prozessstandards im Sinne der MaRisk als auch das Kompetenzcenter der fachlichen Kreditqualifizierung zugeordnet.

Am 1. Juni 2007 hat die Abteilung Monitoring im CRO Bereich ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie hat die Zuständigkeit für das Risikovorfeld in Bezug auf das risikorelevante Kreditgeschäft (Individualkreditgeschäft) von den Sanierungseinheiten übernommen und wirkt in Abstimmung mit Markt und Marktfolge an der strategischen Handhabung der darin enthaltenen Engagements mit. Monitoring hat keine Kreditkompetenz. Für Geschäftskunden des nicht risikorelevanten Kreditgeschäfts (Standardkreditgeschäft) wurde im Dezember 2007 eine eigene Monitoring Einheit gegründet, die im Jahr 2008 ihre operative Tätigkeit aufnehmen wird. Die Zuständigkeit für das nicht risikorelevante Privatkundengeschäft (Standardkreditgeschäft) wurde Mitte des Geschäftsjahrs 2007 vom Bereich CRO in die Division Privat- und Geschäftskunden transferiert. Die Abteilung Monitoring des CRO Bereichs wurde mit dem Ziel geschaffen, risikobehaftete Engagements frühzeitiger zu erkennen, um die Möglichkeiten für die Einleitung von Risiko reduzierenden Maßnahmen zu erweitern, Hinweise für eine Optimierung des bestehenden Frühwarnsystems zu finden und im Endergebnis den Risikovorbedarfs zu reduzieren. Durch die Monitoringprozesse soll ein einheitliches und zielgerichtetes Management der auffälligen Engagements und die risikogerechte Abbildung des Kreditportfolios mit hoher Transparenz bezüglich möglicher Risiken gewährleistet werden.

Credit & Risk Management

– Im Bereich Credit & Risk Management sind die operativen Funktionen der Kreditentscheidungs- und -überwachungsprozesse des risikorelevanten Kreditgeschäfts im Sinne der MaRisk gebündelt. Dies umfasst die entsprechenden Krediteinheiten des Inlands sowie die aus Europa, Nordamerika, Lateinamerika, Südamerika und Asien. Die Kernaufgaben dieser Einheiten bestehen insbesondere aus der systematischen Bonitätsanalyse auf Basis segment-spezifischer Ratingverfahren, der Prüfung und Bewertung der gestellten Kreditsicherheiten sowie einer strukturierten Begründung und Dokumentation der Kreditentscheidungen. Ferner zeichnen sich diese Einheiten auch für die laufende Überwachung der Kreditengagements verantwortlich. Die einzelnen Schritte im Risikomanagementprozess werden dabei durch leistungsfähige IT-Systeme adäquat unterstützt. Um den Spezialisierungsgrad der inländischen Krediteinheiten weiter zu erhöhen, wurden diese in 2007 über entsprechende organisatorische Maßnahmen konsequent an den divisionalen Erfordernissen ausgerichtet. Damit tragen wir auch den gestiegenen Anforderungen an eine bedarfsgerechte Fokussierung im Risikomanagement entsprechend Rechnung. Unterstützt werden diese Einheiten darüber hinaus durch Branchenspezialisten, die bei Kreditengagements ab 5 Mio € für das Kreditgeschäft vor allem für die Division Firmen- und Kommerzielle Immobilienkunden sowie generell für das Kreditgeschäft der Division Markets & Investment Banking in den Entscheidungsprozess eingebunden sind und damit einen wesentlichen Bestandteil unseres Prinzips einer branchenorientierten Risikosteuerung darstellen.

Immobilien-Bewertung und Consulting

– Im Fokus des Bereichs Immobilien-Bewertung und Consulting stehen die Bewertung von Einzelobjekten und Portfolios, die regelmäßige Fortschreibung und die Überwachung und Überprüfung von Immobilienwerten sowie die Analyse und Prognose von Immobilienmärkten. Dabei unterstützt der Bereich die Risikobeurteilung und -steuerung in Bezug auf die grundpfandrechtlichen Sicherheiten sowohl für das Pfandbriefgeschäft als auch für die Eigenkapitalbemessung nach der Solvabilitätsverordnung.

Planning/Controlling & Service Functions

– Der im Rahmen der organisatorischen Änderungen des CRO Bereichs per Anfang Mai 2007 implementierte Bereich Planning/Controlling & Service Functions ist unter anderem verantwortlich für

- die Planung der Risikovorsorge für die HVB AG und die HVB Group,
- die Erstellung der regelmäßigen Risikovorsorge Forecasts sowie Risikostati für die HVB AG und die HVB Group,
- die Erstellung des Risikovorsorge bezogenen Berichtswesens für die HVB AG sowie die HVB Group,
- das Erstellen von Standardreportings und Sonderanalysen sowie die Durchführung des Controllings für die Sanierungs- und Abwicklungsbestände in der HVB AG sowie bestimmter Sonderportfolios,
- die Steuerung und das Management des Deckungsstocks der HVB AG.

Chief Financial Officer

Folgende Bereiche des Chief Financial Officers unterstützen neben den Bereichen Tax Affairs sowie Anteilsbesitz die Risikoüberwachung:

Regulatory Reporting

– Der für die bankaufsichtsrechtliche Berichterstattung zuständige Bereich Regulatory Reporting wurde im Rahmen der allgemeinen Umstrukturierungsmaßnahmen zum 1. Februar 2007 aufgeteilt und in die Bereiche Accounting sowie Planning and Controlling integriert.

Accounting

– Der Bereich Accounting ist durch Analyse seiner monatlich erstellten Erfolgsrechnungen in der Lage, Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Damit wird ein wichtiger Impuls für die Konformität mit dem Risikomanagementprozess geleistet. Ferner obliegen dem Accounting durch die Aufteilung des ehemals separaten Bereichs Regulatory Reporting wesentliche bankaufsichtsrechtliche Meldungen wie der Grundsatz II (Grundsatz über die Liquidität der Kreditinstitute) bzw. die ihn ersetzende Meldung nach Liquiditätsverordnung und insbesondere auch die Evidenz von Groß-, Millionen- und Organ-krediten.

Planning and Controlling

– Der unter anderem für Budgetierung, Kosten- und Personalcontrolling sowie den Segmentbericht zuständige Bereich Planning and Controlling hat im Wesentlichen die Meldung gemäß dem bankaufsichtsrechtlichen Grundsatz I (Unterlegung von Risikoaktiva und Marktrisikopositionen mit Eigenmitteln) bzw. gemäß der ihn ersetzenden Solvabilitätsverordnung aus dem Bereich Regulatory Reporting übernommen.

Asset Liability Management

– Der Bereich Asset Liability Management verantwortet die Steuerung der kurz- und langfristigen Liquidität zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und zur Optimierung der Refinanzierungskosten. Asset Liability Management beobachtet die aktuelle Situation auf den Geld- und Kapitalmärkten sowie den Liquiditäts- und Refinanzierungsbedarf. Die internen Einstandsätze für das Aktiv- und Passivgeschäft werden laufend auf Angemessenheit überprüft und regelmäßig an die internen und externen Faktoren angepasst. Zu den weiteren Aufgaben von Asset Liability Management zählen das Bilanzstrukturmanagement sowie Maßnahmen zur Steuerung des regulatorischen Kapitals. Darüber hinaus verantwortet der Bereich das Risikomanagement der Finanzanlagen der HVB AG. Die im Rahmen dieser Funktionen initiierten Maßnahmen unterstützen die Rating- und Rentabilitätsziele.

Zudem sind Bereiche des Chief Financial Officers – gemeinsam mit dem Bereich Risk Control – in die Aktivitäten unseres Basel-II-Projekts eingebunden.

Revision

– Die Revision ist als unabhängiger organisatorischer Bereich direkt dem Vorstandssprecher unterstellt und für den Vorstand tätig. Sie erfüllt primär die Aufgaben der Internen Revision der HVB AG. Überdies hat sie auch einen Auftrag innerhalb der gesamten HVB Group. Die Bandbreite der Aufgaben erstreckt sich hierbei von einer Kontroll- und Beratungsfunktion auf der Grundlage eines Berichtswesens bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision der Tochtergesellschaften.

Gemäß den MaRisk werden alle Betriebs- und Geschäftsabläufe innerhalb von drei Jahren geprüft – sofern dies sinnvoll und angemessen ist. Betriebs- und Geschäftsabläufe, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden mindestens jährlich geprüft.

Neben den einzelnen Revisionsberichten wird dem Gesamtvorstand in einem Jahresbericht ein umfassender Gesamtüberblick über die Prüfungsergebnisse sowie über wesentliche Revisionsfeststellungen und deren Bearbeitungsstand gegeben. Außerdem wird der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats in seinen regelmäßigen Sitzungen vom Leiter der Revision über die aktuellen Entwicklungen und Ergebnisse der Revisionsarbeit unterrichtet.

Die hier beschriebenen Bereiche und Gremien spiegeln den Stand der Organisationsstruktur zum 31. Dezember 2007 wider.

Risikoarten und -messung

1 Relevante Risikoarten

In der HVB AG differenzieren wir nach folgenden Risikoarten:

- Adressrisiko,
- Marktrisiko,
- Liquiditätsrisiko,
- Operationelles Risiko,
- Geschäftsrisiko,
- Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz,
- Risiko aus Anteils- und Beteiligungsbesitz,
- Strategisches Risiko.

2 Methoden der Risikomessung

Mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos und des strategischen Risikos werden alle Risikoarten nach einem Value-at-Risk-Ansatz gemessen, bei dem die potenziellen künftigen Verluste auf Basis eines definierten Konfidenzniveaus ermittelt werden.

Die einzelnen Risikoarten werden im Rahmen der Ermittlung des Economic Capital auf Ebene der HVB Group aggregiert. Dabei wird für alle Risikoarten konsistent eine Haltedauer von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,95% unterstellt. Ab Januar 2008 werden wir das Konfidenzniveau für die Risikorechnungen auf den in der UniCredit Gruppe einheitlichen Satz von 99,97% anheben.

Bei der Aggregation werden Risiko mindernde Portfolioeffekte berücksichtigt, welche sowohl Korrelationen innerhalb der einzelnen Risikoarten zwischen Geschäftseinheiten der HVB Group als auch solche über die Risikoarten hinweg erfassen.

Liquiditätsrisiko und strategisches Risiko werden separat erfasst. Die hierfür angewandten Erhebungsmethoden werden in den relevanten Abschnitten dieses Risikoberichts aufgezeigt.

3 Weiterentwicklung der Risikomess- und Überwachungsmethoden

Die Risikomess- und Überwachungsmethoden unterliegen einem ständigen Weiterentwicklungs- und Verbesserungsprozess. Dieser resultiert auf der einen Seite aus unserem eigenen Qualitätsanspruch, auf der anderen Seite trägt die HVB AG damit den gesteigerten gesetzlichen – insbesondere aufsichtsrechtlichen – Anforderungen (vor allem der Solvabilitätsverordnung sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement) Rechnung. Ferner wurden die im Rahmen der Integration in die UniCredit Gruppe initiierten Methodenabgleiche fortgesetzt.

Gesamtbanksteuerung

1 Duale Gesamtbanksteuerung

Im Fokus der kapitalmarktorientierten Steuerung in der HVB Group und damit auch der HVB AG steht die Investition und der wertorientierte Einsatz unserer Kapitalressourcen in Geschäftsaktivitäten mit attraktiven Rendite-Risiko-Relationen. Im Rahmen des dualen Steuerungsprinzips werden den Divisionen sowohl regulatorisches Kapital im Sinne von gebundenem Kernkapital als auch Economic Capital zugeteilt. Beide Ressourcen sind mit Verzinsungsansprüchen belegt, welche von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und von den jeweiligen Einheiten zu erwirtschaften sind. Im Jahr 2007 wurden weitere Schritte zur Harmonisierung der dualen Gesamtbanksteuerung mit der Steuerung der UniCredit Gruppe durchgeführt. So wurden auf Ebene der Einzelgeschäftssteuerung die KPIs (Key Performance Indicators), Economic Value Added (EVA) sowie Risk Adjusted Return on Risk Adjusted Capital (RaRoRac) in die Vertriebssteuerung implementiert, im Jahr 2008 werden diese KPIs in die Produktkalkulation nach Geschäftsabschluss integriert.

EVA oder Geschäftswertbeitrag drückt die Fähigkeit zur Schaffung eines zusätzlichen Wertes in Geldeinheiten aus. Er wird ermittelt aus der Differenz zwischen dem Ergebnis nach Steuern (minus Fremd-

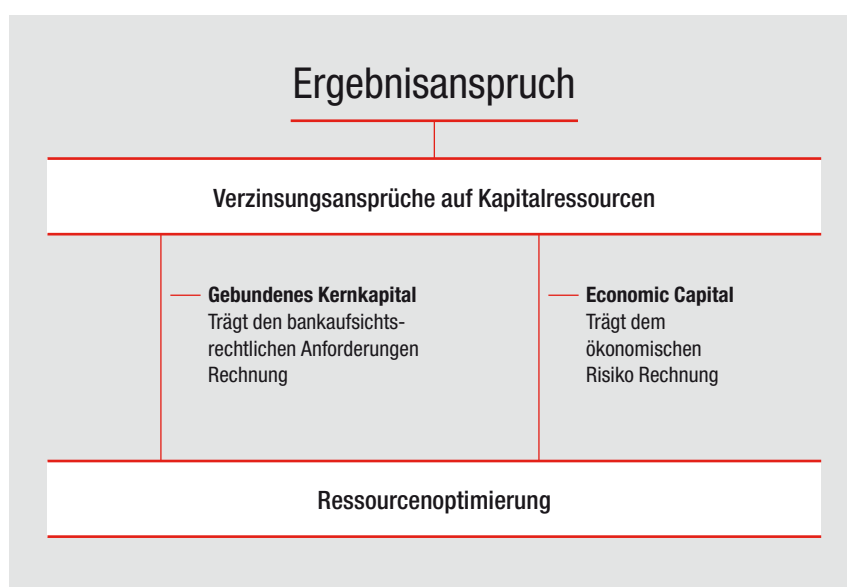
anteile am Ergebnis) und dem Verzinsungsanspruch auf das investierte Kapital (gebundenes Kernkapital plus immaterielle Vermögenswerte) bzw. Economic Capital.

RaRoRac ist das Verhältnis von EVA zu gebundenem Kernkapital und zeigt die Wertschaffung pro Einheit des eingegangenen allokierten Kapitals.

Darüber hinausgehend erfolgt die Feinsteuerung des Vertriebs innerhalb der Divisionen und wird von Division zu Division unterschiedlich gehandhabt.

2 Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz Gebundenes Kernkapital

Von den Divisionen wird für Zwecke der Planung und des Controllings eine Kernkapitalunterlegung bezogen auf das Risikoaktivaäquivalent für Kredit- und Marktrisiken von durchschnittlich 6,8% eingefordert. Ferner wird auf das durchschnittlich gebundene Kernkapital der Verzinsungsanspruch abgeleitet. Entsprechend der Steuerungslogik der UniCredit Gruppe wird hierbei das Kernkapital ohne Hybridkapital angesetzt (= »Core Tier 1 Capital«). Ab dem Jahr 2008 wird eine Kernkapitalunterlegung bezogen auf die Risikoaktiva nach Basel II (inklusive Risikoäquivalent für operationelle Risiken) in Höhe von durchschnittlich 6,4% angesetzt.



Steuerung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalausstattung

Die Planung unseres aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals erfolgt anhand folgender drei Kapitalquoten, für deren Steuerung wir intern Mindestwerte festgelegt haben:

- Kernkapitalquote 1 (Verhältnis aus Kernkapital zu den Risikoaktiva),
- Kernkapitalquote 2 (Verhältnis aus Kernkapital zur Summe aus Risikoaktiva und den mit dem Faktor 12,5 gewichteten Marktrisikopositionen),
- Eigenmittelquote (Verhältnis aus Eigenmitteln zur Summe aus Risikoaktiva und den mit dem Faktor 12,5 gewichteten Marktrisikopositionen).

In 2007 wurden die Quoten gemäß Basel I berechnet. Im Jahr 2008 werden wir auch die Gesamtbanksteuerung auf Basel II umstellen und damit die operationellen Risiken in die Berechnung der Kapitalquoten einbeziehen.

Zur Bestimmung der angemessenen Eigenkapitalausstattung haben wir im Wesentlichen folgenden Prozess definiert:

- Basierend auf unserer Mehrjahresplanung führen wir monatlich eine rollierende Acht-Quartale-Projektion zur permanenten Prognostizierung unserer Kapitalquoten gemäß KWG durch.
- Das Asset Liability Committee wird monatlich über die Ist-Quoten und die wesentlichen Effekte auf diese Quoten informiert und entscheidet bei spürbaren Plan-Ist-Abweichungen über entsprechende Maßnahmen.
- Der Gesamtvorstand wird monatlich über die Risikoaktiva Budgetauslastung der Divisionen in Kenntnis gesetzt.

Economic Capital nach Portfolioeffekten

(Konfidenzniveau 99,95%)

	2007		2006	
	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Aufteilung nach Risikoarten				
Marktrisiko	214	5,5	159	4,3
Adressrisiko	1904	49,1	1728	46,4
Geschäftsrisiko	486	12,5	537	14,4
Operationelles Risiko	810	20,9	742	19,9
Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz	17	0,4	13	0,4
Risiko aus Anteils- und Beteiligungsbesitz	450	11,6	546	14,6
Gesamt	3881	100,0	3725	100,0

3 Ökonomische Kapitaladäquanz

Das von den Divisionen jeweils künftig benötigte Economic Capital wird, aufgeschlüsselt nach Risikoarten, im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses in engem Zusammenspiel zwischen dem Bereich Risk Control und den Geschäftseinheiten ermittelt. Nach Entscheidung durch den Vorstand der HVB Group werden die Economic Capital Größen in den Steuerungs- und Berichtsinstrumenten der Bank verankert. Ein Soll-Ist-Vergleich wird quartalsweise erstellt und an den Chief Risk Officer berichtet.

Im Berichtsjahr 2007 ist das Economic Capital der HVB AG, nach Berücksichtigung aller Risiko mindernden Diversifikationseffekte der HVB Group, von 3,7 Mrd € zum 31. Dezember 2006 auf 3,9 Mrd € zum 31. Dezember 2007 gestiegen.

Der Verkauf der Bank Austria Creditanstalt-Gruppe (BA-CA) wirkt sich neben der reinen Herausnahme des BA-CA Economic Capital Anteils auch noch in geringeren Diversifikationseffekten für die verbliebene HVB Group und damit auch die HVB AG aus.

Der Anstieg des Economic Capital in 2007 für die HVB AG ist daher maßgeblich auf den Rückgang von Diversifikationseffekten durch den Verkauf der Bank Austria Creditanstalt-Gruppe zurückzuführen. Weiteren Einfluss haben die aktuellen Entwicklungen an den Kapitalmärkten, die unter anderem auch zu höheren Economic Capital

Risikobericht (FORTSETZUNG)

Werten für Marktrisiko und Kreditrisiko führen. Im Economic Capital Wert für Anteils- und Beteiligungsbesitz zeigen sich die Effekte aus weiteren Investitionen in Private Equity Funds und dem Verkauf unserer Beteiligungsposition an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG. Bei der Darstellung nach Divisionen lässt sich ein deutlicher Rückgang in der Position Sonstige/Konsolidierung erkennen. Dieser ist bedingt durch die Zuordnung von Anteils- und Beteiligungsbesitz in die Divisionen, welche dadurch entsprechende Anstiege verzeichnen. In der Division Markets & Investment Banking, weiterhin mit dem größten Anteil am Economic Capital, wirken die oben genannten Effekte kumulativ.

Im Rahmen einer quartalsweisen Risikotragfähigkeitsanalyse stellen wir auf Ebene der HVB Group unser gesamtes Economic Capital der uns zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenüber. Darüber hinaus erfolgt diese Tragfähigkeitsanalyse als Bestandteil unseres Planungsprozesses mit einem entsprechenden intern definierten Prognosezeitraum. Die in 2007 durchgeführte detaillierte Einjahresplanung basiert auf den Eckdaten und Zielen der Dreijahresplanung. Damit erfüllen wir wesentliche Komponenten des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP).

Gemäß unserer bankinternen Definition setzt sich die Risikodeckungsmasse aus IFRS Eigenkapitalkomponenten, Genussrechts- und Hybridkapital, Reserven sowie dem Ist-Ergebnis zusammen.

Hierbei werden die Anteile in Fremdbesitz berücksichtigt sowie der Goodwill in Abzug gebracht. Die Risikodeckungsmasse der HVB Group beläuft sich zum Jahresende 2007 auf 22,0 Mrd € (vergleichbarer Vorjahreswert: 17,9 Mrd € mit Berücksichtigung der Effekte aus dem Verkauf der Bank Austria Creditanstalt-Gruppe). Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr resultiert vor allem aus einer höheren Rücklagendotierung, einer reduzierten AfS-Rücklage sowie geringerem Genussrechts- und Hybridkapital. Der Rückgang im Halbjahresvergleich ist maßgeblich auf die noch nicht beschlossene Konzerngewinnverwendung zurückzuführen. Diese wird den Aktionären in der Hauptversammlung zur Entscheidung vorgelegt. Zum ersten Mal werden per 31. Dezember 2007 von der Bank keine Neubewertungsreserven für Immobilien für das Aufsichtsrecht ermittelt. Dadurch sinkt im Jahres- sowie Halbjahresvergleich auch die Risikodeckungsmasse um 0,2 Mrd €. Bei einem aggregierten Economic Capital der HVB Group von 4,7 Mrd € ergibt sich eine Auslastung der Risikodeckungsmasse für die HVB Group von rund 21,2%.

4 Risikostrategie

Für das Jahr 2007 hat der Vorstand unter Berücksichtigung sämtlicher relevanter Risikoarten für die HVB AG, des Economic Capital und der Risikotragfähigkeit eine zur Geschäftsstrategie konsistente Risikostrategie verabschiedet. Für 2008 erfolgte dies unter Berücksichtigung der durch die Übertragung der wesentlichen Vermögensgegenstände und dazugehörigen Verbindlichkeiten der UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM) erhöhten Bedeutung der Division Markets & Investment Banking.

Economic Capital nach Portfolioeffekten

(Konfidenzniveau 99,95%)

	2007		2006	
	in Mio €	in %	in Mio €	in %
Aufteilung nach Divisionen				
Privat- und Geschäftskunden	552	14,2	531	14,2
Wealth Management	73	1,9	71	1,9
Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden	825	21,2	669	18,0
Markets & Investment Banking	2001	51,6	1489	40,0
Sonstige/Konsolidierung	430	11,1	965	25,9
Gesamt	3881	100,0	3725	100,0

Risikoarten im Einzelnen

1 Adressrisiko

Risikomanagement

Unter Adressrisiko verstehen wir mögliche Wertverluste, die durch den Ausfall oder durch Bonitätsverschlechterungen von Kunden entstehen können. Dabei unterscheiden wir zwischen den Risikokategorien Kreditrisiko, Kontrahentenrisiko, Emittentenrisiko und Länderrisiko.

Kreditrisiko

– Kreditrisiko umfasst mögliche Wertverluste im kommerziellen Kreditgeschäft. Dem wird bilanziell durch die Bildung von Kreditrisikovorsorge Rechnung getragen, sobald sich konkrete Anhaltspunkte in der Vergangenheit für einen Ausfall ergeben haben (incurred loss). Hiervon getrennt zu sehen ist die abstrakte Erwartung, dass Kunden in der Zukunft ausfallen könnten (Konzept des expected loss und Credit-Value-at-Risk).

Kontrahentenrisiko

– Kontrahentenrisiko ergibt sich aus der Verschlechterung der Bonität bzw. dem Ausfall einer Gegenpartei, mit der wir zins-, fremdwährungs-, aktien-/indexbezogene oder sonstige Termin- bzw. Derivategeschäfte getätigt haben. Das Kontrahentenrisiko lässt sich in Erfüllungs-, Wiedereindeckungs- und Barrisiko differenzieren. Für die Bank besteht immer dann ein Erfüllungsrisiko, wenn wir beim Austausch von Zahlungen im Rahmen der Abwicklung des Geschäfts in Vorleistung treten, ohne zum Zeitpunkt unserer Zahlung sicher zu wissen, dass die Gegenzahlung des Kontrahenten erfolgen wird. Das Wiedereindeckungsrisiko ergibt sich aus der Gefahr, dass sich die Bank bei Ausfall der Gegenpartei am Markt zu ungünstigeren Konditionen wiedereindecken muss. Das Barrisiko besteht in der Gefahr, dass die Gegenpartei aufgenommene (Bar)-Kredite nicht zurückzahlt. Bei Handelsprodukten ist es für den Geldhandel relevant.

Emittentenrisiko

– Emittentenrisiko ist die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder Ausfällen eines Emittenten. Es entsteht durch den Kauf von Wertpapieren für den Eigenbestand, bei Wertpapieremissions- und -platzierungsgeschäften sowie bei Kreditderivaten.

Länderrisiko

– Das Länderrisiko ist das Risiko von Wertverlusten auf Grund von Transfer-/Konvertierungsbeschränkungen bzw. -verboten oder anderen hoheitlichen Maßnahmen des Landes des Kreditnehmers (Transferrisiko). Ein Länderrisiko besteht bei grenzüberschreitenden Transaktionen in Fremdwährung. Außerdem wird das Adressrisiko von Zentralregierungen und Notenbanken berücksichtigt (Sovereign Risk). Hierbei gehen die Positionen aus Kredit- und Handelsgeschäften einschließlich Geschäfte innerhalb der HVB Group sowie das Emittentenrisiko handelbarer, festverzinslicher Wertpapiere ein.

Das Management des Adressrisikos basiert auf einem integrierten Konzept klar definierter Grundsätze, Kompetenzstrukturen und Risikobeurteilungsverfahren.

Bezogen auf das Adressrisiko ist in allen Kredit gewährenden Einheiten der HVB AG die fachliche und disziplinarische Trennung von Vertrieb (= Markt) und Kredit (= Marktfolge) auf allen Ebenen organisatorisch gewährleistet. Die Marktfolgeaktivitäten sind im Verantwortungsbereich des Chief Risk Officers gebündelt. Darüber hinaus sind in allen Divisionen ab einer bestimmten Kredithöhe zentral angesiedelte Senior Risk Manager in den Entscheidungsprozess eingebunden. Diese tragen die Risikoverantwortung für die ihnen zugeordneten Portfolios und steuern die Branchen entsprechend der vom Strategischen Kreditkomitee verabschiedeten Portfoliostrategien.

Die Kreditäquivalente (Exposurewerte) des jeweiligen Handelsgeschäfts dienen im Rahmen des Kreditprozesses als Grundlage für die Kreditentscheidung und werden gemeinsam mit den Exposurewerten aus dem kommerziellen Geschäft betrachtet. Dies gilt sowohl für die einzelne Kreditentscheidung als auch für die Steuerung von Konzentrationsrisiken in der HVB AG.

Das Kreditäquivalent beim Kontrahentenrisiko ist definiert als Potential Future Exposure und ergibt sich aus dem Profil möglicher zukünftiger Preise/Marktwerte, die die OTC-Geschäfte eines Handelspartners unter Berücksichtigung von Netting- und Collateralverträgen sowie Portfolioeffekten annehmen können. Die Bestimmung der zukünftigen Marktwerte basiert auf der Monte-Carlo-Simulation des internen Marktrisikomodells. Die Ergebnisse werden entsprechend der Laufzeit der Geschäfte bzw. der Marginperiode (bei dynamischen Besicherungsverträgen) skaliert. Bei der Ermittlung des Potential Future Exposures wird dabei zu Limitierungszwecken ein hohes Quantil der Verteilung (99%) bestimmt, während als Bemessungsgrundlage für das interne Kreditrisikomodell ein Erwartungswert (Expected Positive Exposure) herangezogen wird (siehe Abschnitt »Internes Adressrisikomodell« dieses Kapitels).

Das Management des Länderrisikos findet auf Basis von Value-at-Risk- und Volumensgrößen statt. Dazu wird jährlich eine Strategie für Länderrisiken festgelegt und unterjährig mit der Ist-Entwicklung abgeglichen.

Messmethodik

Kreditrisiko

Für die Erhebung unseres Kreditrisikos nutzen wir differenzierte Risikomessinstrumente:

Bonitätsanalyse

– Sowohl für die Kreditentscheidungen, das Pricing, die zukünftige Eigenkapitalunterlegung nach Basel II (IRB-Approach) als auch für unser internes Adressrisikomodelle ist die zuverlässige Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeit unserer Kunden von zentraler Bedeutung. Entsprechend gilt unser besonderes Augenmerk der Weiterentwicklung und Verfeinerung unserer internen Bonitätsanalyseinstrumente.

Die HVB AG verfügt über vielfältige Rating- und Scoringverfahren, welche auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen Kundengruppen zugeschnitten sind. Die Systeme werden unter Rückgriff auf moderne statistische Verfahren laufend optimiert, um eine möglichst gute Trennschärfe und Prognosegüte bezüglich der Ausfallwahrscheinlichkeit eines Kunden sicherzustellen.

Im Ergebnis führt ein Rating oder Scoring zur Eingruppierung in eine Bonitätsklasse einer zehn Stufen umfassenden Skala. Hierbei sind die Bonitätsklassen 1 bis 7 für das nicht problembehaftete und die Bonitätsklassen 8 bis 10 für das problembehaftete Geschäft vorgesehen. Für einige Verfahren findet darüber hinaus eine Feindifferenzierung statt, indem pro Bonitätsklasse noch zwischen je drei Unterklassen (notches) unterschieden wird. Ab Bonitätsklasse 8– werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Eine verfahrensbasierte Bonitätsklasse wird bis zur Klasse 8 ermittelt. Die Bonitätsklassen 8, 9 und 10 werden durch Setzen entsprechender Leistungsstatuskennzeichen ermittelt, die zur Ableitung einer Ausfall Bonitätsklasse führen.

Die Rating- und Scoringverfahren unterliegen einem ständigen Monitoring, sie werden jährlich validiert und bei Bedarf rekali­briert oder grundlegend überarbeitet. Somit ist eine regelmäßige Überwachung bzw. Überprüfung aller Ratingverfahren gewährleistet.

In 2007 lagen die Schwerpunkte unter anderem in folgenden Bereichen:

- Weiterentwicklung für Privat- und Geschäftskunden,
- Überarbeitung der Bonitätsverfahren für Privatkunden,
- Einführung der gruppenweiten Ratings in der HVB AG,
- Abschaffung von pauschalen Sonderfallratings,
- Überarbeitung und Einschränkung der Override Möglichkeiten und der Gründe zur Bildung von Bonitätsverbänden.

Für die Kreditnehmer ist vor der Kreditvergabe mit dem jeweils vorgesehenen Ratingverfahren eine Bonitätsklasse zu ermitteln.

Die Pflicht zur Ratingermittlung besteht unabhängig von der Offenlegungspflicht nach §18 KWG. Die Bonität ist mindestens einmal jährlich auf Basis aktueller Bonitätsunterlagen anzupassen. Bei wesentlichen wirtschaftlichen Veränderungen bzw. wenn risikorelevante Engagementsveränderungen eintreten, ist eine Aktualisierung des Ratings zeitnah unterjährig vorzunehmen.

Die Freigabe des Ratings erfolgt durch den zuständigen Kompetenzträger.

Für die Transformation externer Emittentenratings wird eine Transformationstabelle herangezogen, sodass internen Ratings externe Ratings gegenübergestellt werden. Hierfür werden ausschließlich Ratings von S&P, Moody's oder Fitch verwendet.

Sicherheiten und Sicherheitenmanagement

- Die von der Bank eingesetzten Kreditrisikominderungs­techniken orientieren sich an den strengen aufsichtsrechtlichen Vorgaben zum so genannten IRB-Advanced Approach.

In Anlehnung an die Allgemeinen Kreditgrundsätze der Bank folgt das Sicherheitenmanagement einem Regelkreis, der mit der Formulierung einer Strategie beginnt. Bei der Hereinnahme von Kreditsicherheiten unserer Kunden bzw. der Gewährleistungsgeber wird besondere Sorgfalt auf die rechtliche Durchsetzbarkeit der Sicherungsabrede gelegt.

Die wertmäßig bedeutsamsten Sicherheitenarten sind Grundpfandrechte, Gewährleistungen sowie Verpfändungen von finanziellen Sicherheiten, die zusammen rund 90% der bewerteten Sicherheiten ausmachen. Die Bewertung erfolgt für jede Sicherheitenart nach spezifischen Bewertungsregeln auf Basis empirisch ermittelter Erlösquoten. Für alle Sicherheitenarten werden daneben Kostenquoten auf eine festgelegte Bemessungsgrundlage durch Berücksichtigung der Verwertungsdauer bzw. des Diskontierungs-

effektes über die Verwertungsdauer hinweg angerechnet. Es wird somit ein dem Fair Value-Ansatz vergleichbarer Wert ermittelt. Bei Wertpapieren greifen wir auf eigene Haircut Schätzungen zurück. Verschiedene Überwachungsaktivitäten, die Erfassung sicherheitenbezogener Ausfalldaten und regelmäßige Analysen (zum Beispiel über Risikokonzentrationen) ergänzen diesen Regelkreis.

Die Bank verfügt über ein zentrales Sicherheitensystem, in dem alle relevanten Daten zu Sicherheitenvereinbarungen und zur Sicherheitenzuordnung verwaltet werden und die Sicherheitenbewertung vorgenommen wird.

Internes Adressrisikomodell

– Für die Erhebung des Adressrisikos nutzen wir ein internes Adressrisikomodell, mit dem wir Ausfall bedingte Kredit- und Kontrahentenrisiken weltweit messen und bewerten. Hierbei handelt es sich um ein eigenentwickeltes Modell, das uns den Vorteil bietet, in Methodik und Parametrisierung individuell auf unser Portfolio zugeschnitten zu sein und welches jederzeit entsprechend dem Erkenntnisfortschritt von uns weiterentwickelt werden kann. In 2007 wurde das interne Adressrisikomodell weiterentwickelt und auf einer neuen IT-Plattform implementiert, sodass ab 2008 eine im Hinblick auf die verwendeten Inputparameter (PD, LGD und EAD) sowie der Datengrundlage konsistente Ermittlung von Credit-Value-at-Risk und regulatorischem Kapitalbedarf nach Basel II möglich ist. Auch das Länderrisiko wird über ein Portfoliomodell ermittelt.

Erwarteter Verlust

– Bei der Adressrisikomessung unterscheiden wir zwischen dem erwarteten Verlust und dem unerwarteten Verlust (in Ausprägung des Credit-Value-at-Risk). Der erwartete Verlust spiegelt den Ausfallverlust aus dem aktuellen Kreditportfolio wider, der unter Berücksichtigung von Bonitätseinstufungen und vorhandenen Sicherheiten in den nächsten zwölf Monaten zu erwarten ist.

Für die Berechnung des erwarteten Verlusts wird – analog zu Basel II – eine Abschätzung des Geschäftsvolumens bei Ausfall durchgeführt (Exposure at Default). Diese Größe berechnet sich für das Kredit- und Länderrisiko als Stichtagsinanspruchnahme erhöht um Teile der freien, extern zugesagten Linien. Dabei wird der unterschiedliche Risikogehalt verschiedener Kreditarten berücksichtigt.

Als Bemessungsgrundlage für die OTC-Derivate (Kontrahentenrisiko) wird dabei ein »Kreditäquivalent« berechnet, das so genannte »Expected Exposure«. Das Kreditäquivalent entspricht dem aktuellen Marktwert eines Geschäfts zuzüglich eines so genannten »Add On«, einem Zuschlag für potenzielle zukünftige Marktwertschwankungen. Das so ermittelte Kontrahentenexposure berücksichtigt sowohl Risiko reduzierende Netting-Vereinbarungen als auch dynamische Sicherheitenverträge, die den Kontrahenten verpflichten, auf täglicher Basis in Höhe des aktuellen Marktwerts der laufenden Geschäfte Sicherheiten zu stellen.

Die Parameterannahmen zur Ermittlung des Exposure at Default sowie der Quantifizierung einer Verlustquote (Loss Given Default) bei Ausfall eines Geschäfts basieren auf langjährigen, statistischen Durchschnittswerten aus bankinternen Ausfällen und Verlusten sowie externen Referenzgrößen und entsprechen den strengen Qualitätsanforderungen nach Basel II (IRB-Advanced Approach).

Credit-Value-at-Risk

– Der Credit-Value-at-Risk (unerwarteter Verlust) trifft eine Aussage über die höchste negative Abweichung des tatsächlichen Verlusts vom erwarteten Verlust, die innerhalb der nächsten zwölf Monate mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,95% nicht überschritten wird. Dieses Verlustpotenzial wird unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten mit Economic Capital als Sicherheitspuffer unterlegt.

Szenarioanalysen

– Die Berechnung des Credit-Value-at-Risk unterstellt normale Rahmenbedingungen. Szenarioanalysen helfen uns, die Auswirkungen von zukünftigen makroökonomischen Entwicklungen oder exogenen Schocks zu simulieren und ihre Auswirkungen auf das Verlustpotenzial des Kreditportfolios der HVB AG zu quantifizieren. In diesem Zusammenhang lassen sich Mehrjahresprognosen zur Entwicklung von Zinsen, Wirtschaftswachstum oder Arbeitslosigkeit nennen, aber beispielsweise auch Inflationsszenarien oder extreme Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Ergebnisse ausgewählter Szenariorechnungen werden für die Steuerung und Limitierung von Kredit- und Länderrisiken genutzt.

Risiko- und marktgerechtes Pricing

– Zur Risiko- und Profitabilitätssteuerung des Kreditgeschäfts werden Pricingmethoden und -tools eingesetzt, die alle Kostenbestandteile, die zu erwartenden Standardrisikokosten und die Kapitalkosten berücksichtigen. Da die Kalkulation auf den relevanten Risikoparametern basiert und vor Abschluss eines Kreditgeschäfts vorgenommen werden muss, können Kreditentscheidungen unter

Risiko-/Ertragsgesichtspunkten vorgenommen werden. Auch vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen wurden regelmäßige Abgleiche zwischen den internen Margenanforderungen und den aktuellen Kapitalmarktpreisen für Kredite vorgenommen.

Umsetzung Basel II

– Kernelement der Basler Eigenkapitalvereinbarung im Bereich Kreditrisiko ist eine stärkere Risikodifferenzierung der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Eigenmittelunterlegung für Kreditrisiken auf Basis der Bonitätseinstufung des Kunden sowie der Besichtigungsstruktur der Geschäfte. Dies gilt insbesondere für den anspruchsvollsten Ansatz, den so genannten IRB-Advanced Approach, den unsere Bank ab 2008 anstrebt. Die entsprechenden Implikationen aus Basel II führen zu einer Annäherung der aufsichtsrechtlichen an die ökonomische Sichtweise einer risikoadjustierten Steuerung, wie sie in unserer Bank mittels interner Instrumente bereits etabliert ist.

Im Kontext der Säule 1 haben wir die Methoden zur Risikobeurteilung durch Einsatz von Scoring- und Ratingverfahren nochmals verbessert und die internen Prozesse entsprechend angepasst bzw. gestrafft. Dabei haben wir einige Verfahren neu implementiert bzw. deren Methodik überarbeitet, unter anderem Internal Assessment Approach für Securitisation und Retailsegmente. Zudem konnten wir mit Erfolg die Implementierung so genannter UniCredit gruppenweiter Ratingsysteme und zugehöriger Prozesse im abgelaufenen Geschäftsjahr in der HVB AG realisieren. Für einzelne Teilsegmente, wie Sovereigns oder Banken, verwendet die UniCredit Gruppe einheitliche Ratingsysteme, um eine global einheitliche Risikobeurteilung und -steuerung dieser Segmente zu gewährleisten. Entsprechende Verfahren wurden technisch implementiert, für das Bestands- und Neugeschäft entsprechender Segmente umfassend genutzt sowie zugehörige Prozesse gruppenweit entwickelt und umgesetzt. Im Gegenzug konnten bisher in der HVB Group verwendete Verfahren für diese Segmente deaktiviert werden.

Die Verfahren zur Schätzung von Verlustquoten und Exposuregrößen haben wir ebenfalls finalisiert. Dabei werden sowohl Informationen aus der eigenen Verwertungserfahrung der Bank als auch extern verfügbare Benchmarks benutzt. Zudem sind wir Teilnehmer verschiedener Aktivitäten zum Daten Pooling und konnten entsprechende Ergebnisse ebenfalls intern erfolgreich anwenden. So erfolgt die Bewertung unserer Sicherheiten umfänglich auf Basis von empirisch-statistisch ermittelten Recovery Rates.

Im Bereich Validierung und Kalibrierung der Ratingsysteme erfolgte eine Überprüfung der entwickelten Methodenkonzepte, deren gegebenenfalls erforderliche Verfeinerung sowie periodische Anwendung.

Im Berichtsjahr haben wir zudem den so genannten Basel-II-Rechenkern an die Vorgaben der deutschen Solvabilitätsverordnung angepasst. Auf dieser Grundlage hat die HVB Group bereits unterjährig in einem geordneten Produktionsprozess RWA-Größen nach Basel-II-Ansätzen kalkuliert und für Steuerungszwecke herangezogen.

Die Anforderungen der Säule 2 der Basel-II-Eigenkapitalvorschriften sind durch die zeitgerechte Umsetzung der MaRisk der deutschen Bankenaufsicht in unserem Haus bereits erfüllt. Hierzu gehören unter anderem die Behandlung von Konzentrationsrisiken, das Stresstesting einzelner Risikoarten sowie des Gesamtbankrisikos, wie auch die Ermittlung der Risikotragfähigkeit. Entsprechende Aktivitäten hat auch die UniCredit Holding zwischenzeitlich aufgegriffen und gemeinsam mit uns vorangetrieben. Hieraus können sich Anpassungen bzw. Weiterentwicklungen unserer Maßnahmen ergeben. Unsere Planungen sehen daher eine Implementierung entsprechender UniCredit gruppenweit einheitlicher Standards für derartige Themenkomplexe noch in 2008 vor.

Insgesamt wurden die für 2007 gesteckten Ziele des Basel-II-Projekts planmäßig erreicht. Daher konnte auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) sowie Bundesbank ihre Aktivitäten zur Zertifizierung des IRB-Advanced Approach im März 2007 starten. Die Prüfungshandlungen zum Adressausfallrisiko wurden hierzu im Dezember 2007 abgeschlossen. Eine abschließende Beurteilung durch die Bankenaufsicht steht noch aus.

Neben der Thematik Adressausfallrisiko haben wir auch das operationelle Risiko im Basel-II-Kontext finalisiert. Hier hatten wir uns auf die aufsichtsrechtliche Prüfung zur Umsetzung des Advanced Measurement Approach (AMA) im Geschäftsjahr 2007 intensiv vorbereitet. Die Erfüllung entsprechender Anforderungen wurde Mitte 2007 durch die BaFin und Bundesbank geprüft und erfolgreich abgeschlossen. Details hierzu sind im Kapitel »Operationelles Risiko« enthalten.

Länderrisikomessung

– Die Länderrisikomessung in der HVB Group wird im Wesentlichen durch die Länderratings bestimmt. Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit (PD) und der Verlustquote (LGD) wird auch die Länderrisiko relevante Strukturierung der Geschäfte in der Länderrisikomessung berücksichtigt. Im Jahr 2007 erfolgte im Rahmen des Zusammenschlusses mit der UniCredit Gruppe die Umstellung auf das UniCredit gruppenweite Sovereign Ratingverfahren in der HVB Group.

Auf Basis dieser Informationen wird in einem Portfoliomodell monatlich der Value-at-Risk (VaR) aus Länderrisiken für die HVB AG ermittelt. Auf Grund der geringen Anzahl von Ländern sind Länderportfolios naturgemäß eher gering diversifiziert. Durch die Verwendung eines internen Portfoliomodells erreichen wir somit schon heute wichtige Steuerungseffekte, die über die Solvabilitätsverordnung hinausgehen.

Risikoüberwachung

Die Risikoüberwachung findet auf zwei verschiedenen Ebenen statt:

- Überwachung auf Ebene von Einzelengagements,
- Überwachung auf Portfolioebene.

Die Einzelengagements werden sowohl im Kreditgeschäft als auch im Handelsgeschäft mit Hilfe von klassischen Überwachungssystemen wie der Bonitätsanalyse und Frühwarnsystemen überwacht. Einzelengagementlimite begrenzen die eingegangenen Risiken.

Auf Ebene der HVB Group, und damit indirekt auch auf der Ebene HVB AG werden Kreditrisiko-Konzentrationen gegenüber verbundenen Kreditnehmern bonitätsabhängig und mit einer für alle Tochtergesellschaften einheitlichen Methodik limitiert. Hierzu nutzen wir eine Datenbank, welche alle Engagements gegenüber einem Kreditnehmer innerhalb der HVB Group zusammenfasst. Damit ist die regelmäßige Information über Kreditrisiko-Konzentrationen und ihre Limitierung sichergestellt. Auch wenn in 2007 in Einzelfällen auf Grund der Finanzmarkturbulenzen die Syndizierung von Kreditrisiko-Konzentrationen nur langsamer als geplant möglich war, ist der Anteil des Konzentrationsrisiko relevanten Blankoexposures der Top-20-Engagements am Konzentrationsrisiko relevanten Blankoexposures der HVB Group per Jahresende 2007 mit 4,9% (Vorjahreswert: 3,9%) gering.

Kontrahenten- und Emittentenrisiken

Zentraler Bestandteil unseres Risikomanagements und -controllings von Kontrahenten- und Emittentenrisiken ist der Einsatz von Limitsystemen, die ein ungewolltes bzw. unkontrolliertes Anwachsen unserer Risikoposition verhindern. Diese stehen in allen wesentlichen Lokationen der HVB AG, die Handelsgeschäft betreiben, online zur Verfügung. Jedes abgeschlossene Handelsgeschäft wird unverzüglich erfasst und zeitnah auf das jeweilige Limit angerechnet. Dies gilt im Kontrahentenrisiko sowohl für das Wiedereindeckungs- als auch für das Erfüllungsrisiko. Für Letzteres wird ebenfalls bereits bei Geschäftsabschluss das Risiko für den zukünftigen Valutatag limitiert und überwacht, sodass ex ante eine Konzentration der Zahlungsbeträge auf nur einen Valutatag verhindert wird. Auf diese Weise wird jedem Händler eine aktuelle Limitprüfung und dem Risikocontroller eine unmittelbare Limitüberwachung pro Kontrahent bzw. Emittent ermöglicht.

Länderrisiken

Die Steuerung der Länderrisiken erfolgt auf Basis der aufgezeigten Messmethoden mit Hilfe von Value-at-Risk-Limiten nach Regionen. Geschäfte mit einem hohen Länderrisiko werden stärker auf das Regionen-Risikolimit angerechnet als länderrisikoarme Transaktionen. Hiermit wird eine Begrenzung der Länderrisiken, eine risikoorientierte Portfoliosteuerung und ein flexibles, an den Geschäftspotenzialen ausgerichtetes Exposure Management angestrebt. Zusätzlich gibt es für das Länderrisikomanagement Volumenslimite pro Land (unterteilt nach Produktisikogruppen).

Alle Adressrisiken werden zudem auf Portfolioebene überwacht. Das Augenmerk liegt dabei auf Länder-, Branchen- oder Regionen-Konzentrationen und ihren Auswirkungen auf die Risikosituation der Bank.

Ein weiteres Instrument der Risikoüberwachung insbesondere auf Portfolioebene ist das interne Berichtswesen. Gemäß den MaRisk werden der Vorstand und der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats mindestens quartalsweise über das Kreditportfolio bzw. anlassorientiert auch ad hoc informiert. Darüber hinaus werden weitere Risikoberichte mit speziellem divisions-, produkt- oder branchenspezifischen Fokus erstellt.

Quantifizierung und Konkretisierung

Im Berichtsjahr konnte ein Rückgang des Kredit- und Kontrahentenexposures um –5,1 Mrd € (–2,3%) bei der HVB AG verzeichnet werden. Wesentliche Treiber dieses Rückgangs sind unter anderem der weitere konsequente Abbau des Real Estate Restructuring Portfolios und eine strategisch angestrebte Reduzierung des Kreditportfolios in Deutschland.

Hinsichtlich der Branchengruppen blieb die Struktur des Kreditportfolios im Wesentlichen unverändert. Die größten Rückgänge ergaben sich in den Branchengruppen Privatkunden und Sonstige. In den Branchengruppen Nahrung/Konsum/Dienstleistung und Maschinenbau/Stahl stieg das Exposure dagegen an.

Das Core Portfolio, das heißt das Gesamtportfolio der HVB AG exklusive der restlichen Kreditbestände des früheren Segments Real Estate Restructuring, verringerte sich im Geschäftsjahr 2007 um –1,1% auf 212,6 Mrd €. Das Exposure ging in allen Divisionen zurück

mit Ausnahme der Division Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden, in der sich das Exposure um 13,9% erhöhte. Dieser Anstieg ist auf steigende Exposures im Firmenkundengeschäft und auf die Bildung der Subdivision Global Financial zurückzuführen. Der Rückgang in der Division Sonstige ist im Wesentlichen auf den planmäßigen Abbau von nicht strategischen Portfolios zurückzuführen.

In den Bonitätsklassen 1–4 ist ein Rückgang um –9,2 Mrd € festzustellen. Der Anstieg um +3,1 Mrd € in den Bonitätsklassen 5–8 erhöhte den Anteil dieser Gruppe am Gesamtportfolio um +2,3 Prozentpunkte. In den Bonitätsklassen 9 und 10 reduzierte sich das Exposure um –0,7 Mrd €. Berücksichtigt man zusätzlich die Bonitätsklasse 8–, ergab sich ein Ausfallbestand von 6,7 Mrd €.

Der Rückgang der Sicherheitenwerte ist neben der regelmäßigen Aktualisierung der Bewertung auch auf den Rückgang des Exposures in den nicht strategischen Kreditportfolios zurückzuführen.

Verteilung des Kredit- und Kontrahentenexposures nach Divisionen – Core Portfolio (in Mrd €)

Division	Dezember 2006	Dezember 2007
Privat- und Geschäftskunden	48,8	46,1
Wealth Management	4,9	4,8
Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden	62,6	71,3
Markets & Investment Banking	74,1	72,7
Sonstige	25,7	17,7

■ Dezember 2006
■ Dezember 2007

Die Verteilungen von erwartetem Verlust und Value-at-Risk zeigen einen veränderten Risikobeitrag der Divisionen. Bei der Division Privat- und Geschäftskunden stieg der erwartete Verlust leicht, der Value-at-Risk ging dagegen leicht zurück. Bei Markets & Investment Banking stieg der Risikoanteil weiter und stellt nun aufgrund des großvolumigen Geschäfts über die Hälfte des Value-at-Risks der HVB AG Core. Der Risikoanteil im Geschäft mit Firmen- & Kommerziellen Immobilienkunden stieg ebenfalls. Im Wealth Management stieg der erwartete Verlust leicht an und der Anteil des Value-at-Risk fiel leicht, beide blieben jedoch auf niedrigem Niveau.

Die Belastungen aus dem Kreditgeschäft der HVB AG für das Jahr 2007 beträgt 1,0 Mrd €. Dies ist sowohl auf die Entwicklung der Pauschalwertberichtigungen als auch auf die erstmalige Berücksichtigung der Abzinsung der erwarteten Rückflüsse bei der Bemessung der Einzelwertberichtigungen zurückzuführen, die im Rahmen der Angleichung an die internationale Rechnungslegung und der sich veränderten herrschenden Meinung in der Interpretation der nationalen Rechnungslegungsvorschriften vorgenommen wurden.

Verteilung des Kredit- und Kontrahentenexposures nach Branchengruppen

	in Mrd €	
	2007	2006
Branchengruppe		
Privatkunden	40,2	49,7
Banken und Versicherungen	38,8	40,2
Bau	34,9	34,2
Nahrung, Konsum, Dienstleistung	28,3	23,5
Chemie, Gesundheit, Pharma	13,1	11,4
Verkehr	10,6	10,0
Öffentliche Haushalte	10,1	8,6
Versorger	9,8	10,5
Maschinenbau, Stahl	7,5	5,7
Sonstige	5,1	9,0
Elektro, EDV, Kommunikation	4,5	5,3
Medien, Druck, Papier	4,2	4,3
Fahrzeuge	4,0	3,9
Mineralöl	3,9	3,8
Gesamt	215,0	220,1

Verteilung des Kredit- und Kontrahentenexposures nach Bonitätsklassen – Core Portfolio

	EXPOSURE HVB AG CORE 2007					in Mrd €
	ADRESS- RISIKOFREI	NICHT GERATET	BONITÄTS- KLASSEN 1 BIS 4	BONITÄTS- KLASSEN 5 BIS 8	BONITÄTS- KLASSEN 9 BIS 10	SUMME
HVB AG Core	9,3	9,0	93,9	94,6	5,8	212,6
HVB AG Core (2006)	7,7	7,8	102,7	91,4	6,5	216,1

Verteilung der Sicherheitenwerte nach Bonitätsklassen – Core Portfolio

in Mrd €						
SICHERHEITENWERTE HVB AG CORE 2007						
	ADRESS- RISIKOFREI	NICHT GERÄTET 1 BIS 4	BONITÄTS- KLASSEN 5 BIS 8	BONITÄTS- KLASSEN 9 BIS 10	BONITÄTS- KLASSEN	SUMME
HVB AG Core	0,3	4,2	25,8	45,1	1,9	77,3
HVB AG Core (2006)	0,4	2,2	31,4	49,2	2,1	85,3

Verteilung des erwarteten Verlusts sowie des Kredit- und Kontrahentenrisikos (Value-at-Risk) nach Divisionen – Core Portfolio

in %				
	ERWARTETER VERLUST		VALUE-AT-RISK	
	2007	2006	2007	2006
Aufteilung nach Divisionen				
Privat- und Geschäftskunden	20,6	19,6	9,5	11,6
Wealth Management	1,5	1,4	0,9	1,2
Firmen- & Kommerzielle Immobilienkunden	25,6	22,8	26,3	26,0
Markets & Investment Banking	31,5	32,4	55,4	48,3
Sonstige/Konsolidierung	20,8	23,8	7,9	12,9
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Finanzderivate

Finanzderivate werden in der HVB AG überwiegend zur Steuerung von Marktpreisrisiken (insbesondere Zinsänderungs- und Währungsrisiken) aus Handelsaktivitäten eingesetzt, dienen darüber hinaus auch zur Sicherung von bilanzwirksamen bzw. -unwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung bzw. im Falle der Kreditderivate zur Steuerung von Kreditrisiken.

Die im Vergleich zum Jahresende 2006 zu verzeichnende deutliche Erhöhung des derivativen Geschäftsvolumens ist vorrangig auf die zum 1. April 2007 erfolgte Einbringung des Investment Banking-Geschäfts der UBM in die HVB AG zurückzuführen.

Das Nominalvolumen des weltweiten Derivategeschäfts der HVB AG betrug zum Jahresende 2007 insgesamt rund 4503 Mrd €.

Die Nominale bilden jedoch nicht den potenziellen Risikogehalt des Derivategeschäfts ab. Ausfallrisiko relevant sind hingegen die positi-

ven Marktwerte als Wiederbeschaffungswerte der OTC-Derivate, die den potenziellen Kosten entsprechen, die der HVB AG im Falle des gleichzeitigen Ausfalls aller Kontrahenten entstünden, um die ursprünglich geschlossenen Kontrakte durch wirtschaftlich gleichwertige Geschäfte zu ersetzen.

Ohne Berücksichtigung Risiko reduzierender Effekte ergab sich für die HVB AG zum Jahresende 2007 ein maximales Kontrahentenrisiko (worst-case-Betrachtung) in Höhe von 59,8 Mrd € (31. Dezember 2006: 37,5 Mrd €).

Entsprechend der bankaufsichtsrechtlichen Solvabilitätsverordnung errechnen sich daraus – unter Berücksichtigung von bestehenden rechtlich durchsetzbaren bilateralen Netting-Vereinbarungen sowie erhaltenen Sicherheiten – für die HVB AG Kreditäquivalente (Kontrahentenrisiko inklusive Add On) in Höhe von 30,2 Mrd € (31. Dezember 2006: 18,3 Mrd €, nach Grundsatz I); nach individueller Bonitätsgewichtung verbleiben 8,2 Mrd € (31. Dezember 2006: 5,3 Mrd €, nach Grundsatz I).

Die nachfolgenden Tabellen liefern insbesondere detaillierte Informationen zu den Nominal- und Marktwertgrößen des gesamten Derivate- bzw. Kreditderivategeschäfts der HVB AG.

Derivategeschäft

in Mio €									
	NOMINALVOLUMEN					MARKTWERTE			
	RESTLAUFZEIT			SUMME	SUMME	POSITIV		NEGATIV	
	BIS ZU 1 JAHR	1 BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Zinsbezogene Geschäfte	1 353 130	1 154 876	863 206	3 371 212	1 537 106	33 069	19 838	31 830	21 272
OTC-Produkte									
Forward Rate Agreements	123 751	31 928	—	155 679	35 612	52	15	53	6
Zinsswaps	996 539	873 806	775 675	2 646 020	1 243 391	29 730	17 700	28 562	18 985
Zinsoptionen									
– Käufe	76 335	118 944	50 717	245 996	75 936	3 277	2 094	1	—
– Verkäufe	65 737	112 428	36 814	214 979	66 209	6	—	3 214	2 281
Sonstige Zinskontrakte	131	—	—	131	298	4	3	—	—
Börsengehandelte Produkte									
Zinsfutures	84 048	17 770	—	101 818	57 462	—	—	—	—
Zinsoptionen	6 589	—	—	6 589	58 198	—	26	—	—
Währungsbezogene Geschäfte	334 175	106 433	38 483	479 091	274 739	9 290	4 186	8 566	3 973
OTC-Produkte									
Devisentermingeschäfte	200 164	25 105	339	225 608	133 977	3 549	1 775	3 663	1 958
Zins-/Währungsswaps	35 381	67 483	36 939	139 803	106 447	4 309	2 010	3 604	1 673
Devisenoptionen									
– Käufe	49 496	6 678	579	56 753	15 697	1 432	401	—	—
– Verkäufe	49 134	7 167	626	56 927	18 618	—	—	1 299	342
Sonstige Devisenkontrakte	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Börsengehandelte Produkte									
Devisenfutures	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Devisenoptionen	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	108 461	124 649	10 232	243 342	206 832	13 596	10 465	16 932	10 746
OTC-Produkte									
Aktien-/Indexswaps	21 140	7 231	316	28 687	19 482	894	503	652	228
Aktien-/Indexoptionen									
– Käufe	20 138	24 017	1 745	45 900	48 357	7 344	6 679	2	—
– Verkäufe	28 501	45 456	5 689	79 646	69 062	8	—	10 986	6 980
Sonstige Aktien-/Indexkontrakte	—	—	—	—	248	—	17	—	—
Börsengehandelte Produkte									
Aktien-/Indexfutures	4 020	75	—	4 095	9 897	4	—	8	—
Aktien-/Indexoptionen	34 662	47 870	2 482	85 014	59 786	5 346	3 266	5 302	3 538
Kreditderivate¹	38 829	267 951	98 252	405 032	252 183	3 081	2 748	3 473	3 234
Sonstige Geschäfte	1 534	2 420	671	4 625	3 093	725	297	669	291
Summe	1 836 129	1 656 329	1 010 844	4 503 302	2 273 953	59 761	37 534	61 470	39 516

¹ Details zu den Kreditderivaten sind den nachfolgenden Tabellen »Kreditderivate« bzw. »Kreditderivate nach Referenzaktiva« zu entnehmen.

Risikobericht (FORTSETZUNG)

Der nominelle Anteil des derivativen Geschäfts mit einer Restlaufzeit von bis zu 3 Monaten betrug zum 31. Dezember 2007 insgesamt 783619 Mio € (davon Kreditderivate anteilig: 18465 Mio €).

Derivategeschäft nach Kontrahentengruppen

in Mio €				
	MARKTWERTE			
	POSITIV		NEGATIV	
	2007	2006	2007	2006
Zentralregierungen und Notenbanken	321	226	298	183
Banken	46274	26196	47457	27405
Finanzinstitute	11100	8828	11870	9679
Sonstige Unternehmen und Privatpersonen	2066	2284	1845	2249
Summe	59761	37534	61470	39516

Kreditderivate

in Mio €									
	NOMINALVOLUMEN					MARKTWERTE			
	RESTLAUFZEIT			SUMME	SUMME	POSITIV		NEGATIV	
	BIS ZU 1 JAHR	1 BIS 5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Anlagebuch	154	1290	7715	9159	14299	7	485	272	798
Sicherungsnehmer									
Credit Default Swaps	117	839	6401	7357	8839	4	462	137	53
Total Return Swaps	—	—	725	725	2000	—	—	130	327
Credit Linked Notes	34	58	464	556	625	3	2	1	2
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber									
Credit Default Swaps	—	294	125	419	2746	—	21	1	415
Total Return Swaps	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Credit Linked Notes	3	99	—	102	89	—	—	3	1
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Handelsbuch	38675	266661	90537	395873	237884	3074	2263	3201	2436
Sicherungsnehmer									
Credit Default Swaps	13492	124985	47947	186424	110405	2701	393	325	1617
Total Return Swaps	5367	2	214	5583	13567	39	329	2	—
Credit Linked Notes	82	120	588	790	651	6	15	3	4
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sicherungsgeber									
Credit Default Swaps	14552	141480	41736	197768	99564	326	1524	2837	477
Total Return Swaps	5126	—	—	5126	13242	—	—	33	327
Credit Linked Notes	56	74	52	182	455	2	2	1	11
Sonstige	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	38829	267951	98252	405032	252183	3081	2748	3473	3234

Kreditderivate nach Referenzaktiva

in Mio €						
	NOMINALVOLUMEN				SUMME 2007	SUMME 2006
	CREDIT DEFAULT SWAPS	TOTAL RETURN SWAPS	CREDIT LINKED NOTES	SONSTIGE		
Öffentliche Anleihen	22.505	—	542	—	23.047	14.899
Unternehmensanleihen	355.599	742	638	—	356.979	225.507
Aktien	—	—	—	—	—	—
Sonstige Aktiva	13.864	10.692	450	—	25.006	11.777
Summe	391.968	11.434	1.630	—	405.032	252.183

Auf den Bereich der so genannten Multi Name Kreditderivate, referenzierend auf Baskets bzw. Indices, entfiel dabei ein Anteil von 59,9%; auf Einzelschuldner referenzierende Single Name Kreditderivate hatten einen Anteil von 40,1%; Details auf Ebene der UniCredit Gruppe sind dem Konzern-Jahresabschluss zu entnehmen.

Entwicklung des Länderrisikos im Jahresvergleich

Im Berichtsjahr stieg das länderrisikorelevante Exposure der HVB AG um +5,8 Mrd € auf 51 Mrd €.

Rund 95% des länderrisikorelevanten Exposures betreffen Länder mit den Bonitätsklassen 1–4. Auf die Bonitätsklassen 5–8 entfallen nur 2,5 Mrd € (davon 75% auf die BKL 5).

Die regionale Diversifikation des Portfolios der HVB AG ist sehr zufriedenstellend. 60% des Exposures liegen im risikoarmen Westeuropa und Nordamerika, was sich ebenso in der Liste der Top-Ten-Länder widerspiegelt.

Der Verkauf der Bank Austria Creditanstalt-Gruppe und neu definierte Kernmärkte für die HVB Group bedingten eine veränderte Portfoliozusammensetzung. Diese Entwicklung und ein entsprechender Exposure-Zuwachs, zum Beispiel in Russland und der Türkei, führte zu einem Anstieg des Value-at-Risk für Länder Osteuropas.

Länderexposure¹ und Länderrisiko-Value-at-Risk nach Bonitätsklassen

in Mio €				
	EXPOSURE		VALUE-AT-RISK ²	
	2007	2006	2007	2006
Bonitätsklasse				
Bonitätsklassen 1–4	48.566	42.662	35	34
Bonitätsklassen 5–8	2.472	2.541	33	28
Bonitätsklasse 9		3		0
Gesamt	51.038	45.206	68	62

¹ Nach Sicherheiten; ohne wertberichtigte Geschäfte.

² VaR Neukalkulation (99,95% und 1 Jahr Haltdauer) auf Basis HVB Portfolio nach Verkauf der BA-CA.

Risikobericht (FORTSETZUNG)

Länderexposure¹ nach Regionen und Produktkategorie

in Mio €								
Region	KREDITGESCHÄFT		HANDELSGESCHÄFT		EMITTENTENRISIKO		GESAMT	
	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006
Westeuropa	7 070	5 886	17 325	17 211	1 038	749	25 433	23 846
Asien/Pazifik	4 344	3 597	5 375	3 052	207	134	9 926	6 783
Mittel- und Südamerika	1 690	2 506	3 226	2 031	940	1 251	5 856	5 788
Nordamerika	1 650	1 646	2 864	2 143	687	303	5 201	4 092
Osteuropa	3 245	3 488	827	640	100	63	4 172	4 191
Afrika	379	309	71	190	—	7	450	506
Gesamt	18 378	17 432	29 688	25 267	2 972	2 507	51 038	45 206

1 Nach Sicherheiten; ohne wertberichtigte Geschäfte.

Top-Ten-Länder nach Exposure¹ (über alle Bonitätsklassen)

in Mio €				
Land	EXPOSURE		VALUE-AT-RISK ²	
	2007	2006	2007	2006
Großbritannien	18 316	17 781	1	0
USA	3 879	2 502	0	0
Schweiz	3 278	3 118	0	0
Cayman Islands, Off-Shore	2 964	3 559	9	9
Singapur	2 651	649	0	0
Australien	1 947	392	0	0
Cayman Islands, On-Shore	1 729	1 127	2	1
Russland	1 645	1 425	12	10
Dänemark	1 433	734	0	0
Türkei	1 268	1 196	14	11
Gesamt	39 110	32 483	38	31

1 Nach Sicherheiten; ohne wertberichtigte Geschäfte.

2 VaR Neukalkulation (99,95% und 1 Jahr Haltedauer) auf Basis HVB Portfolio nach Verkauf der BA-CA.

2 Marktrisiko Risikomanagement

Unter Marktrisiko verstehen wir den potenziellen Verlust, der durch Veränderungen von Preisen an Finanzmärkten für unsere Positionen im Handels- und im Bankbuch entstehen kann. Das Marktrisiko setzt sich aus den Risikokategorien Zinsrisiko, Fremdwährungsrisiko, Aktienkursrisiko und Credit Spread-Risiko zusammen.

Das Management unserer Marktrisiken erfolgt in der Division Markets & Investment Banking.

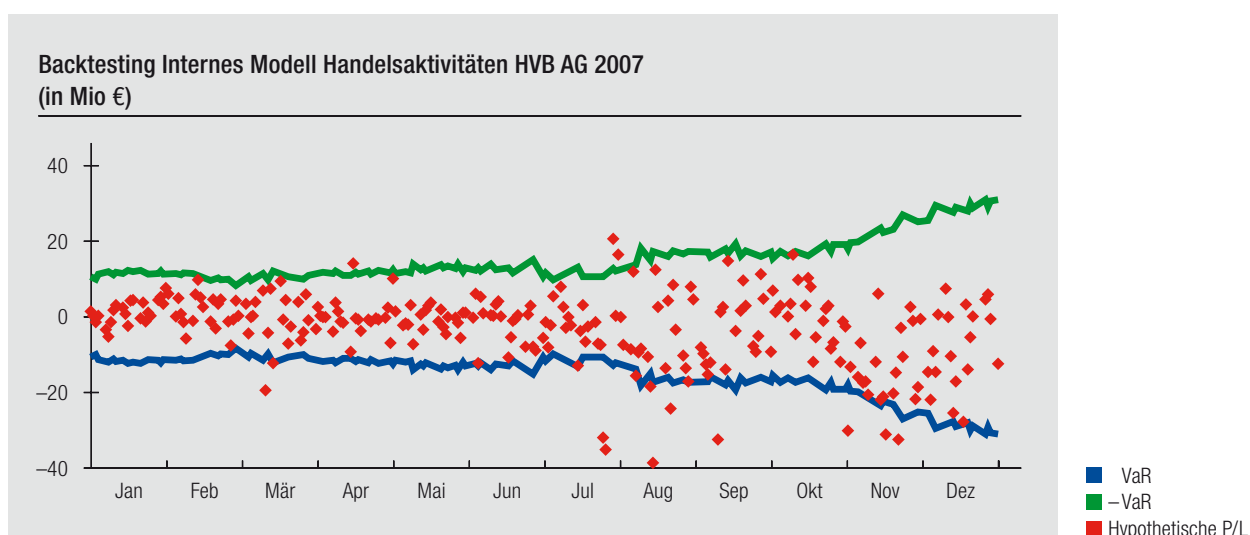
Messmethodik

Zum Zweck der täglichen Risikomessung und -steuerung quantifizieren wir den Value-at-Risk auf Basis eines Konfidenzniveaus von 99% und einer Haltedauer von einem Tag. Auf Grund der gemeinsamen Steuerung von Handels- und Bankbüchern wird auch der Value-at-Risk zusammengefasst dargestellt. Die Risiken aus Handelsbüchern werden für aufsichtsrechtliche Zwecke weiterhin separat ausgewiesen. Für die Ermittlung und Allokation des Bedarfs an Economic Capital für Marktrisiken wird der Value-at-Risk analog zu den anderen Risikoarten auf ein Konfidenzniveau von 99,95% und eine Haltedauer von einem Jahr unter Berücksichtigung von Portfolioeffekten skaliert.

Zur Ermittlung des Value-at-Risk verwenden wir weltweit ein internes Modell im Full Use, das zum Jahresende 2005 aufsichtsrechtlich vollständig anerkannt wurde. Das Modell beruht auf einem Monte-Carlo-Simulationsansatz. Mit Einbringung der wesentlichen Vermögensgegenstände und dazugehörigen Verbindlichkeiten der UBM im zweiten Quartal 2007 in die HVB AG sind ab dem 2. April 2007 deren Portfolios auf Basis von Sensitivitäten in die interne Marktrisikomessung der Bank mit aufgenommen worden. Für 2008 streben wir an, die Portfolios der ehemaligen UBM auf Einzelgeschäftsebene im interne Modell sowohl für das interne Reporting als auch für die regulatorische Meldung zu berücksichtigen. Aktuell basiert die regulatorische Meldung auf der Summe der Ergebnisse aus dem internen Modell der HVB AG und dem internen Modell der ehemaligen UBM.

Darüber hinaus werden in der HVB AG angemessene Verfahren verwendet, die im Wesentlichen auf VaR-Ansätzen basieren.

Die Angemessenheit der Risikomessmethodik der HVB AG wird durch ein regelmäßiges Backtesting überprüft, bei dem die errechneten Value-at-Risk-Werte mit den aus den Positionen errechneten Marktwertänderungen (hypothetische P/L) verglichen werden. Im ersten Halbjahr war lediglich eine Backtestingüberschreitung (siehe auch



Grafik »Backtesting Internes Modell Handelsaktivitäten HVB AG 2007 in Mio €« zu melden. An diesem Tag war die Höhe des hypothetischen Verlustes größer als der prognostizierte VaR Wert. Im zweiten Halbjahr wurden zehn weitere Überschreitungen angezeigt. Die sehr hohe Anzahl an Überschreitungen war das Resultat der beobachtbaren außergewöhnlich starken Marktschwankungen. Im Wesentlichen waren für die Überschreitungen die extremen Bewegungen im Bereich der Credit Spreads und im geringeren Umfang im Bereich der Aktien verantwortlich. Unsere Analysen zeigen, dass die Überschreitungen zu einem großen Teil das Resultat der außergewöhnlichen Situation an den Märkten sind. Ein wesentlicher Teil der Überschreitungen resultiert auf seltenen Ereignissen, die nicht durch das Modell prognostizierbar sind bzw. auf der aufsichtsrechtlichen Vorgabe der Verwendung von gleichgewichteten Zeitreihen zur Bestimmung von Risikoparametern. Daher sehen wir weiterhin eine hohe Qualität unseres internen Risikomodells als gegeben, was sich auch im unveränderten Skalierungsfaktor widerspiegelt.

Ergänzend zur Berechnung des Value-at-Risk führen wir regelmäßig Stresstests durch, die das Verlustpotenzial unserer Marktrisikopositionen bei extremen Marktbewegungen und außerordentlichen Ereignissen zeigen. Die Spanne der untersuchten Szenarien reicht von starken Veränderungen der Zins-, Devisen- oder Aktienmärkte über einen Schock der zugrunde liegenden Volatilitäten bis hin zur Ausweitung von Credit Spreads sowie der Veränderung der Korrelationen. Darunter befinden sich auch die Szenarien, die in der UniCredit Gruppe Verwendung finden.

Risikoüberwachung

Die Überwachung der Risikopositionen im Handels- und Bankbuch erfolgt über ein einheitliches und hierarchisches Limitsystem, welches das Verlustpotenzial aus Marktrisiken begrenzt. Dabei werden weltweit alle Geschäfte der HVB AG über Nacht in einem Gesamt VaR zusammengeführt und den Risikolimiten gegenübergestellt. Die Risikolimiten werden jährlich vom Vorstand der HVB Group genehmigt und dürfen nicht überschritten werden. In 2007 wurde das Gesamtlimit der HVB AG von 75 Mio € auf 40 Mio € reduziert.

Eventuelle Limitüberschreitungen in Teilportfolios werden unmittelbar eskaliert und ihre Rückführung überwacht. In 2007 wurde als Folge der erhöhten Volatilitäten und gestiegenen Credit Spreads eine Limitüberschreitung für den Bereich Markets gemeldet, das Marktrisiko der HVB AG in Summe blieb dagegen immer unterhalb der vorgegebenen Grenze. Das Marktrisikocontrolling hat unmittelbaren Zugang zu den im Handel eingesetzten Front Office Systemen und überwacht damit in Stichproben auch während des Handelstags die Risikosituation.

Das Management wird täglich über die Entwicklung des Marktrisikos, der Limitauslastungen sowie der Gewinne und Verluste informiert. Monatlich wird über die Ergebnisse der Risikoanalysen, darunter auch über die Ergebnisse des Backtestings und Stresstestings, berichtet. Das bedeutendste Stressergebnis zum 31. Dezember 2007 mit –728 Mio € ergibt sich aus einer Ausweitung der Credit Spreads um 50%.

Quantifizierung und Konkretisierung

Auf aggregierter Basis ergaben sich im Jahresablauf für unsere Handelsbestände in der HVB AG die in der Tabelle aufgezeigten Marktrisiken. Die Integration der wesentlichen Vermögensgegenstände und dazugehörigen Verbindlichkeiten der UBM führte auf Grund von Diversifikationseffekten zu keiner wesentlichen Änderung des Marktrisikos für Handelsaktivitäten. Der Anstieg der Marktrisiken im dritten und insbesondere im vierten Quartal resultiert aus gestiegenen Volatilitäten für Credit Spreads und nicht aus einer Erhöhung der Bestände.

Das Economic Capital für Marktrisiken liegt bei 0,2 Mrd € und ist gegenüber dem Vorjahr auf Grund der aktuellen Entwicklungen an den Kapitalmärkten gestiegen.

Marktrisiko der HVB AG

(Value-at-Risk, Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 1 Tag)

in Mio €						
	DURCHSCHNITT 2007 ¹	31. 12. 2007	30. 9. 2007	30. 6. 2007	31. 3. 2007	31. 12. 2006
HVB AG	21	32	21	16	13	16

1 Arithmetisches Mittel.

Marktrisiko der Handelsaktivitäten der HVB AG

(Value-at-Risk, Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 1 Tag)

in Mio €						
	DURCHSCHNITT 2007 ¹	31. 12. 2007	30. 9. 2007	30. 6. 2007	31. 3. 2007	31. 12. 2006
Zinsbezogene Geschäfte (inkl. Credit Spread Risiken)	15	30	13	8	8	9
Währungsbezogene Geschäfte	3	3	3	2	3	2
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	8	8	9	9	7	4
Diversifikationseffekt ²	- 8	- 10	- 9	- 6	- 7	- 5
Gesamt	18	31	16	13	11	10

1 Arithmetisches Mittel.

2 Auf Grund des Diversifikationseffektes zwischen den Risikokategorien ist das Gesamtrisiko geringer als die Summe der Einzelrisiken.

Im Bankbuch ergaben sich zum Jahresende Marktrisiken in Höhe von 15 Mio € bei eintägiger Haltedauer (Vorjahr: 9 Mio €).

Zum Jahresende zeigt sich bei einer Verringerung der Zinskurven um 100 Basispunkte (Zinssensitivität) eine Wertveränderung von -17,428 Mio € (0,09% des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals) im Bankbuch der HVB AG (Vorjahr: 17,971 Mio €).

Wertveränderung bei Zinsschock um -100 BP

zum 31. Dezember 2007

in Mio €	
BANKBUCH DER HVB AG	
Gesamt	- 17,428
bis 1 Jahr	- 22,346
1 bis 5 Jahre	3,365
über 5 Jahre	1,553

Eine Abwertung aller Fremdwährungen um 10% (FX Sensitivität) ergibt eine Verringerung des Portfoliowerts um -21,11 Mio € (0,10% des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals) im Bankbuch der HVB AG (Vorjahr: -24,06 Mio €).

Wertveränderung bei FX Abwertung um 10%

zum 31. Dezember 2007

in Mio €	
BANKBUCH DER HVB AG	
Gesamt	- 21,11
USD	- 1,52
GBP	1,85
AUD	- 20,05
CHF	- 0,19
JPY	- 4,32
SGD	0,95
HKD	2,23
Andere	- 0,06

Risikobericht (FORTSETZUNG)

Einen Kursrückgang aller Aktien- und Hedge Fund-Preise um 20% ergibt eine Verringerung des Portfoliowerts um –108,12 Mio € (0,53% des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals) im Bankbuch der HVB AG (Vorjahr: –176,3 Mio €).

Wertveränderung bei Aktienkursrückgang um 20%

zum 31. Dezember 2007

in Mio €	
BANKBUCH DER HVB AG	
Gesamt	– 108,12
Aktienprodukte	– 0,86
Hedge Funds	– 107,26

Etwaige barwertige Auswirkungen auf Grund der Zinsveränderung, der FX-Abwertungen und der Preisreduktion im Bereich aktien-/indexbezogener Produkte spiegeln sich im Zinsüberschuss und im Handelsergebnis wider.

Ergänzend werden für die Bankbücher der HVB AG regelmäßig Stresstests und Szenarioanalysen durchgeführt, die das Verlustpotenzial bei extremen Marktbewegungen zeigen.

Entsprechend dem BaFin-Rundschreiben vom 6. November 2007 wird die Veränderung des Marktwerts des Bankbuchs bei einem plötzlichen und unerwarteten Zinsschock von +130/–190 Basispunkten den aufsichtsrechtlich anrechenbaren Eigenmitteln der Bank gegenübergestellt. Mit einem theoretischen Verbrauch von 0,16% (Vorjahr: 0,22%) des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals per Ultimo Dezember 2007 befindet sich die HVB AG weit unterhalb des von der Bankenaufsicht geforderten meldepflichtigen Ausreißer-Wertes in Höhe von 20%.

Ergänzend wird quartalsweise eine dynamische Simulation des Zinsüberschusses für die HVB AG durchgeführt. Die zukünftige Entwicklung des Nettozinsertrags wird in unterschiedlichen Szenarien bezüglich des Geschäftsvolumens und der Zinsen simuliert. Ein paralleler 100-Basispunkte-Zinsschock würde unter der Annahme eines gleichbleibenden Geschäftsvolumens den Zinsüberschuss innerhalb der nächsten zwölf Monate um 88 Mio € (Vorjahr: 81 Mio €) belasten.

Marktliquiditätsrisiko

Das Management des Marktliquiditätsrisikos (Gefahr, Vermögenswerte nur mit Abschlägen am Markt liquidieren zu können) obliegt im Rahmen ihres definierten Marktauftrags den Verantwortlichen der jeweiligen Portfolios. Infolgedessen geht es in die Erhebung des Marktrisikos ein und es ist im Wesentlichen auf die dort angeführten Instrumente der Messung und Überwachung zu verweisen.

Durch Fair Value-Adjustments (FVA) werden die Bewertungsunsicherheiten im Rahmen der Marktliquidität bei Wertpapieren und Derivaten – sowohl für das Handelsbuch als auch für das Bankbuch – in der Rechnungslegung berücksichtigt. Die FVA beinhalten unter anderem einen Abschlag für Close-Out-Kosten und für illiquide Positionen im Rahmen der Fair-Value-Ermittlung.

Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen zeigen sich indirekt durch die gefallenen Bewertungen auf Grund gesunkener Marktliquidität für ABS Transaktionen und gestiegene Spreads bei Wertpapieren und CDS Positionen von Financials. Das direkte Exposure im Subprime Loan Segment ist vernachlässigbar.

3 Liquiditätsrisiko Risikomanagement

Waren die Rahmenbedingungen an den Geld- und Kapitalmärkten im ersten Halbjahr 2007 durchaus gut, so änderte sich dies jedoch ab August. Ausgehend von den Turbulenzen im Subprime Loan Segment in den USA wurden Risikoprämien adjustiert. Dies führte zu einer starken Liquiditätsverknappung an den Geldmärkten.

Trotz dieser schwierigen Marktphase konnte die HVB AG eine komfortable Liquiditätsausstattung in 2007 jederzeit gewährleisten. Die von uns getroffenen Maßnahmen zur Liquiditätssteuerung haben sich im Jahr 2007 als robust erwiesen. Unsere bisherigen Analysen lassen uns auch weiterhin von einer adäquaten Liquiditätsausstattung ausgehen.

Das Liquiditätsrisiko definiert sich durch drei Risikokategorien:

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

- Für das kurzfristige Liquiditätsrisiko (Gefahr, den anfallenden Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht oder nicht in vollem Umfang nachkommen zu können) haben wir ein mit konservativen Annahmen unterlegtes Limitsystem installiert, das die relevanten Salden in der HVB AG begrenzt.

Mit der Übernahme der wesentlichen Vermögensgegenstände und der dazugehörigen Verbindlichkeiten der UBM in die HVB Mailand wurde auch diese in unser Limitsystem integriert.

Die Anforderungen des aufsichtsrechtlichen Grundsatzes II, bzw. die ihn ersetzende Liquiditätsverordnung wurden von der HVB AG im Jahr 2007 jederzeit eingehalten.

Refinanzierungsrisiko

- Das Refinanzierungsrisiko (Gefahr, zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Zinssätzen beschaffen zu können) der HVB AG ist auf Grund einer breiten Refinanzierungsbasis in Bezug auf Produkte, Märkte und Investorengruppen gering.

Auf Grund dessen war auch in schwierigeren Marktphasen, wie wir sie im zweiten Halbjahr 2007 erlebten, eine der Planung entsprechende Refinanzierung unseres Aktivgeschäfts jederzeit möglich.

Marktliquiditätsrisiko

- Das Management des Marktliquiditätsrisikos (Gefahr, Vermögenswerte nur mit Abschlägen am Markt liquidieren zu können) wird im Kapitel »Marktrisiko« dargestellt.

Grundsätze und Regeln der Liquiditätssteuerung sind in einer vom Vorstand verabschiedeten und in Einklang mit der Policy der Uni-Credit Gruppe stehenden Liquidity Policy der HVB Group festgelegt und werden von den operativen Geschäftseinheiten umgesetzt.

Die Umsetzung wird – für das kurzfristige Liquiditätsrisiko und das Refinanzierungsrisiko – vom Bereich Asset Liability Management für die HVB AG koordiniert und überwacht.

Messmethodik

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

Zur Messung unseres kurzfristigen Liquiditätsrisikos werden täglich Cashflow Reports erstellt und den vorhandenen Liquiditätsreserven gegenübergestellt, die sich im Wesentlichen aus den freien und jederzeit liquidierbaren Wertpapieren ergeben. Der kumulative Saldo aus allen relevanten Komponenten wird für Einheiten der HVB AG mit Limiten bis hin zu einem Monat unterlegt.

Basierend auf den Liquiditätsprofilen der Einheiten der HVB AG werden darüber hinaus Stress-Szenarien simuliert und die Limite bei Bedarf entsprechend angepasst.

Neben dieser internen Messmethodik unterliegen die HVB AG und deren inländische Tochtergesellschaften (mit Bankgeschäft) hinsichtlich des kurzfristigen Liquiditätsrisikos den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Liquiditätsverordnung.

Refinanzierungsrisiko

Für die Messung des Refinanzierungsrisikos wird in einem abgestimmten Prozess der langfristige Refinanzierungsbedarf auf Basis der erwarteten Geschäftsentwicklung ermittelt und bei Bedarf aktualisiert. Unter Hinzurechnung der im Planungszeitraum fälligen Aktiva und Passiva ergibt sich der langfristige Refinanzierungsbedarf der in Zielvorgaben für die Refinanzierung mündet. Durch diesen Mechanismus wird eine ausgewogene Fristigkeitsstruktur der Aktiva und Passiva in definierten Laufzeitbändern sichergestellt.

Risikoüberwachung

Die Überwachung unserer Liquiditätssituation ist im Asset Liability Management angesiedelt und umfasst im Wesentlichen die Analyse, Klassifizierung und Steuerung von Inkongruenzen. Diese werden über definierte Laufzeiten durch Limite und Refinanzierungsziele begrenzt. Die erteilten Limite werden täglich auf ihre Einhaltung hin überwacht, eine Überprüfung der langfristigen Inkongruenzen wird monatlich vorgenommen.

Für definierte Stresssituationen halten wir angemessene Liquiditätsreserven vor.

Die aus den Refinanzierungszielen abgeleiteten Vorgaben hinsichtlich Volumina und Instrumenten werden in Abstimmung mit Asset Liability Management von den am Markt aktiv agierenden Einheiten kostenoptimiert umgesetzt.

Die Beobachtung der Entwicklungen an den jeweiligen lokalen Märkten obliegt den dezentralen Treasury Einheiten, die regelmäßig an den Bereich Asset Liability Management berichten.

Das Asset Liability Committee und der Gesamtvorstand werden regelmäßig über die aktuelle Liquiditäts- und Refinanzierungssituation informiert. Für den Fall von Liquiditätsengpässen gibt es einen Notfallplan, der Verantwortlichkeiten, interne Meldeerfordernisse und Entscheidungsbefugnisse sowie potenzielle Gegenmaßnahmen beschreibt und regelt.

Quantifizierung und Konkretisierung

Im Berichtsjahr herrschten wechselhafte Rahmenbedingungen. Vor allem im zweiten Halbjahr 2007 waren die Geld- und Kapitalmärkte geprägt von hoher Volatilität. Die Risikozuschläge bei den Refinanzierungskosten haben sich am Kapitalmarkt vor allem im zweiten Halbjahr deutlich gegenüber 2006 ausgeweitet. Trotz der Turbulenzen an den Märkten befand sich im Laufe des Jahres 2007 die Liquiditätsausstattung der HVB AG stets auf einem komfortablen Niveau.

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko

– Für das kurzfristige Liquiditätsrisiko haben wir im Rahmen unseres mit konservativen Annahmen unterlegten Limitsystems per Ultimo Dezember 2007 für den folgenden Bankarbeitstag einen positiven Gesamtsaldo von 22,5 Mrd € (Vorjahr: 9,2 Mrd €) in der HVB AG ausgewiesen. Der Bestand an frei verfügbaren zentralbankfähigen Wertpapieren, die kurzfristig zum Ausgleich unerwarteter Liquiditätsabflüsse eingesetzt werden können, belief sich zum Jahresende 2007 auf 17,4 Mrd € (Vorjahr: 7,6 Mrd €).

Die Anforderungen des aufsichtsrechtlichen Grundsatzes II, bzw. die ihn ersetzende Liquiditätsverordnung wurden von der HVB AG im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Der durchschnittliche Überschuss der Zahlungsmittel über die abrufbaren Zahlungsverpflichtungen des Folgemonats betrug im Jahr 2007 für die HVB AG 31,1 Mrd € (Vorjahr: 20,2 Mrd €).

Refinanzierungsrisiko

– Das Refinanzierungsrisiko der HVB AG ist auf Grund einer breiten Refinanzierungsbasis in Bezug auf Produkte, Märkte und Investorengruppen gering. Damit war auch in schwierigen Marktphasen eine angemessene Refinanzierung unseres Aktivgeschäfts jederzeit gewährleistet. Im Jahr 2007 wurde seitens der HVB AG ein Volumen von 8,3 Mrd € (Vorjahr: 10,7 Mrd €) längerfristig refinanziert. Unsere Pfandbriefe stellen dabei mit ihrer besonderen Bonität und Liquidität unverändert eines der wichtigsten Instrumente dar.

4 Operationelles Risiko Risikomanagement

Operationelles Risiko ist die Möglichkeit von Verlusten durch fehlerhafte interne Prozesse, menschliche Fehler, Technologieversagen oder externe Ereignisse. Diese Definition gemäß Basel II beinhaltet auch Rechtsrisiken.

Identifikation, Analyse und Management des operationellen Risikos liegen in der Verantwortung der Divisionen und funktionalen Bereiche. Für die operative Umsetzung und Durchführung des Prozesses, zu dem insbesondere die Erhebung, Analyse, Bewertung und Qualitätssicherung der Risikodaten sowie eine entsprechende Maßnahmenplanung mit laufendem Monitoring wesentlicher Risiken gehören, sind die jeweiligen Operational Risk Manager in den einzelnen Einheiten verantwortlich.

Für das Management der rechtlichen Risiken ist der Bereich Recht zuständig. Er überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der anerkannten Grundsätze der Rechtsprechung.

Die wesentlichste Aktivität unseres zentralen Operational Risk Control war im Geschäftsjahr 2007 die finale Vorbereitung der HVB AG auf die aufsichtsrechtliche Prüfung hinsichtlich der Implementierung des Advanced Measurement Approach (AMA). Die Erfüllung der Anforderungen wurde Mitte 2007 durch die BaFin und Bundesbank geprüft und erfolgreich abgeschlossen. Die formale Genehmigung wird noch erwartet.

Des Weiteren wurde im Berichtsjahr im Rahmen der Integrationsaktivitäten der UniCredit Gruppe die Harmonisierung der angewandten Standards und Verfahren in der HVB AG abgeschlossen.

Messmethodik

Zur Quantifizierung des operationellen Risikos der HVB AG setzen wir den Loss Distribution Approach ein. Dabei verwendet das Modell interne und externe Verlustdaten, um die Verlustverteilungen zu bestimmen. Der Datenmangel im Bereich der seltenen, aber hohen Verluste wird durch Szenarioanalysen ausgeglichen. Mittels Monte-Carlo-Simulation werden unter Berücksichtigung Risiko mindernder Maßnahmen wie beispielsweise Versicherungen die Value-at-Risk-Ergebnisse der HVB AG ermittelt. Durch die Berücksichtigung interner Kontrollfaktoren und Geschäftsumfeldfaktoren werden die Messergebnisse an das aktuelle Risikoprofil angepasst.

Im Rahmen der Basel-II-Umsetzung der UniCredit Gruppe kam es dabei zu einer methodischen Anpassung. Die Berechnung erfolgt nun gemäß dem konzernweiten AMA Messmodell, welches in der gesamten UniCredit Gruppe Anwendung findet. Die Methodik ist in starker Anlehnung an das bisherige HVB Modell entwickelt worden. Die Prüfung des AMA-Modells erfolgte durch die Bank of Italy.

Als wesentlicher Unterschied zur bisherigen Methodik der HVB AG ist der Ansatz von Korrelationseffekten zwischen den Basel-II-Verlustereigniskategorien zu nennen. Dies hat auf das Economic Capital der HVB AG einen deutlich reduzierenden Effekt.

Darüber hinaus werden bei der Kapitalermittlung auf UniCredit Holdingebene die UniCredit gruppenweiten Diversifikationseffekte berücksichtigt. Die ökonomische Kapitalsteuerung und Berichterstattung der HVB AG erfolgt jedoch auf Stand Alone Basis.

Risikoüberwachung

Im Berichtsjahr wurden die erstmalig umfassenden Risikoerhebungen abgeschlossen. Alle wesentlichen Risiken wurden identifiziert und einschließlich Risiko mindernder Maßnahmen erfasst. Diese Risikoerhebungen werden nun regelmäßig überprüft und aktualisiert. Auf Basis eines – soweit möglich indikatorgestützten – Frühwarnsystems wird ein laufendes Monitoring der Risikosituation durchgeführt.

Im Rahmen der Integrationsaktivitäten der UniCredit Gruppe erfolgte zusätzlich die Ermittlung von gemeinsamen Szenarien für das potenzielle Eintreten von großen Verlustereignissen. Die Weiterentwicklung von Szenarien und Frühwarnindikatoren wird ein Schwerpunktthema in 2008 sein.

Die Information über aufgetretene Verlustereignisse sowie wesentliche operationelle Risiken und deren Management erfolgt durch Operational Risk Control im Rahmen eines regelmäßigen, umfassenden Berichtswesens an den Chief Risk Officer, den Gesamtvorstand sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats. Darüber hinaus haben unsere dezentralen Operational Risk Manager in 2007 ein Quartalsreporting an ihr jeweiliges Senior Management aufgesetzt.

Quantifizierung und Konkretisierung

Das Economic Capital für operationelle Risiken der HVB AG beträgt zum Jahresultimo 0,8 Mrd €.

Für das Berichtsjahr sind hinsichtlich der Minimierung des operationellen Risikos und zur Vermeidung möglicher Verluste folgende Maßnahmen hervorzuheben:

- Privat- und Geschäftskunden: Die Einschätzung der operationellen Risiken aus dem Kreditgeschäft konnte in Folge von deutlichen Verbesserungen der Datenbasis in Zusammenarbeit mit den Einheiten des Recovery Management signifikant weiterentwickelt werden. Die Umsetzung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der europäischen Richtlinie für das Wertpapiergeschäft MiFID, Änderungen beim Internetbanking und die Zentralisierung marginpflichtiger EUREX-Geschäfte führten zu weiteren Reduktionen der Risiken im Wertpapier-/Derivateprozess.

- Wealth Management: Das Risiko des Ausfalls des Vermögensreportings wurde mit Einführung einer Back-up-Lösung nahezu ausgeschlossen. Durch die Einführung von technischen Prozessen konnten Manipulationen von Kontodispositionen im Sachwertevertrieb ausgeschlossen werden.
- Markets & Investment Banking: Eine wesentliche Maßnahme war das Aufsetzen eines divisionsspezifischen Operational Risk Committees. Operative Verbesserungen konnten vor allem im Bereich Liquiditätsmanagement (Money-Market-/Foreign-Exchange-Gelddisposition) der Bank, in der Ausführungs Compliance des Wertpapiergeschäfts unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen von MiFID und in einer höheren Automatisierung im Collateralized Debt Obligation (CDO) – Business erreicht werden.
- Chief Operating Officer (COO): Zu den wesentlichsten Tätigkeiten gehörte im Berichtsjahr die Mitwirkung bei unseren diversen Outsourcing-Aktivitäten. Dies beinhaltete die Sicherstellung der Berücksichtigung aller Operational Risk-Aspekte in den Service-Level-Agreements sowie des Aufbaus einer »Retained Organisation« zur Überwachung der ausgelagerten Bereiche der Zahlungsverkehrsabwicklung.

Im Jahr 2006 wurde ein Projekt in der HVB Information Services GmbH aufgesetzt mit dem Ziel, trotz des beschlossenen Stellenabbaus in der HVB Information Services GmbH die Verfügbarkeit der Know-how Träger bis zur Einführung eines einheitlichen Commercial Banking System (EUROSIG) für die UniCredit Gruppe und darüber hinaus sicherzustellen. Der für IT zuständige HVB AG Vorstand ist als Mitglied des Steering Committees in das Projekt umfassend eingebunden.

In 2006 wurden Teile (Kredit & Darlehen) der Anwendungsentwicklung, der Anwendungsbetreuung sowie Produktionssicherung und allen damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen der HVB Information Services GmbH an die IBM New IT GmbH ausgelagert, welche in 2007 zur IBM FIS GmbH (IBM Financial Industry Solutions GmbH) umbenannt wurde und Teile wiederum der Anwendungsbetreuung in die IBM India Private Limited weiterverlagert hat.

Analysen der genannten Aktivitäten unter Risikogesichtspunkten ergaben keine signifikante Erhöhung der operationellen Risiken.

Ausblick

Für 2008 ist eine Verlagerung der Mainframe Hardware an die UniCredit Global Information Services S.p.A. geplant.

Für 2009 soll gemäß einem Beschluss des Vorstands der HVB AG vom Oktober 2007 die IT-Plattform EUROSIG bei der HVB AG voraussichtlich im Oktober 2009 eingeführt werden. Mit der Einführung der Plattform soll eine gruppenweit einsetzbare Corebanking Software zur Verfügung gestellt werden. Die gemeinsame Plattform soll die komplexe Systemlandschaft der HVB AG teilweise ablösen und dadurch zu einer Kostenoptimierung und Effizienzsteigerung im IT-Bereich führen.

Risikoanalysen zu den Projektumsetzungen wurden begonnen.

Bewältigung von Krisensituationen

- Die Leistungsfähigkeit der Krisen- und Notfallorganisation wurde durch die angemessene und effektive Reaktion auf Real- wie auch Übungssituationen bestätigt. Eine der Übungen fand im Rahmen der bundesländerübergreifenden Katastrophenschutzübung »LÜKEX« (Länder Übergreifende Krisenmanagement Exercise) statt. Für den Fall einer weltweiten Grippe-Epidemie wurde ein Pandemieplan eingeführt.
- In 2007 wurde unter Einbeziehung aller Divisionen eine Business Continuity Management (BCM) Organisation zur Umsetzung der einheitlichen BCM-Policy der UniCredit Gruppe entwickelt.

Rechtliche Risiken

Immobilienfinanzierungen/Finanzierung des Erwerbs von Immobilienfonds

- Für die HVB AG hat es keine negativen rechtlichen Auswirkungen, soweit Kunden ihre zum Zwecke des Erwerbs einer Immobilie abgeschlossenen Darlehensverträge nach dem Haustürwiderrufgesetz widerrufen. Nach den gesetzlichen Regeln und der entsprechenden Ansicht der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH) muss der Kunde, der die Voraussetzungen eines Widerrufsrechts zu beweisen hat, auch nach einem Widerruf die Darlehens-

valuta einschließlich einer marktüblichen Verzinsung an die Bank zurückzahlen. Nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 25. Oktober 2005 verstoßen die insoweit in Deutschland geltenden gesetzlichen Regelungen nicht gegen europäisches Recht. Die vom EuGH darüber hinaus in bestimmten Fällen geforderte Übernahme des Anlagerisikos auf Grund nicht erfolgter Aufklärung über ein Widerrufsrecht durch die Bank setzt voraus, dass der Kunde beweisen kann, dass er bei Kenntnis des Widerrufsrechts das Investment nicht getätigt hätte; darüber hinaus hat der BGH entschieden, dass die Bank nur bei schuldhaftem Handeln das Anlagerisiko zu übernehmen hat. Negative Auswirkungen erwartet die Bank daher auch nach der bisherigen Rechtsprechung nicht. Die Bank behält darüber hinaus auch dann ihren Rückzahlungsanspruch, wenn der Darlehensnehmer einem Dritten eine unwirksame Vollmacht erteilt hat, die Bank aber auf den Bestand der Vollmacht vertrauen konnte. Nach den bisherigen Erfahrungen bestehen in diesen Fällen keine rechtlichen Risiken. Die neuere Rechtsprechung des BGH bestätigt auch die bislang schon engen Voraussetzungen einer möglichen Aufklärungs- und Beratungspflicht der Bank. In Fällen eines institutionalisierten Zusammenwirkens gewährt der BGH (Entscheidung vom 16. Mai 2006) Anlegern eine erleichterte Beweisführung hinsichtlich einer Aufklärungspflichtverletzung. Dieser neu eingeführte Begriff in der Rechtsprechung wird erst künftig durch Einzelfallentscheidungen ausgefüllt werden.

- Finanziert die Bank dem Kreditnehmer den Erwerb von Anteilen an Immobilienfonds und handelt es sich um einen Kredit, der nicht grundschuldgesichert ist, kann der Kreditnehmer – wenn es sich um ein verbundenes Geschäft handelt – dem Rückzahlungsanspruch des finanzierenden Instituts Einwendungen entgegenhalten, die ihm auf Grund Falschberatung gegen den Verkäufer oder Vermittler der Fondsanteile zustehen. Daher hat die Bank dann keinen Darlehensrückzahlungsanspruch gegen den Kunden, wenn die Bank sich der Vertriebsorganisation des Vermittlers des Fondsanteils bedient hat, das Darlehen unmittelbar an die Fondsgesellschaft ausbezahlt wurde und der Anleger bei Erwerb seiner Beteiligung getäuscht wurde oder wenn dem Darlehensnehmer ein Widerrufsrecht zusteht. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen hätte der Kreditnehmer im Einzelfall zu beweisen. Aus heutiger Sicht gehen wir davon aus, dass derartige Umstände allenfalls in Ausnahmefällen gegeben sein können.

Verfahren Medienfonds

- Bei dem VIP Medienfonds 4 werden Klagen von Anlegern gegen die Bank im Wesentlichen auf angebliche Beratungsfehler wie auch auf angebliche, von der Bank neben dem Initiator zu verantwortende Prospektfehler gestützt. Insoweit liegen eine Reihe erstinstanzlicher Urteile vor, in denen teilweise zu Gunsten der Bank, teils wegen angeblichen Beratungsverschuldens zu Lasten der Bank entschieden wurde. Noch keines der Verfahren ist bisher rechtskräftig abgeschlossen. Vor dem OLG München soll in Kürze ein Musterverfahren nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz (KapMuG) eingeleitet werden, das unter anderem die Fragen der Prospektverantwortlichkeit auch der HVB im Hinblick auf von ihr zur Verfügung gestellte Bankdienstleistungen im Zusammenhang mit dem Medienfonds VIP 4 klären soll. Die Bank rechnet aus heutiger Sicht nicht mit gravierenden negativen Auswirkungen aus diesen Rechtsstreitigkeiten.

Verfahren von Aktionären der HVB AG

- Aktionäre der Gesellschaft haben gegen Beschlüsse der Hauptversammlung unserer Bank vom 12. Mai 2005 Anfechtungsklage erhoben. Soweit die Klage gegen die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2004 stattgegeben wurde, hat dies keine materiellen Auswirkungen für die Bank, zumal über die Entlastung der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2004 in der ordentlichen Hauptversammlung am 23. Mai 2006 noch einmal Beschluss gefasst wurde. Soweit die Klage gegen die Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und des Abschlussprüfers gerichtet ist, hat das LG München I die Anfechtungsklage abgewiesen, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

– Weiterhin haben Aktionäre unserer Bank gegen die Beschlüsse unserer Hauptversammlung vom 23. Mai 2006, mit welchen dem Ausgliederungs- und Übernahmevertrag vom 29. März 2006 sowie dem Rahmenvertrag vom 16. Januar 2006 im Zusammenhang mit der Übertragung eines Kreditportfolios auf eine Gesellschaft der Goldman Sachs Gruppe zugestimmt wurde, Anfechtungsklage erhoben. In dem daraufhin von unserer Bank angestrebten Freigabeverfahren haben sowohl das LG München I als auch das OLG München festgestellt, dass die Anfechtungsklagen der Eintragung der Ausgliederung nicht entgegenstehen, da die Klagen offensichtlich unbegründet sind. Das OLG München hat mitgeteilt, dass es beabsichtigt, die Berufung durch einstimmigen Beschluss zurückzuweisen; mit einer entsprechenden Entscheidung stünde fest, dass die Beschlüsse unserer Hauptversammlung vom 23. Mai 2006 rechtswirksam sind.

Verfahren im Zusammenhang mit der Reorganisation der Bank

– Gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung unserer Bank vom 25. Oktober 2006, mit welchen dem Verkauf und der Übertragung der von unserer Bank gehaltenen Anteile an der Bank Austria Creditanstalt AG und der HVB Bank Ukraine an die UniCredit Gruppe bzw. an der Closed Joint Stock Company International Moscow Bank (IMB) (umfirmiert in ZAO UniCredit Bank, Moskau, seit Dezember 2007; im Folgenden weiterhin als IMB bezeichnet) und der AS UniCredit Bank, Riga (vormals: HVB Bank Latvia AS, Riga) an die Bank Austria Creditanstalt AG sowie der Niederlassungen in Vilnius und Tallinn an die AS UniCredit Bank, Riga zugestimmt wurde, haben zahlreiche Aktionäre Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen erhoben. Die Kauf- und Übertragungsverträge sehen vor, dass ein Vollzug der Transaktionen unter anderem voraussetzt, dass nach pflichtgemäßer Beurteilung des Vorstands auf der Grundlage der Stellungnahme eines externen Rechts-

beraters die entsprechenden Zustimmungsbeschlüsse keine Fehler aufweisen, die dem Vollzug des jeweiligen Vertrages entgegenstehen. Nachdem der Vorstand Anfang Januar 2007 auf Basis externer Gutachten in diesem Sinne Beschluss gefasst hatte, wurden die von unserer Bank gehaltenen Anteile an der Bank Austria Creditanstalt AG an die UniCredit Gruppe bzw. an der IMB und der AS UniCredit Bank, Riga an die Bank Austria Creditanstalt AG übertragen. Nach Erfüllung der weiteren Vollzugsvoraussetzungen erfolgte in 2007 außerdem die Übertragungen der Niederlassungen in Vilnius und Tallinn an die AS UniCredit Bank, Riga und der Anteile unserer Bank an der HVB Bank Ukraine an die Bank Pekao S.A. Die Aktionäre begründen ihre Klage mit formalen Fehlern im Zusammenhang mit Einladung und Abhaltung der Hauptversammlung vom 25. Oktober 2006 sowie mit einem angeblich zu niedrigen Kaufpreis für die verkauften Einheiten.

Mit Urteil vom 31. Januar 2008 hat das LG München I die in der Hauptversammlung vom 25. Oktober 2006 gefassten Beschlüsse allein aus formalen Gründen für unwirksam erklärt, da nach Auffassung des Gerichts das zwischen der Bank und UniCredit S.p.A. am 12. Juni 2005 abgeschlossene Business-Combination-Agreement (BCA) in der Einladung zu der genannten Hauptversammlung insbesondere hinsichtlich der darin enthaltenen Schiedsgerichts- sowie Rechtswahlklauseln nicht ausreichend dargestellt, außerdem Fragen von Aktionären in der genannten Hauptversammlung nach einzelnen alternativen Bewertungsparametern nicht ausreichend beantwortet worden seien. Auf die Frage des behaupteten zu niedrigen Kaufpreises für die veräußerten Einheiten ist das LG München I nicht eingegangen. Gleichzeitig hat das LG München I auf Antrag von Aktionären festgestellt, dass das BCA zu seiner Wirksamkeit der Hauptversammlung der Gesellschaft hätte vorgelegt werden müssen, weil insoweit ein versteckter Beherrschungsvertrag gegeben sei. Da die vom Gericht als wesentlich angesehenen Klauseln des BCA für die der Hauptversammlung vom 25. Oktober vorgelegten Verträge, die insoweit ohnehin eigene Regelungen enthalten, nicht wesentlich waren, und da die Beantwortung der Frage nach einzelnen alternativen Bewertungsparametern – soweit sie überhaupt in der Hauptversammlung

möglich und ohne Berücksichtigung anderer gegenläufiger Effekte sachgerecht gewesen wäre – an den zur Beschlussfassung gestellten vertraglichen Regelungen nichts geändert hätte, überzeugt das Urteil aus unserer Sicht nicht. Die Bank hat daher gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und beabsichtigt unabhängig davon die Beschlüsse der Hauptversammlung vom 25. Oktober 2006 vorsorglich bestätigen zu lassen.

- Die ordentliche Hauptversammlung unserer Bank vom 26./27. Juni 2007 hat die Geltendmachung angeblicher Ersatzansprüche gegen UniCredit S.p.A. und deren gesetzliche Vertreter sowie gegen die Organe unserer Gesellschaft wegen behaupteter Vermögensschäden der Bank durch die Veräußerung der BA-CA Aktien sowie durch das von der Bank mit UniCredit S.p.A. abgeschlossene BCA beschlossen und Herrn Rechtsanwalt Dr. Thomas Heidem zum besonderen Vertreter bestellt. Gegen diesen Beschluss hat unser Mehrheitsaktionär, UniCredit S.p.A., Anfechtungsklage erhoben, die in erster Instanz abgewiesen wurde; nachdem UniCredit S.p.A. Berufung eingelegt hat, ist das Verfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen. Der besondere Vertreter hat sich mit Schriftsatz vom 5. November 2007 den Anfechtungsklagen gegen die Beschlüsse der außerordentlichen Hauptversammlung vom 25. Oktober 2006 als Nebenintervenient angeschlossen und vorgebracht, dass die Übertragung der Anteile an der Bank Austria Creditanstalt AG auch aus weiteren Gründen unwirksam sei. Das Landgericht München I hat die Nebenintervention zurückgewiesen. In einem Urteil vom 28. November 2007 hat das OLG München ausgeführt, dass der Beschluss über die Bestellung des besonderen Vertreters vom 26./27. Juni 2007 teilweise unwirksam sei; ungeachtet dessen hat das Gericht dem besonderen Vertreter in

beschränktem Umfang das Recht auf Einsicht in Unterlagen der Bank zugesprochen. Der besondere Vertreter hat UniCredit S.p.A. mit Schreiben vom 27./28. Dezember 2007 zur Rückübertragung der veräußerten BA-CA Aktien aufgefordert. Nach Ablehnung der Forderung durch UniCredit S.p.A. hat der besondere Vertreter am 20. Februar 2008 gegen UniCredit S.p.A. und Herrn Alessandro Profumo sowie die Herren Dr. Wolfgang Spießler und Rolf Friedhofen haftend als Gesamtschuldner unter Bezugnahme auf die unten genannten »Hedgefondsklagen« die Rückübertragung der BA-CA Aktien sowie hilfsweise Schadensersatz in Höhe von mindestens 13,9 Mrd. € geltend gemacht. Die Bank ist davon überzeugt, dass entsprechende Rückübertragungs- bzw. Schadensersatzansprüche nicht bestehen.

- Die Hauptversammlung unserer Bank vom 26./27. Juni 2007 hat die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre gegen Zahlung einer angemessenen Barabfindung (38,26 € je Aktie) beschlossen; in derselben Hauptversammlung wurde die Entlastung der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2006 beschlossen, während der Antrag auf Bestellung eines Sonderprüfers zurückgewiesen wurde. Gegen diese Beschlüsse wurde von mehr als 100 Aktionären Anfechtungs- und Nichtigkeitsfeststellungsklagen erhoben, insbesondere gegen den Beschluss zur Übertragung der Aktien der außenstehenden Aktionäre. Darüber hinaus wurde von einem Aktionär Klage erhoben mit dem Antrag festzustellen, dass UniCredit und ihren Tochtergesellschaften Rechte aus Aktien der Gesellschaft nicht bestehen. Unsere Bank, die davon ausgeht, dass die Anfechtungsklagen keine Aussicht auf Erfolg haben werden, hat am 7. Dezember 2007 einen Freigabeantrag eingereicht mit dem Ziel, die Eintragung des Übertragungsbeschlusses in das Handelsregister ungeachtet der Anfechtungs- sowie Feststellungs- und Nichtigkeitsklagen gegen diesen Beschluss zu erreichen. Der besondere Vertreter ist in beiden Verfahren betreffend die Beschlüsse der Hauptversammlung vom 26./27. Juni 2007 als Nebenintervenient beigetreten. Auf Basis der Äußerungen des Gerichts in der mündlichen Verhandlung vom 21. Februar 2008 ist die Bank zuversichtlich, dass die Anfechtungsklagen abgewiesen und dem Freigabeantrag stattgegeben werden wird, auch wenn der Ausgang der Verfahren offen ist.

– Insgesamt acht Gesellschaften mit Sitz in den Vereinigten Staaten, auf den Virgin Islands, den Cayman Islands, in British West-Indies und auf den Bermuda, die vortragen, Aktionäre unserer Bank zu sein, haben gegen UniCredit, Herrn Alessandro Profumo sowie Herrn Dr. Wolfgang Sprißler Klage auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe von insgesamt 17,35 Mrd € an die HVB AG erhoben (»Hedgefondsklagen«) mit der Begründung, dass die Veräußerung der von unserer Bank an UniCredit S.p.A. bzw. mit ihr verbundene Unternehmen veräußerten Gesellschaften bzw. Geschäftsanteile (insbesondere die Veräußerung der Anteile an der Bank Austria Creditanstalt AG und der IMB sowie die Veräußerung der Asset-Management-Gesellschaften) deutlich unter Wert erfolgt sei. Vor dem Hintergrund der für die jeweiligen Transaktionen eingeholten externen unabhängigen Gutachten und da alle Transaktionen at-arms-length erfolgten, bestehen die behaupteten Schadensersatzansprüche nach Überzeugung der Beklagten nicht. Die Kläger der Schadensersatzansprüche sowie ein weiterer Aktionär haben mit denselben Argumenten außerdem gegen unsere Bank Klage erhoben mit dem Antrag festzustellen, dass der Jahresabschluss unserer Bank für das Geschäftsjahr 2006 nichtig sei, weil die vorgenannten Ansprüche in dem Abschluss nicht aktiviert worden seien.

– Verschiedene außenstehende Aktionäre der Bank haben beim LG München I die Durchführung eines Spruchverfahrens zur Festsetzung eines angemessenen Ausgleichs und einer angemessenen Barabfindung beantragt, da es sich bei dem BCA um einen verdeckten Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag handeln soll. Das LG München I hat mit Beschluss vom 19. Oktober 2007 den Antrag als nicht statthaft abgewiesen. Über die hiergegen von den Aktionären eingelegte sofortige Beschwerde hat das OLG München noch nicht entschieden.

Spruchverfahren Barabfindung Vereins- und Westbank AG

– Die außerordentliche Hauptversammlung der Vereins- und Westbank AG vom 24. Juni 2004 hatte die Übertragung der Aktien der Minderheitsaktionäre der Vereins- und Westbank AG auf die HVB AG beschlossen; nach Erledigung der hiergegen gerichteten Anfechtungsklagen hatte die HVB AG den Minderheitsaktionären der Vereins- und Westbank AG eine – erhöhte – Barabfindung von 26,65 € je Stückaktie (die »26,65-Abfindung«) bezahlt. Ungeachtet dessen haben zahlreiche Minderheitsaktionäre von ihrer Möglichkeit Gebrauch gemacht, die 26,65-Abfindung in einem Spruchverfahren gemäß § 1 Nr. 3 SpruchG überprüfen zu lassen. Das LG Hamburg hat auf Grund eigener Schätzungen die Barabfindung mit Entscheidung vom 2. März 2006 auf 37,20 € je Stückaktie angehoben; gegen diese Entscheidung hat die Bank Rechtsmittel eingelegt. Wir gehen davon aus, dass allenfalls eine weitere geringere Zuzahlung an die ausgeschlossenen Aktionäre der Vereins- und Westbank AG erfolgen muss. Detailliertere Angaben könnten in dem anhängigen Verfahren zu negativen Auswirkungen auf die Rechtsposition der HVB AG führen.

Gewerbesteuerumlage/Hypo Real Estate

– Die HVB AG hat bei verschiedenen Tochtergesellschaften, die im jeweils maßgeblichen Zeitraum zum gewerbesteuerlichen Organkreis der HVB AG bzw. ihrer Vorgängerinstitute gehörten, bis einschließlich 2001 Gewerbesteuerumlagen erhoben bzw. erstattet. Die Hypo Real Estate Bank AG sowie die Hypo Real Estate International AG haben eine angebliche Überzahlung an Gewerbesteuerumlage in Höhe von rund 76 Mio € zuzüglich Zinsen klageweise geltend gemacht. Auf der Basis eingeholter Rechtsgutachten geht die HVB AG davon aus, dass den Klägerinnen die behaupteten Ansprüche nicht zustehen.

5 Geschäftsrisiko Risikomanagement

Als Geschäftsrisiko definieren wir unerwartete negative Veränderungen des Geschäftsvolumens und/oder der Margen, die nicht auf andere Risikoarten zurückzuführen sind. Die Folge sind nachhaltige Ergebnisrückgänge mit entsprechender Auswirkung auf den Marktwert des Unternehmens. Geschäftsrisiken können vor allem aus deutlich verschlechterten Marktbedingungen, Veränderungen der Wettbewerbsposition oder des Kundenverhaltens, aber auch aus geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Das operative Management des Geschäftsrisikos liegt als Teil des allgemeinen Ertrags- und Kostenmanagements in der Verantwortung der einzelnen Geschäftseinheiten.

Messmethodik

Die Messung des Economic Capital für Geschäftsrisiko erfolgt auf Basis eines Value-at-Risk-Ansatzes. Zu diesem Zweck werden auf Divisionsebene Erlös- und Kostenvolatilitäten herangezogen und unter Berücksichtigung von Korrelationen ein Value-at-Risk ermittelt, welcher die mit dem Geschäftsrisiko einhergehenden möglichen Schwankungen des Unternehmenswerts repräsentiert.

Risikoüberwachung

Das Economic Capital für Geschäftsrisiko wird vom Bereich Risk Control ermittelt, analysiert und an den Chief Risk Officer sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Rahmen des monatlichen Vorstandsreportings des Bereichs Accountings wird die unterjährige Erlös- und Kostenentwicklung der Geschäftseinheiten als Stellhebel des Geschäftsrisikos durch Soll-Ist-Vergleiche nachgehalten.

Quantifizierung und Konkretisierung

Das ermittelte Economic Capital für das Geschäftsrisiko der HVB AG beläuft sich zum Jahresresulto 2007 auf rund 0,5 Mrd €.

Unser Programm zur Steigerung der Effizienz »Prozess-Redesign und -Optimierung (PRO)«, das von uns im Jahr 2004 initiiert wurde, brachten wir im Mai 2007 zu einem erfolgreichen Abschluss. Es gelang uns, sowohl im Back Office-Bereich, also zum Beispiel in der Wertpapierverwahrung, im Zahlungsverkehr und im Corporate Center durch Neuadjustierung von Steuerungsaufgaben und die Verein-fachung von Prozessen erhebliche Kosteneinsparungen zu erzielen.

Beim Kostenmanagement profitiert die HVB AG auch von der Volumensbündelung innerhalb der UniCredit Gruppe sowie dem systematischen Austausch und der Implementierung von Best-Practice-Ansätzen zur Kostensenkung. 2007 wurde nochmals eine Vielzahl weiterer kostensenkender Maßnahmen entlang aller wesentlichen Kostenarten zusätzliche Einsparungen erzielen. Dies betraf zum einen den Personalaufwand, zum anderen aber auch den Sachaufwand. Zusätzliche Einzelheiten zu PRO und dem Kostenmanagement finden sich in den Erläuterungen zu den Spartenberichten Global Banking Services und Human Resources.

6 Risiko aus bankeigenem Immobilienbesitz Risikomanagement

Unter dieser Risikoart erfassen wir potenzielle Verluste, die aus Marktwertschwankungen unseres Immobilienbestands resultieren.

Grundsätzlich wurde der bankeigene Immobilienbesitz der HVB AG auf unsere Tochter HVB Gesellschaft für Gebäude mbH & Co KG übertragen. Im Zuge der Integration der Vereins- und Westbank AG in 2004 ist indes deren Immobilienbestand auf die HVB AG übergegangen.

Die HVB Immobilien AG war bis 30. September 2007 für das Portfoliomanagement und den Verkauf, das Immobilien- und Gebäudemanagement, die Sanierung und Grundstücksentwicklung sowie für die Vermietung der strategischen und nicht strategischen Immobilien zuständig.

Zum 1. Oktober 2007 hat eine Umstrukturierung im Bereich Corporate Logistics/Facility Management (CLF) stattgefunden. CLF ist ein Teil von Global Banking Services (GBS) und für Corporate Logistics/Facility Management verantwortlich. Zusätzliche Einzelheiten zu der Reorganisation finden sich in den Erläuterungen zu dem Spartenbericht GBS.

Seit 1. Oktober 2007 ist die HVB AG für alle von ihr verantworteten strategischen Immobilien verantwortlich. Unter strategische Immobilien fallen alle bankgenutzten Immobilien. Eine Übertragung von Immobilienbeständen hat nicht stattgefunden.

Für die HVB AG ergibt sich zum Jahresende 2007 ein Economic Capital für bankeigenen Immobilienbesitz von 17 Mio €.

7 Risiko aus Anteils- und Beteiligungsbesitz Risikomanagement

Unter dieser Risikoart erfassen wir die möglichen Marktwertschwankungen unseres börsennotierten und nicht börsennotierten Anteils- und Beteiligungsbesitzes (ohne operative Tochtergesellschaften der HVB Group). Die Steuerung des Portfolios erfolgt durch den Vorstand.

Messmethodik

Die Risikomessung unserer Beteiligungen nach dem Value-at-Risk-Ansatz basiert auf deren Marktwerten und auf Volatilitäten, die im Falle börsennotierter Beteiligungen aus den jeweiligen Kursschwankungen der Aktie ermittelt werden. Im Falle nicht börsennotierter Beteiligungen werden die Buchwerte als Marktwertschätzer herangezogen sowie die Volatilitäten anhand branchenspezifischer Indizes gewonnen. Um die jüngere Vergangenheit adäquater zu berücksichtigen, erfolgt eine exponentielle Gewichtung bei der Ermittlung der Volatilitäten, wobei der längerfristigen Haltedauer von Beteiligungen Rechnung getragen wird.

Risikoüberwachung

Der Bereich Risk Control ermittelt und analysiert das Economic Capital für Anteils- und Beteiligungsbesitz und berichtet es an den Chief Risk Officer sowie den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats.

Die Aufgabe des Beteiligungscontrollings liegt im Bereich Anteilsbesitz, der dem Chief Financial Officer zugeordnet ist. Dieser Bereich überprüft auf Basis von Prüfungsberichten, Geschäftsberichten und unterjährigen Berichterstattungsinstrumenten regelmäßig die Werthaltigkeit unserer Beteiligungen. Wesentliche negative Wertänderungen werden so frühzeitig erkannt, analysiert und an den Chief Financial Officer berichtet.

Quantifizierung und Konkretisierung

Das Economic Capital der HVB AG reduzierte sich um 0,1 Mrd € auf 0,45 Mrd €. Der Value-at-Risk, ohne Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten, hat sich um 0,1 Mrd € auf 0,8 Mrd € verringert. Reduzierte Diversifikationseffekte auf Grund der nicht mehr zur HVB AG gehörenden Bank Austria Creditanstalt AG sowie die vollständige Rückführung des Anteilsbesitzes an der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG führten maßgeblich zu dieser Entwicklung. Nennenswerte gegenläufige Effekte kamen dagegen durch weitere Investitionen in Private Equity Funds (auch im Rahmen der Integration der Geschäftsaktivitäten der UBM) und in Private Equity Co-/Direct Investments mit dem Ziel, risikoadäquate Renditen zu erzielen. Deren Geschäftsentwicklung verlief auch im Geschäftsjahr 2007 sehr erfolgreich.

8 Strategisches Risiko Risikomanagement

Strategisches Risiko entsteht daraus, dass das Management wesentliche Entwicklungen und Trends im Bankensektor nicht rechtzeitig erkennt oder falsch einschätzt. In der Folge kann es daraufhin zu Grundsatzentscheidungen kommen, die sich hinsichtlich der Erreichung der langfristigen Unternehmensziele ex post als unvorteilhaft erweisen und zudem teilweise schwer reversibel sind.

Ungeachtet der Zugehörigkeit der HVB zur UniCredit Gruppe fällt das Management des strategischen Risikos als Teil der Unternehmenssteuerung in den Verantwortungsbereich des Gesamtvorstands, der mit der Vorgabe der strategischen Ausrichtung der Bank die Risikopositionierung der HVB Group bestimmt.

Messmethodik

Das strategische Risiko wird primär auf qualitativem Wege erfasst. Zu diesem Zweck erfolgt eine laufende Beobachtung des nationalen wie internationalen politischen und wirtschaftlichen Umfelds sowie die permanente Überprüfung unserer eigenen strategischen Positionierung.

Risikoüberwachung

Im Rahmen unserer langfristigen Planung überprüft der Vorstand regelmäßig die festgelegte Strategie der HVB Group. So besteht bei Bedarf die Möglichkeit, mit einer Anpassung des Geschäftsmodells bzw. der Geschäftsprozesse auf geänderte Rahmenbedingungen zu reagieren. Bei der Ableitung derartiger strategischer Initiativen findet in regelmäßigen Abständen eine enge Abstimmung des Vorstands mit dem Aufsichtsrat, insbesondere mit dem Prüfungsausschuss, statt.

Quantifizierung und Konkretisierung

Gesamtwirtschaftliches Risiko

Ein Risiko, das den Erfolg der HVB Group beeinflussen kann, resultiert aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika und der internationalen Vernetzung des Finanzbereichs. Wegen der strategischen Ausrichtung und der gegenwärtigen Fokussierung der HVB Group auf den

Kernmarkt Deutschland mit den Hauptgeschäftsfeldern Retail-, Private Banking und Firmenkundengeschäft zum einen sowie auf das globale Investment Banking zum anderen gilt dies im Besonderen einerseits für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland sowie andererseits für die Entwicklung auf den internationalen Finanz- und Wertpapiermärkten. Veränderungen und Entwicklungen auf und in diesen Märkten sind daher wichtige Einflussfaktoren auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage HVB Group.

Die befürchteten negativen Auswirkungen durch die Anhebung der Regelsätze von Umsatzsteuer und Versicherungsteuer um jeweils drei Prozentpunkte und den Abbau weiterer Steuervergünstigungen wurden vom ansonsten sehr positiven konjunkturellen Umfeld deutlich überstrahlt. Dank dieser positiven Rahmenbedingungen zeigte sich das volkswirtschaftliche Umfeld in Deutschland im Jahr 2007 äußerst robust. Die deutsche Konjunktur entwickelte sich speziell im ersten Halbjahr leicht über den ambitionierten Erwartungen. Dies wirkte sich für die HVB Group dank ihres diversifizierten Geschäftsmodells im Retailgeschäft, Wealth Management, im Corporate Banking aber auch im Investment Banking im ersten Halbjahr 2007 sehr erfreulich auf das Geschäftsergebnis aus. Das zweite Halbjahr 2007 war hingegen geprägt von der in den USA ausgehenden Subprime Krise, der Zinspolitik der Zentralbanken zur Liquiditätsversorgung der Finanzmärkte und der Abwertung der Leitwährung US-Dollar. Ausgehend von dem in den USA zu verzeichnenden Werteverfall bei forderungsbesicherten Wertpapieren auf Basis von Immobiliendarlehen an Kreditnehmer minderer Bonität (Subprime) kam es zu einer deutlichen Abnahme der Risikobereitschaft der Anleger mit der Folge von Liquiditätsengpässen am Geldmarkt und damit zu einem Anstieg der Geldmarktzinsen bei massiver Ausweitung der Credit Spreads. Wie die gesamte UniCredit Gruppe ist auch die HVB Group nur in geringem Maße direkt von der auslösenden US-Immobilienkrise betroffen. Die daraus resultierenden Finanzmarkt-turbulenzen zeigten in den letzten Monaten auch Auswirkungen auf die europäischen Finanzmärkte. Dadurch wurde in unterschiedlichem Umfang und Ausmaß natürlich auch der Geschäftsverlauf und die Ergebnisentwicklung der HVB Group, insbesondere in der Division Markets & Investment Banking, beeinflusst. Bei strukturierten Kreditprodukten im Handelsbestand sowie im Markt der syndizierten Finanzierungen waren diese Auswirkungen am deutlichsten zu spüren. Details zu den Finanzmarkt-turbulenzen und deren Auswirkungen sind dem Kapitel »Entwicklung der HVB Group im schwierigen Kapitalmarktumfeld« im Financial Review der HVB Group zu entnehmen.

Auch im kommenden Jahr können sich die indirekten Folgen, insbesondere mögliche gesamtwirtschaftliche Auswirkungen, auf die HVB Group, insbesondere auf die Division Markets & Investment Banking, weiter auswirken. Entsprechend der seit Jahren allgemein konservativen Kreditpolitik der HVB Group wollen wir auch im Jahr 2008 das direkte Engagement der HVB Group in Immobilienfinanzierungen mit Subprime Merkmalen nicht ausbauen, sodass auch in Zukunft das direkte Risiko aus Subprime Engagements marginal bleiben wird. Dennoch bleibt das Risiko einer weltweiten Abschwächung der Konjunktur infolge der Finanzmarkt-turbulenzen bestehen, sodass insbesondere bei einer weiteren Zuspitzung der Krise auch im kommenden Jahr die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group belastet werden könnte.

Dem gegenüber steht die anhaltend gute Situation am deutschen Arbeitsmarkt, die sich positiv auf die Inlandsnachfrage auswirken könnte. Sie ist ebenso ein freundliches Vorzeichen für die deutsche Konjunktur wie die überwiegend positiven wirtschaftlichen Fundamental- und Exportdaten im gesamten Euroraum. Allerdings gibt es mit steigenden Energie-, Rohstoff und Lebensmittelpreisen auch negative Einflussfaktoren, die eventuell von den Entwicklungen in Übersee noch verstärkt werden können, sodass mit einem zwar leicht abgeschwächten, aber solidem und robustem Wachstum zu rechnen ist.

Aus dem öffentlichen Bereich kommen, trotz des erwarteten ausgeglichenen Staatshaushalts, mit der weiterhin hohen Staatsverschuldung sowie Defiziten in den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen auch Vorzeichen, die sich negativ auf die Situation in Deutschland auswirken können.

Deutschland als regionaler Kernmarkt der HVB Group erweist sich auf Grund der positiven Faktoren insgesamt als attraktives Geschäftsumfeld. Dennoch ist auf Grund der externen Einflussfaktoren eine für die Bank nachhaltig positive Entwicklung, insbesondere im Retailbanking und im Firmenkundengeschäft, ungewiss. Bei weiteren negativen Nachrichten von den Finanzmärkten ist unter Umständen mit einer Verschlechterung des Konsumklimas und Zurückhaltung bei Investitionen in Wertpapieren zu rechnen. Sollte dies eintreten, könnte möglicherweise auch das Provisionsgeschäft beeinträchtigt werden.

Sollten die aufgezeigten Risikofaktoren einzeln oder kumulativ auftreten, so könnte dies dazu führen, dass sich die von der HVB Group angestrebten Erfolgsziele nicht in vollem Umfang realisieren lassen.

Die HVB Group ist einer der größten Darlehensgeber des deutschen Mittelstands und einer der führenden Darlehensgeber von privaten und gewerblichen Darlehen in Deutschland. Bei Eintritt der aufgeführten negativen Entwicklungen und einer unter den Erwartungen liegenden Entwicklung der Wirtschaftslage ist nicht auszuschließen, dass die Auswirkungen der Krise auch die Kunden der HVB Group erfassen und die Kreditrisikovorsorge stärker steigt als gegenwärtig vom Management der HVB Group erwartet und so das Niveau der Vorjahre erreicht.

Risiken aus der strategischen Ausrichtung des Konzerns/Integrationsrisiken

Die im Rahmen des Zusammenschlusses der HVB Group mit der UniCredit Gruppe unternommenen Adjustierungen der Strukturen und Produkte zu einem UniCredit gruppenweit abgestimmten Aufbau wurden im ersten Halbjahr 2007 weitestgehend abgeschlossen. Sofern die finale Umsetzung noch nicht vollständig erfolgt ist, wird die Vollendung durch die betroffenen Divisionen ausgeführt. Aus diesen finalisierenden Tätigkeiten könnten der HVB Group unvorhergesehene Schwierigkeiten in allenfalls geringem Umfang entstehen. Die Übernahme der wesentlichen Vermögensgegenstände und der dazugehörigen Verbindlichkeiten der UBM in die HVB AG ist abgeschlossen; allerdings sind in Teilbereichen noch entsprechende Steuerungssysteme anzupassen. Auf die sich in diesem Zusammenhang ergebenden Integrationsrisiken haben wir durch das Aufsetzen von entsprechenden Projekten, die voraussichtlich im 1. Halbjahr 2008 abgeschlossen werden sollen, reagiert.

Der Ausbau des UniCredit weiten Kompetenzzentrums für Investment-Banking-Aktivitäten in der HVB AG ist weiter fortgeschritten. Somit hat sich die HVB Group zu einem chancenreichen, insbesondere in Deutschland präsentem Bankhaus mit breitem Investment Banking Know-how entwickelt. Diese Ausrichtung wird sich durch die geplante Eingliederung der Investment-Banking-Aktivitäten der ehemaligen Capitalia Gruppe im Jahr 2008 sowie der Bündelung weiterer Investment-Banking-Aktivitäten in der HVB AG noch verstärken. Damit sollen langfristig die Ertragschancen der Bank verbessert werden.

Die HVB Group verfolgt ihre bisher erfolgreiche Konzernstrategie konsequent weiter und festigt dadurch im renditeträchtigen Investment-Banking-Geschäft ihre Position als eine der führenden Banken in Europa. Im Vergleich zum klassischen Bankgeschäft ergeben sich durch die Investment-Banking-Aktivitäten zwar höhere Ertragschancen, dem stehen allerdings auch höhere Risiken gegenüber. Insbesondere die Zyklizität und unerwartete Schwankungen auf den internationalen Finanz- und Wertpapiermärkten machen sich in diesem Umfeld stärker bemerkbar. Sollten die Entwicklungen an diesen Märkten entgegen den Erwartungen der HVB Group laufen, so würde dies das Ergebnis der Bank stärker belasten als in den Vorjahren.

Auch die bereits angesprochenen mittelbaren Auswirkungen der Subprime-Krise können an Bedeutung für die HVB Group zunehmen. Sollte sie sich weiter zuspitzen und auf andere Länder, Banken und die Wertpapiermärkte überspringen oder diese negativ beeinflussen, so wäre insbesondere das Handelsergebnis der Division Markets & Investment Banking dadurch belastet.

Risiken aus der Konsolidierung des Bankenmarkts

Die Konsolidierung des deutschen und weltweiten Banken- und Finanzmarkts hält an. Durch die erheblichen Veräußerungserlöse aus der Übertragung der Beteiligung an der BA-CA-Gruppe sowie den weiteren Einheiten in Zentral- und Osteuropa verfügt die HVB Group über eine hohe Kapitalausstattung und liquide Mittel, um zu gegebener Zeit und bei günstigen Gelegenheiten rasch und flexibel aktiv an dieser Entwicklung teilhaben zu können. Neben dem organischen oder akquisitorischen Wachstum in den Kernkompetenzen, sind auch Alternativen wie der Eintritt in andere Märkte westeuropäisch geprägter Regionen Nordeuropas, der Ausbau der Kompetenzen in spezialisierten Nischenbereichen, die weitere Optimierung der aufsichtsrechtlichen Kapitalausstattung sowie die Fortsetzung eines wirtschaftlich sinnvollen Rückkaufs von ausstehenden Hybridfinanzierungen denkbar. Für die Reinvestition der frei gewordenen Mittel können sich auch weiterhin attraktive Möglichkeiten für ein internes wie ein

externes Wachstum ergeben. Die HVB Group beobachtet auch weiterhin laufend insbesondere den deutschen Bankenmarkt und analysiert die Möglichkeiten externen Wachstums durch entsprechende Zukäufe; ebenso werden auch sich bietende Alternativen für organisches Wachstum in den Kernregionen Deutschland, Benelux und Skandinavien jeweils analysiert und soweit sich dies danach für die HVB Group rechnet weiterverfolgt. Allerdings birgt die Suche nach geeigneten Wettbewerbern bzw. Zielgesellschaften auch Risiken. Etwa mangels attraktiver Erwerbobjekte nicht, erst später oder nicht in dem gewünschten Maße erfolgte Reinvestition zu wider Erwarten weniger günstigen Konditionen bergen das Risiko, an den aktuellen Entwicklungen nicht in dem erwarteten Ausmaß teilhaben und eventuell nicht die erwartete und geplante Rolle in den Kernbereichen einnehmen zu können. Wann und in welchem Maße daher die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group durch künftige Investitionen positiv beeinflusst wird, ist derzeit noch nicht sicher. Sollte – wovon der Vorstand der HVB AG nicht ausgeht – die Übertragung der von der HVB AG veräußerten Beteiligungen an der BA-CA-Gruppe sowie den weiteren Einheiten in Zentral- und Osteuropa rückabgewickelt werden und damit die HVB AG auch die erhaltenen Veräußerungserlöse wieder an die Erwerber der jeweiligen Einheiten zurückzahlen müssen, dürfte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die von der HVB Group verfolgte Expansionsstrategie haben, da sie dann nicht mehr über die dafür erforderliche hohe Kapitalausstattung und liquiden Mittel verfügen würde.

Harter Wettbewerb bei Finanzdienstleistungen

Der deutsche Markt für Finanzdienstleistungen als Kernmarkt der HVB Group kann auf Grund der Drei-Säulen-Struktur als schwierig bezeichnet werden. Dies trifft auch auf das Investment Banking zu, in dem die HVB Group insbesondere auf dem weltweiten Parkett deutlich größeren Konkurrenten gegenübersteht. Hier im Vergleich mit etablierten angelsächsischen Großbanken die Position auszubauen, stellt für die HVB Group vor dem Hintergrund der großen Marktanteile der Konkurrenten und dem intensiven Wettbewerb eine große Herausforderung dar.

Auch im Commercial Banking, insbesondere im Privatkundengeschäft, existieren auf dem deutschen Markt noch immer Überkapazitäten, sodass hier ein intensiver Wettbewerb um Kunden und Marktanteile vorzufinden ist und sich die HVB Group einem nachhaltigen Konkurrenzkampf zu stellen hat. Allerdings hat die HVB Group hinsichtlich der zur Expansion verfügbaren Mittel und der umgesetzten neuen Konzernstruktur gute Chancen, ihre Marktposition und ihre Erfolgslage weiter zu verbessern. Dennoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Rahmen der Konsolidierung und Konzentration im Finanzwesen weitere Wettbewerbsintensivierungen – beispielsweise initiiert durch neue nationale oder internationale Zusammenschlüsse von Banken – negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der HVB Group haben kann.

Um die HVB Group als regionale Bank in einem globalen Netzwerk auch für die Kunden sichtbar zu positionieren und den Wiedererkennungseffekt insbesondere bei den grenzüberschreitend agierenden Firmenkunden zu nutzen, hat die HVB Group für 2008 ein Rebranding beschlossen. Durch die dann auch im Logo und am Auftritt erkennbare Zugehörigkeit zur UniCredit Gruppe wird Kunden und Anlegern die Größe, die damit verbundene Sicherheit sowie die Möglichkeit mit der HVB Group an den internationalen Entwicklungen und Märkten zu partizipieren verdeutlicht. Dies stärkt den öffentlichen Auftritt und kann das Geschäft in allen Divisionen beleben. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass vereinzelt insbesondere Privat- oder Geschäftskunden die HVB Group nicht mehr als »ihre« Bank ansehen und zu anderen Anbietern wechseln. Im – vom Vorstand der HVB Group jedoch als äußerst unwahrscheinlich eingestuft – Falle vermehrter Abwendung von Kunden würde die Position der HVB Group geschwächt und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage negativ beeinflusst.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

Aufwendungen

	in Mio €	
	2007	2006
1 Zinsaufwendungen	11 720	9 370
2 Provisionsaufwendungen	568	319
3 Nettoaufwand aus Finanzgeschäften	85	—
4 Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	1 456	1 478
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	357	400
	1 813	1 878
darunter: für Altersversorgung		
Mio €	155	(183)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	1 414	1 384
	3 227	3 262
5 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	134	124
6 Sonstige betriebliche Aufwendungen	173	298
7 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	2 141	1 735
8 Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	—	—
9 Aufwendungen aus Verlustübernahme	69	230
10 Außerordentliche Aufwendungen	—	—
11 Einstellungen in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB	—	—
12 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	343	150
13 Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 6 ausgewiesen	2	5
14 Jahresüberschuss	8 146	1 242
Summe der Aufwendungen	26 608	16 735

Erträge

		in Mio €	
		2007	2006
1 Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	11 972		10 351
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>3 181</u>		<u>1 814</u>
		15 153	12 165
2 Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	411		390
b) Beteiligungen	223		135
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	<u>179</u>		<u>182</u>
		813	707
3 Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		412	427
4 Provisionserträge		2 090	1 783
5 Nettoertrag aus Finanzgeschäften		—	225
6 Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1 054	931
7 Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		6 827	305
8 Sonstige betriebliche Erträge		<u>259</u>	<u>192</u>
Summe der Erträge		26 608	16 735
1 Jahresüberschuss		8 146	1 242
2 Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage	—		—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile	1		1
c) aus anderen Gewinnrücklagen	<u>—</u>		<u>—</u>
		1	1
3 Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage	—		—
b) in die Rücklage für eigene Anteile	—		—
c) in andere Gewinnrücklagen	<u>4 073</u>		<u>621</u>
		4 073	621
4 Bilanzgewinn		4 074	622

Bilanz

zum 31. Dezember 2007

Aktiva

		in Mio €	
		31.12. 2007	31.12. 2006
1 Barreserve			
a) Kassenbestand	543		501
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	2943		2427
darunter: bei der Deutschen Bundesbank			
Mio € 2863			(2320)
		3486	2928
2 Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind			
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen	10		193
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar			
Mio € 7			(192)
b) Wechsel	—		20
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar			
Mio € —			(20)
		10	213
3 Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	19779		16467
b) andere Forderungen	62912		39887
		82691	56354
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € —			(—)
Kommunalkredite			
Mio € 592			(478)
4 Forderungen an Kunden		148258	150528
darunter: Hypothekendarlehen			
Mio € 70020			(79634)
Kommunalkredite			
Mio € 15436			(13862)
andere durch Grundpfandrechte gesicherte Kredite			
Mio € 3931			(5322)
Übertrag:		234445	210023

Passiva

		in Mio €	
		31. 12. 2007	31. 12. 2006
1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
a)	täglich fällig	17 806	25 232
b)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>96 086</u>	<u>72 621</u>
		113 892	97 853
darunter:	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		
	Mio € 1 892		(2 615)
	begebene öffentliche Namenspfandbriefe		
	Mio € 543		(698)
	zur Sicherstellung aufgenommener		
	Darlehen an den Darlehensgeber aus-		
	gehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		
	Mio € 2		(24)
	und öffentliche Namenspfandbriefe		
	Mio € 7		(12)
2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
a)	Spareinlagen		
aa)	mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	12 287	13 528
ab)	mit vereinbarter Kündigungsfrist		
	von mehr als 3 Monaten	<u>129</u>	<u>152</u>
		12 416	13 680
b)	begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	11 194	11 895
c)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe	3 813	3 368
d)	andere Verbindlichkeiten		
da)	täglich fällig	35 688	37 621
db)	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	60 132	37 413
darunter:	zur Sicherstellung aufgenommener		
	Darlehen an den Darlehensgeber aus-		
	gehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		
	Mio € 87		(238)
	und öffentliche Namenspfandbriefe		
	Mio € 61		(90)
		<u>95 820</u>	<u>75 034</u>
		123 243	103 977
Übertrag:		237 135	201 830

Aktiva

	in Mio €	
	31.12.2007	31.12.2006
Übertrag:	234 445	210 023
5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarktpapiere		
aa) von öffentlichen Emittenten	602	210
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € 118		(124)
ab) von anderen Emittenten	7 540	468
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € 2 076		(303)
	<u>8 142</u>	<u>678</u>
b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
ba) von öffentlichen Emittenten	13 657	12 129
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € 12 511		(10 030)
bb) von anderen Emittenten	59 840	43 965
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		
Mio € 26 831		(21 613)
	<u>73 497</u>	<u>56 094</u>
c) eigene Schuldverschreibungen	12 973	9 541
Nennbetrag Mio € 13 727		(9 880)
	<u>94 612</u>	<u>66 313</u>
6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	29 905	24 091
7 Beteiligungen	981	1 258
darunter: an Kreditinstituten		
Mio € 19		(19)
an Finanzdienstleistungsinstituten		
Mio € —		(—)
8 Anteile an verbundenen Unternehmen	3 088	10 728
darunter: an Kreditinstituten		
Mio € 1 191		(8 432)
an Finanzdienstleistungsinstituten		
Mio € 46		(100)
Übertrag:	363 031	312 413

Passiva

		in Mio €	
		31.12.2007	31.12.2006
Übertrag:		237 135	201 830
3 Verbriefte Verbindlichkeiten			
a) begebene Schuldverschreibungen			
aa) Hypothekendarlehen	24 086		28 438
ab) öffentliche Pfandbriefe	3 155		3 027
ac) sonstige Schuldverschreibungen	<u>43 675</u>		<u>40 069</u>
	70 916		71 534
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		3	3
darunter: Geldmarktpapiere			
Mio €	—		(—)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf			
Mio €	3		(3)
	<u>3</u>		<u>(3)</u>
		70 919	71 537
4 Treuhandverbindlichkeiten		250	459
darunter: Treuhandkredite			
Mio €	250		(459)
5 Sonstige Verbindlichkeiten		29 870	20 911
6 Rechnungsabgrenzungsposten			
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		132	195
b) andere		<u>299</u>	<u>344</u>
		431	539
7 Rückstellungen			
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		1 508	1 475
b) Steuerrückstellungen		700	560
c) andere Rückstellungen		<u>1 878</u>	<u>1 823</u>
		4 086	3 858
8 Nachrangige Verbindlichkeiten		8 335	8 664
9 Genusssrechtskapital		614	614
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig			
Mio €	409		(409)
10 Fonds für allgemeine Bankrisiken		291	291
Übertrag:		351 931	308 703

Bilanz (FORTSETZUNG)

Aktiva

		in Mio €	
		31.12. 2007	31.12. 2006
Übertrag:		363 031	312 413
9	Treuhandvermögen	250	459
	darunter: Treuhandkredite		
	Mio € 250		(459)
10	Immaterielle Anlagewerte	291	290
11	Sachanlagen	369	383
12	Eigene Aktien oder Anteile	—	1
	Nennbetrag Mio € —		(—)
13	Sonstige Vermögensgegenstände	9 773	7 923
14	Rechnungsabgrenzungsposten		
	a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	206	293
	b) andere	98	123
		304	416
Summe der Aktiva		374 018	321 885

Passiva

		in Mio €	
		31. 12. 2007	31. 12. 2006
Übertrag:		351 931	308 703
11 Eigenkapital			
a) gezeichnetes Kapital	2 407		2 252
eingeteilt in:			
Stück 787 830 072	auf den Inhaber lautende Stammaktien		
Stück 14 553 600	auf den Namen lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		
b) Kapitalrücklage	9 791		8 886
c) Gewinnrücklagen			
ca) gesetzliche Rücklage	—		—
cb) Rücklage für eigene Anteile	—		1
cc) andere Gewinnrücklagen	5 815		1 421
	5 815		1 422
d) Bilanzgewinn	4 074		622
		22 087	13 182
Summe der Passiva		374 018	321 885
1 Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	36 624		30 414
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	—		—
		36 624	30 414
2 Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	39 271		38 475
		39 271	38 475

Rechtsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft (HVB AG) für das Geschäftsjahr 2007 ist nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt worden.

Die Bank ist in allen wesentlichen Sparten einer Geschäftsbank und Pfandbriefbank tätig.

Die nach § 161 AktG vorgeschriebenen Erklärungen zum Corporate-Governance-Kodex sind auf unserer Internet-Seite www.hvb.com/geschaeftsbericht veröffentlicht.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden

Auf Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie auf Ausweisänderungen weisen wir bei den jeweiligen Positionen hin.

Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel (Aktivposten 2) sind mit ihrem Barwert, also um Abzinsungsbeträge gekürzt, ausgewiesen.

Die Bewertung unserer Forderungen (Aktivposten 3 und 4) erfolgt grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB. Für alle erkennbaren Adressrisiken im Kreditgeschäft haben wir Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen werden aufgelöst, soweit das Ausfallrisiko entfallen ist, oder verbraucht, wenn die Forderung als uneinbringlich eingestuft und ausgebucht wird. Bei der Ermittlung der Höhe der Wertberichtigungen gemäß § 253 HGB wurde im Berichtsjahr erstmals der diskontierte Bestand an erwarteten Rückflüssen herangezogen um eine Angleichung an internationale Rechnungslegungsstandards zu erreichen.

Für Ausleihungen in Ländern mit akutem Transferrisiko oder Bürgschaftsverpflichtungen mit vergleichbarem Risiko bilden wir pauschalierte Einzelwertberichtigungen oder Rückstellungen. In die Länderwertberichtigung beziehen wir neben umgeschuldeten Krediten weitere Finanzkredite (Laufzeiten über ein Jahr) ein. Uns zustehende, werthaltige Sicherheiten vermindern dabei unser Ausfallrisiko. Der Kreis der Länder mit akutem Transferrisiko und die Höhe des entsprechenden Wertberichtigungssatzes wird der jeweiligen aktuellen Risikosituation angepasst.

Latenten Kreditrisiken tragen wir durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen Rechnung. Bei der Bewertung der inländischen latenten Kreditrisiken wenden wir die Grundsätze der deutschen Finanzverwaltung zur steuerlichen Anerkennung von Pauschalwertberichtigungen bei Kreditinstituten an.

Wie die übrigen Forderungen setzen wir auch die Hypothekendarlehen mit ihrem Nennbetrag an. Unterschiede zwischen Nenn- und Auszahlungsbeträgen werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig erfolgswirksam aufgelöst.

Wertpapiere sind in den Bilanzpositionen Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 5) sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Aktivposten 6) ausgewiesen. Die gesamten Wertpapiere haben wir nach definierten Kriterien wie Haltedauer und Geschäftszweck dem Handels-, Anlage- oder Liquiditätsvorsorgebestand (Wertpapiere, die weder Teil des Handelsbestandes sind noch wie Anlagevermögen behandelt werden) zugeordnet. Der Gesamtbestand der Bank besteht zum Bilanzstichtag zu 88,6% aus Handelsbeständen, zu 11,2% aus Wertpapieren der Liquiditätsvorsorge und zu 0,2% aus Wertpapieren, die wie Anlagevermögen behandelt wurden.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere bewerten wir nach den Vorschriften des § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB, nach denen Abschreibungen nur bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung vorzunehmen sind. Dagegen werden Liquiditätsvorsorgebestände grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip des § 253 Abs. 3 Satz 1 HGB bewertet. Liquiditätsvorsorgebestände, die in Portfolios strukturiert sind, behandeln wir nach den Grundsätzen der Bewertung von Bewertungseinheiten. Für gleiche Risikoarten bilden wir dazu ex ante definierte, strengen Voraussetzungen unterliegende

und dokumentierte Bewertungseinheiten aus bilanzwirksamen Grundgeschäften (zum Beispiel festverzinsliche Wertpapiere) und dazugehörigen Hedgeinstrumenten (zum Beispiel Interest Rate Swaps). Innerhalb der einzelnen Bewertungseinheit verrechnen wir positive und negative Bewertungsergebnisse der einzeln bewerteten Finanzinstrumente. Ein sich insgesamt ergebender Bewertungsgewinn wird bei der Ergebnisermittlung grundsätzlich nicht berücksichtigt, für einen Verlustsaldo bilden wir Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften.

Handelsbestände fassen wir für Zwecke der Rechnungslegung mit Handelskontrakten zu Portfolien zusammen und bewerten diese Portfolien nach einem modifizierten Mark-to-Market-Verfahren. Die zusammengefassten Handelsbestände und -kontrakte werden zu Marktpreisen bewertet und – im Falle eines positiven Bewertungsüberhangs – um das mit mathematischen Verfahren berechnete Verlustpotenzial des Portfolios (Value-at-Risk-Abschlag auf Basis einer Haltedauer von 10 Tagen) gekürzt, sodass keine unrealisierten Gewinne aus offenen Positionen in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließen. Dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip wird dadurch Rechnung getragen, dass dieses Verfahren auf die aktiv gemanagten und liquiden Portfolien des Handelsbuches beschränkt ist und dass der Value-at-Risk-Abschlag zukünftige Unsicherheiten berücksichtigt. Es handelt sich dabei nicht um Unsicherheiten bei der Ermittlung der angesetzten Zeitwerte. Durch Berücksichtigung des Value-at-Risk-Abschlages wird ein Wert angesetzt, der die Bank gegen potenzielle Verlustpositionen schützt, die in einem definierten Zeitraum zwingend glattgestellt oder terminiert werden müssen.

Die Bewertungsergebnisse für Wertpapiere und Derivate werden entweder auf Basis von externen Kursquellen (zum Beispiel Börsenkurse oder andere Kurslieferanten wie Reuters) oder auf Basis von Marktwerten aus internen Bewertungsmodellen (Mark-to-Modell) berechnet. Für Wertpapiere werden überwiegend Kurse von externen Kursquellen für die Ermittlung des Bewertungsergebnisses verwendet.

Derivate werden zum größten Teil auf Basis von Bewertungsmodellen bewertet. Die Parameter für unsere internen Bewertungsmodelle (zum Beispiel Zinskurven, Volatilitäten, Spreads) werden aus externen Quellen entnommen und durch das Risikocontrolling auf ihre Plausibilität und Korrektheit hin geprüft.

Zur Berücksichtigung aller Risiken bei der Bewertung wird ein so genannter »Fair-Value-Abschlag« bei bestimmten Finanzinstrumenten vorgenommen. Dieser »Fair-Value-Abschlag« berücksichtigt die folgenden drei Einflussgrößen:

- Close-Out-Costs: Marktwer tabschlag für Kosten, die bei der Liquidierung von Positionen im täglichen Geschäftsverlauf entstehen können.
- Less Liquid Positions: Marktwer tabschlag für Produkte in weniger liquiden Märkten, da hier im Falle einer Liquidation der Position der aktuelle Marktwert gegebenenfalls nicht erzielt werden kann.
- Model Risks: Marktwer tabschlag für die Unsicherheit von Bewertungsparametern und Bewertungsannahmen des verwendeten Bewertungsmodells.

Hierdurch verbessern wir die Qualität unserer Marktwerte, die aus externen Quellen und aus unseren Bewertungsmodellen stammen. Der Fair-Value-Abschlag trägt den oben genannten Einflussfaktoren auf alle Marktwerte Rechnung. Durch die Berücksichtigung dieser Einflussfaktoren wird die mittels Bewertungsmodellen ermittelte Marktbewertung an die tatsächlich erwarteten Erlöse angepasst.

Ausführliche Angaben zu unseren bilanzunwirksamen Finanzkontrakten mit detaillierten Aufgliederungen des Nominalvolumens und der Kontrahentenstruktur haben wir in den Risikobericht aufgenommen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen (Aktivposten 7 und 8) werden zu Anschaffungskosten oder – bei dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag angesetzt.

Gewinne und Verluste bei Personengesellschaften sowie Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften erfassen wir bei Mehrheitsbeteiligungen grundsätzlich periodengleich im Jahr des Entstehens.

Beim Ausweis der Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren (E.7) sowie der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf diese Finanzanlagen (A.8) wenden wir das Wahlrecht des § 340 c Abs. 2 Satz 2 HGB an. Wir kompensieren die entsprechenden Aufwendungen und Erträge, die auch Erfolge aus der Veräußerung von Finanzanlagen enthalten.

Unter immaterielle Anlagewerte (Aktivposten 10) weisen wir Software aus. Software bewerten wir zu Anschaffungskosten, die wir über eine erwartete Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren planmäßig abschreiben.

Unser Sachanlagevermögen (Aktivposten 11) bewerten wir zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die wir – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der erwarteten Nutzungsdauer mindern. Dabei lehnen wir uns eng an die Abschreibungsvorschriften des § 7 EStG in Verbindung mit den amtlichen Abschreibungstabellen für Mobilien an. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Zu- und Abgang gezeigt. Zugänge bei Vermögensgegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung schreiben wir im Jahr der Anschaffung zeitanteilig ab.

Verbindlichkeiten (Passivposten 1 bis 3 sowie 8 und 9) passivieren wir mit ihrem Rückzahlungsbetrag; eine Differenz zum Ausgabebetrag wird als Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und planmäßig aufgelöst. Verbindlichkeiten ohne laufende Zinszahlungen werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Rückstellungen für Steuern, ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften (Passivposten 7) bemessen wir entsprechend den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Zahlungsverpflichtung. Der Ansatz erfolgt zum Nominalwert, soweit nicht die bilanzrechtlichen Vorschriften eine Abzinsung erfordern. Pensionsrückstellungen haben wir nach versicherungsmathematischen Grundsätzen (Rechnungszinsfuß 6%) mit dem Teilwert nach § 6 a EStG in Verbindung mit R 6 a EStR in steuerlich maximal zulässiger Höhe gebildet. Wertguthaben der Mitarbeiter für Altersteilzeit wurden nach § 8 a Altersteilzeitgesetz durch Einbringung oder Verpfändung von Wertpapieren an den Treuhänder gesichert.

Ergebnisunterschiede zwischen Handelsbilanz und Steuerbilanz, die sich im Zeitablauf voraussichtlich wieder ausgleichen (so genannte Timing Differences), werden in Nebenrechnungen erfasst. Aktivische und passivische latente Steuern werden saldiert. Ein verbleibender aktivischer Saldo wird gemäß § 274 Abs. 2 HGB nicht angesetzt.

Unser Jahresergebnis ist durch steuerlich bedingte Mehrabschreibungen bzw. unterlassene Zuschreibungen nicht beeinflusst worden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den in § 340 h HGB vorgegebenen Grundsätzen. Daneben beachten wir die zur Währungsumrechnung für Kreditinstitute vom Bankenfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer erlassene Stellungnahme 3/1995. Danach werden auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte grundsätzlich mit marktgerechten Kursen am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. Wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände ohne besondere Deckung werden demgegenüber mit ihrem Anschaffungskurs angesetzt. Nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag bewertet.

Erfolge, die sich aus der Währungsumrechnung bilanzwirksamer Positionen sowie aus der Bewertung von Terminkontrakten zum Jahresultimo ergeben, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Darin enthaltene Umrechnungsgewinne aus sich im Zahlungsverkehr ergebenden offenen Positionen werden zeitnah realisiert. Signifikante Erfolgsverschiebungen ergeben sich dabei nicht. Bei vorhandenen strategischen Währungspositionen bilden wir für negative Bewertungsergebnisse Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Nicht realisierte positive Bewertungsergebnisse bleiben dagegen außer Ansatz.

Angaben zur Bilanz

Laufzeitgliederung bestimmter Aktivposten

		in Mio €	
		2007	2006
A 3 b)	Andere Forderungen an Kreditinstitute		
	mit Restlaufzeit bis 3 Monate	41 979	30 339
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	13 576	1 906
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4 571	4 792
	mehr als 5 Jahre	2 786	2 850
A 4)	Forderungen an Kunden		
	mit Restlaufzeit bis 3 Monate	14 986	12 433
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	9 932	9 699
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	34 845	30 250
	mehr als 5 Jahre	72 986	84 139
	mit unbestimmter Laufzeit	15 509	14 007
A 5)	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere im Folgejahr fällig werdende Beträge	20 484	6 369

Laufzeitgliederung bestimmter Passivposten

		in Mio €	
		2007	2006
P 1 b)	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
	mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
	mit Restlaufzeit bis 3 Monate	71 993	48 327
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	7 912	5 432
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	8 883	11 825
	mehr als 5 Jahre	7 298	7 037
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
P 2 ab)	Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten		
	mit Restlaufzeit bis 3 Monate	5	6
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	36	44
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	39	102
	mehr als 5 Jahre	49	—
P 2 b)	Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe,		
P 2 c)	begebene öffentliche Namenspfandbriefe,		
P 2 db)	andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
	mit Restlaufzeit bis 3 Monate	47 184	26 345
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	5 265	3 192
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	8 892	8 242
	mehr als 5 Jahre	13 798	14 897
	Verbriefte Verbindlichkeiten		
P 3 a)	Begebene Schuldverschreibungen im Folgejahr fällig werdende Beträge	28 154	23 876
P 3 b)	Andere verbiefte Verbindlichkeiten		
	mit Restlaufzeit bis 3 Monate	3	3
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	—	—
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	—	—
	mehr als 5 Jahre	—	—

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und zu Beteiligungsunternehmen

	in Mio €			
	AN / GEGENÜBER VERBUNDENE(N) UNTERNEHMEN	AN / GEGENÜBER VERBUNDENE(N) UNTERNEHMEN	AN / GEGENÜBER UNTERNEHMEN MIT BETEILIGUNGS- VERHÄLTNIS	AN / GEGENÜBER UNTERNEHMEN MIT BETEILIGUNGS- VERHÄLTNIS
	2007	2006	2007	2006
Forderungen an Kreditinstitute	25 535	16 631	964	116
Forderungen an Kunden	2 862	3 106	3 006	1 404
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2 149	909	1 477	205
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30 915	24 682	136	155
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4 672	4 889	4 661	3 266
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 091	2 959	—	70
Nachrangige Verbindlichkeiten	1 589	1 642	—	—

Treuhandgeschäfte

Die Gesamtbeträge des Treuhandvermögens und der Treuhandverbindlichkeiten gliedern sich in folgende Aktiv- und Passivposten:

	in Mio €	
	2007	2006
Forderungen an Kreditinstitute	85	247
Forderungen an Kunden	165	212
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	—	—
Beteiligungen	—	—
Sonstige Vermögensgegenstände	—	—
Treuhandvermögen	250	459
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7	8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	243	52
Verbriefte Verbindlichkeiten	—	399
Treuhandverbindlichkeiten	250	459

Vermögensgegenstände und Schulden in Fremdwährung

Unser Fremdwährungsvolumen besteht zu 58,8% aus USD, zu 16,1% aus GBP und zu 9,8% aus JPY.

	in Mio €	
	2007	2006
Vermögensgegenstände	63 772	55 067
Schulden	49 874	48 015

Dargestellt sind die Euro-Gegenwerte aller Währungen. Betragliche Unterschiede zwischen Vermögensgegenständen und Schulden sind in der Regel durch außerbilanzielle Geschäfte ausgeglichen.

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in folgenden Aktivposten enthalten:

	in Mio €	
	2007	2006
Forderungen an Kreditinstitute	1 521	1 678
Forderungen an Kunden	649	444
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3 041	2 472
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83	89
darunter: eigene Genussscheine		
aus Marktpflegebeständen	17	2

Wertpapiere und Finanzanlagen

Die in den entsprechenden Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere teilen sich nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt auf:

	in Mio €					
	BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE 2007	BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERE 2006	DAVON: BÖRSENNOTIERT 2007	DAVON: BÖRSENNOTIERT 2006	DAVON: NICHT BÖRSENNOTIERT 2007	DAVON: NICHT BÖRSENNOTIERT 2006
Schuldverschreibungen und andere						
festverzinsliche Wertpapiere	94611	66313	69060	52150	25551	14163
Aktien und andere						
nicht festverzinsliche Wertpapiere	25340	19756	24013	19099	1327	657
Beteiligungen	132	548	132	547	—	1
Anteile an verbundenen Unternehmen	262	6892	262	6892	—	—

Die gesamten Handelsbestände werden nach einem modifizierten Mark-to-Market-Verfahren bewertet (siehe auch Abschnitt Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden).

Für Risiken in den Modellannahmen wurde ein Fair-Value-Abschlag (siehe auch Abschnitt Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweismethoden) erfolgswirksam angesetzt. Dieser wurde, für Bestände im Handelsbuch, im Nettoertrag aus Finanzgeschäften bzw. für die sonstigen Wertpapier- und Derivatebestände in der Position Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft berücksichtigt.

Die wie Anlagevermögen behandelten Wertpapiere enthalten Finanzinstrumente, die über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen werden. Der Buchwert dieser Wertpapiere beträgt 168 Mio €, der beizulegende Zeitwert 166 Mio €. Auf Grund der Entwicklung der Zins- und Bonitätsrisiken gehen wir bei diesen Wertpapieren nicht von einer dauerhaften Wertminderung aus.

Eigene Aktien

Am 31. Dezember 2007 hatten weder die HVB AG noch von ihr abhängige oder in Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen wesentliche Bestände an Aktien (eigene Aktien) oder anderen Eigenkapitalinstrumenten der HVB AG im Bestand.

Der Erwerb eigener Aktien erfolgte für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis 27. Juni 2007 auf Grundlage der durch den Hauptversammlungsbeschluss der HVB AG vom 23. Mai 2006 sowie für den Zeitraum 28. Juni 2007 bis 31. Dezember 2007 auf Grundlage der durch den Hauptversammlungsbeschluss der HVB AG vom 27. Juni 2007 erteilten Ermächtigung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG.

Im Rahmen des Wertpapierhandelsgeschäfts haben die HVB AG und von ihr abhängige oder in ihrem Mehrheitsbesitz stehende Unternehmen zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG 1 199 342 Aktien der HVB AG zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 1 223 602 Aktien der HVB AG zu den jeweiligen Tageskursen veräußert.

Die eigenen Aktien wurden zu einem durchschnittlichen Ankaufspreis von 38,99 € je Stück erworben und zu einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 38,84 € je Stück wieder veräußert. Die im Berichtszeitraum gekauften Stücke entsprechen einem Betrag von 4 Mio € bzw. 0,16% des Grundkapitals.

Der höchste Tagesbestand an eigenen Aktien belief sich während des Berichtszeitraumes auf 23 858 Aktien, das entspricht einem Betrag von 0,1 Mio € bzw. 0,03% des Grundkapitals.

Am 31. Dezember 2007 waren uns und von uns abhängigen oder in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Unternehmen gemäß § 71e Abs. 1 Satz 2 AktG insgesamt 208 132 eigene Aktien als Sicherheit verpfändet. Dies entspricht einem Betrag von 0,6 Mio € bzw. einem Anteil von 0,03% des Grundkapitals.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio €				
	ANSCHAFFUNGS-/ HERSTELLUNGSKOSTEN 1	ZUGÄNGE GESCHÄFTSJAHR 2	ABGÄNGE GESCHÄFTSJAHR 3	UMBUCHUNGEN GESCHÄFTSJAHR ² 4
Immaterielle Anlagewerte	596	107	21	- 2
davon: Geschäfts- oder Firmenwert	—	—	—	—
Software	596	107	21	- 2
Sachanlagen	660	30	34	- 4
davon: im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte				
Grundstücke und Gebäude	292	—	—	—
Betriebs- und Geschäftsausstattung	368	30	34	- 4
Andere Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	23	—	—	—
	ANSCHAFFUNGS- KOSTEN			VERÄNDERUNGEN +/-¹
Beteiligungen	1 398			- 417
Anteile an verbundenen Unternehmen	3 549			- 461
Wertpapiere des Anlagevermögens	996			- 723

1 Von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV wurde Gebrauch gemacht.

2 In der Spalte Umbuchungen Geschäftsjahr zeigen wir Wertveränderungen aus der Währungsumrechnung.

Immaterielle Anlagewerte

System- und Anwendungssoftware weisen wir gemäß IDW RS HFA 11 unter immaterielle Anlagewerte aus.

Auf nicht genutzte Software-Entwicklungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio €		
	2007	2006
Bezahlte Prämien für noch nicht fällige Optionsgeschäfte	7 665	5 780
Gewinnansprüche	575	600
Ansprüche auf Steuererstattungen	341	234
Variation Margin DTB	278	—
Kapitalanlagen bei Lebensversicherungsgesellschaften	187	204
Inkassopapiere wie Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine	153	185
Ausgleichsposten für gebundene Währungspositionen	145	321
Fusionsbedingte Zeitwertdifferenzen		
aus VuW AG-Portfolios	83	139
Kaufpreisforderungen	5	19
Bewertungsausgleichsposten aus Handelsbeständen	—	37
Gesellschaftsanteile zur Weiterveräußerung	—	1

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft enthält:

in Mio €		
	2007	2006
Disagio aus Verbindlichkeiten	206	289
Agio aus Forderungen	—	4

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Für nachstehende Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände in Höhe von insgesamt 38 889 Mio € als Sicherheit übertragen.

in Mio €		
	2007	2006
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30 171	28 796
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8 718	5 520
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche		
Verpflichtungen	1 508	1 475

Die eigenen Verbindlichkeiten, für die wir Sicherheiten stellen, betreffen unter anderem Sonderkreditmittel der KfW und ähnlicher Institute, die wir zu deren Bedingungen weitergegeben haben.

in Mio €

ZUSCHREIBUNGEN GESCHÄFTSJAHR 5	ABSCHREIBUNGEN KUMULIERT 6	PLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN GESCHÄFTSJAHR 7	AUSSERPLANMÄSSIGE ABSCHREIBUNGEN GESCHÄFTSJAHR 8	RESTBUCHWERT 31.12.2007 9	RESTBUCHWERT 31.12.2006 10
—	389	71	12	291	290
—	—	—	—	—	—
—	389	71	12	291	290
—	283	5	1	369	383
—	51	9	—	241	250
—	232	– 4	1	128	133
—	—	—	—	23	23
				RESTBUCHWERT 31.12.2007	RESTBUCHWERT 31.12.2006
				981	1258
				3088	10728
				273	996

Als Pensionsgeber echter Pensionsgeschäfte haben wir Vermögensgegenstände mit einem Buchwert von 28 863 Mio € verpensioniert. Die Vermögensgegenstände sind weiterhin Bestandteil unserer Aktiva, die erhaltenen Gegenwerte weisen wir unter den Verbindlichkeiten aus. Es handelt sich überwiegend um Offenmarktgeschäfte mit der Deutschen Bundesbank und Geschäfte an internationalen Geldmärkten.

Im Rahmen eines Contractual Trust Arrangement (CTA) haben wir Vermögenswerte und Sicherheiten an den Treuhänder zur Absicherung von Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen gegeben. Gemäß § 8a AltTZG müssen Wertguthaben, die das Dreifache des Regelarbeitsentgelts einschließlich des darauf entfallenen Arbeitgeberanteils am Gesamtsozialversicherungsbeitrag übersteigen, durch den Arbeitgeber gegen das Risiko der Zahlungsunfähigkeit abgesichert werden. Bilanzielle Rückstellungen sowie zwischen Konzernunternehmen begründete Einstandspflichten gelten nicht als geeignete Sicherungsmittel.

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Posten enthalten:

	in Mio €	
	2007	2006
Verbindlichkeiten aus Wertpapier-Short-Positionen	16 595	10 154
Erhaltene Prämien für noch nicht fällige		
Optionsgeschäfte	10 682	8 129
Verpflichtungen aus Schuldübernahmen	1 453	1 513
Bewertungsausgleichsposten aus Handelsbeständen	208	242
Abzuführende Steuern	193	151
Verbindlichkeiten aus Zuschüssen an und Verlustübernahmen von Tochtergesellschaften	67	230
Fusionsbedingte Zeitwertdifferenzen		
aus VuW AG-Portfolios	56	94
Noch nicht fällige Zinsen auf Genussrechtskapital	41	41
Ausgleichsposten für Swapgeschäfte und gebundene Währungspositionen	—	105

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Disagien aus zum Nennwert bilanzierten Forderungen betragen 104 Mio €.

Angaben zur Bilanz (FORTSETZUNG)

Rückstellungen

In der Position andere Rückstellungen sind die nachfolgend aufgeführten Posten enthalten:

	in Mio €	
	2007	2006
Rückstellungen im Kreditgeschäft	289	248
Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	202	177
Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	1 277	1 163
darunter:		
Prämienzahlungen für Sparverträge	21	22
Jubiläumzahlungen	78	79
Zahlungen für Vorruhestand, Altersteilzeit u. Ä.	41	59
Zahlungen an Mitarbeiter	428	424
Rückstellungen für Restrukturierung	110	235
Andere Rückstellungen insgesamt	1 878	1 823

Nachrangige Verbindlichkeiten

In dieser Position sind anteilige Zinsen in Höhe von 172 Mio € enthalten. Im Jahr 2007 sind Zinsaufwendungen von 476 Mio € angefallen.

Bei allen nachrangigen Verbindlichkeiten kann eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung nicht entstehen. Im Falle der Insolvenz oder der Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Bei bankaufsichtsrechtlichen Eigenmitteln werden diese nachrangigen Verbindlichkeiten als Ergänzungskapital oder Drittrangmittel angerechnet.

Im Gesamtbetrag ist kein Einzelposten enthalten, der 10% der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigt.

Genussschaftskapital

Das begebene Genussschaftskapital setzt sich aus den folgenden Emissionen zusammen:

EMITTENT	WKN	EMISSIONS-JAHR	ART	NOMINAL-BETRAG	ZINSSATZ	FÄLLIGKEIT
1 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	802180	1997	Inhaber-Genussscheine	409	6,75	2007
2 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	788119	2001	Inhaber-Genussscheine	100	6,30	2011
3 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLA	2004	Inhaber-Genussscheine	10	6,78	2010
4 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLB	2004	Inhaber-Genussscheine	10	6,90	2011
5 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLL	2004	Inhaber-Genussscheine	10	7,08	2010
6 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLP	2004	Inhaber-Genussscheine	10	7,20	2010
7 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLQ	2004	Inhaber-Genussscheine	10	7,20	2010
8 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLC	2004	Inhaber-Genussscheine	8	6,90	2011
9 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLD	2004	Inhaber-Genussscheine	6	6,90	2011
10 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLF	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,90	2011
11 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLG	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,90	2011
12 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLH	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,93	2011
13 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLJ	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,93	2011
14 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLK	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,98	2011
15 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLM	2004	Inhaber-Genussscheine	5	7,08	2010
16 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLN	2004	Inhaber-Genussscheine	5	7,08	2010
17 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLR	2004	Inhaber-Genussscheine	5	6,93	2011
18 Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG	HVOCLE	2004	Inhaber-Genussscheine	1	6,90	2011

Die Genussscheine verbriefen Gläubigerrechte, sie gewähren keinen Anteil am Liquidationserlös.

Die jeweiligen Genussscheine gewähren eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung; die Ausschüttungen auf die Genussscheine sind dadurch begrenzt, dass durch sie kein Bilanzverlust entstehen darf. Im Falle einer Verminderung der Ausschüttung ist der fehlende Betrag – soweit dadurch kein Bilanzverlust entsteht – in den folgenden Geschäftsjahren nachzuzahlen; ein Nachzahlungsanspruch besteht jedoch nur während der Laufzeit der Genussscheine. Die Rückzahlung der Genussscheine erfolgt zum Nennbetrag; im Falle eines Bilanzverlustes oder bei Herabsetzung

des Grundkapitals zur Deckung von Verlusten vermindert sich der Rückzahlungsanspruch anteilig. Werden nach einer Teilnahme der Genussscheine am Verlust in den folgenden Geschäftsjahren Gewinne erzielt, so sind aus diesen – nach Wiederauffüllung der gesetzlichen Rücklagen – die Rückzahlungsansprüche der Genussscheine zu erhöhen, bevor eine andere Gewinnverwendung vorgenommen wird; diese Verpflichtung besteht nur während der Laufzeit der Genussscheine.

Die Genussscheine Nr. 2 bis Nr. 18 stellen für die Bank Eigenmittel im Sinne von § 10 Abs. 5 KWG dar.

Eigenkapital

Entwicklung des bilanziellen Eigenkapitals

in Mio €	
Gezeichnetes Kapital	
Stand 1. 1. 2007	2252
Zugang aus Kapitalerhöhung wegen der Übernahme des Investment- bankinggeschäfts der UniCredit Banca Mobiliare S.p.A.	155
Stand 31. 12. 2007	2407
Kapitalrücklage	
Stand 1. 1. 2007	8886
Zugang aus Kapitalerhöhung wegen der Übernahme des Investment- bankinggeschäfts der UniCredit Banca Mobiliare S.p.A.	905
Stand 31. 12. 2007	9791
Gewinnrücklagen	
Gesetzliche Rücklage	
Stand 1. 1. 2007	—
Stand 31. 12. 2007	—
Rücklage für eigene Anteile	
Stand 1. 1. 2007	1
Auflösung der Rücklagen für eigene Anteile	-1
Stand 31. 12. 2007	—
Andere Gewinnrücklagen	
Stand 1. 1. 2007	1421
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2006	321
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2007	4073
Stand 31. 12. 2007	5815
Bilanzgewinn	
Stand 1. 1. 2007	622
Ausschüttung der HVB AG in 2007	-301
Jahresüberschuss	8146
Auflösung der Rücklagen für eigene Anteile	1
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in die anderen Gewinnrücklagen 2006	-321
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in die anderen Gewinnrücklagen 2007	-4073
Stand 31. 12. 2007	4074
Eigenkapital Stand 31. 12. 2007	22087

Genehmigtes Kapital

BESCHLUSSJAHR	BEFRISTUNG	URSPRÜNGLICHER BETRAG in Mio €	STAND 31. 12. 2007 in Mio €
2004	29. 4. 2009	990	835

Der von der Hauptversammlung vom 29. April 2004 verabschiedete Beschluss zur Auflösung der verbliebenen 137 Mio € bei zeitgleicher Neugenehmigung von 990 Mio € wurde am 18. Dezember 2006 in das Handelsregister eingetragen.

Die Kapitalerhöhung wegen der Übernahme des Investmentbankinggeschäfts der UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. durch Ausgabe von 51 684 532 neuen, auf den Inhaber lautende Stammaktien (dies entspricht 155 Mio €) erfolgte unter teilweiser Ausnutzung des genehmigten Kapitals.

Bedingtes Kapital

BESCHLUSSJAHR	BEFRISTUNG	URSPRÜNGLICHER BETRAG in Mio €	STAND 31. 12. 2007 in Mio €
2003	14. 5. 2008	375	375

Anteile am Grundkapital der HVB AG über 5%

		in %	
		2007	2006
UniCredito Italiano S.p.A.		95,5	93,9 ¹
davon indirekt: UniCredit Banca Mobiliare S.p.A.		6,4	—

¹ Gemäß WpHG – Meldung vom 22. November 2005

Die Hauptversammlung vom 26./27. Juni 2007 hat beschlossen, die Aktien der Minderheitsaktionäre auf die UniCredito Italiano S.p.A. gegen Gewährung einer angemessenen Barabfindung zu übertragen (Squeeze-out). Gegen diesen Beschluss wurden verschiedene Anfechtungsklagen eingereicht.

Die HVB AG ist gemäß § 271 Abs. 2 HGB ein mit der UniCredito Italiano S.p.A., Rom (UniCredit) verbundenes Unternehmen und wird in den Konzernabschluss der UniCredit einbezogen. Dieser ist beim Handelsregister (Trade and Companies Register) in Rom (Italien) erhältlich.

Anteilsbesitzliste gemäß § 285 Nr. 11 und 11 a HGB

Wir haben von der Regelung des § 287 HGB Gebrauch gemacht. Die gesonderte, vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes als Bestandteil des Anhangs wird als Bestandteil dieses Abschlusses über den Betreiber des elektronischen Bundesanzeigers gemäß § 325 Abs. 2 HGB veröffentlicht und ist über die Internetseite des Unternehmensregisters laut § 8b Abs. 2 HGB zugänglich. Außerdem kann sie unter unserer Internetadresse www.hvb.com/geschaeftsbericht abgerufen werden.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Eine Gewinn- und Verlustrechnung in Staffelform haben wir in den Lagebericht aufgenommen.

Dienstleistungsgeschäfte gegenüber Dritten

Wesentliche Dienstleistungen gegenüber Dritten erbrachten wir in der Depot- und Vermögensverwaltung sowie in der Vermittlung von Versicherungen, Bausparverträgen und Fondsanteilen.

Geographische Aufteilung der Erträge

Die

- Zinserträge,
 - laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen,
 - Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen,
 - Provisionserträge,
 - sonstigen betrieblichen Erträge sowie
 - das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften
- verteilen sich regional wie folgt:

	in Mio €	
	2007	2006
Deutschland	13885	12808
Übriges Europa	3760	1604
Amerika	674	635
Asien	408	452

Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten unter anderem

- Zuführungen zu diversen Rückstellungen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft betreffen (67 Mio €),
- Zuschüsse an Tochterunternehmen,
- Schadensersatz- und Kulanzzahlungen sowie
- Aufwendungen für die Betriebsgemeinschaft und das Personal.

Außerdem sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft (100 Mio €) sowie weiterberechnete Personal- und Sachkosten enthalten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Von den Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen 240 Mio € auf die gewöhnliche Geschäftstätigkeit sowie 103 Mio € auf Unternehmensverkäufe.

Jahresüberschuss

Die HVB AG erzielte 2007 einen Jahresüberschuss in Höhe von 8146 Mio €. Die in 2005 gebildete Rücklage für eigene Aktien wurde vollständig (1 Mio €) aufgelöst. Die Verwendung des Jahresüberschusses haben wir mit 4073 Mio € für die Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen vorgesehen. Der Hauptversammlung im (Termin steht noch nicht fest) 2008 schlagen wir vor zu beschließen aus dem verbleibenden Bilanzgewinn (4074 Mio €) eine Dividende in Höhe von 402 Mio € auszuschütten sowie eine weitere Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 3672 Mio € vorzunehmen. Die Ausschüttung beläuft sich auf 0,50 € je Stammaktie und je Vorzugsaktie (401 Mio €) sowie einem Vorausgewinnanteil von 0,064 € je Vorzugsaktie (1 Mio €).

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen von 36624 Mio € setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

	in Mio €	
	2007	2006
Kreditbürgschaften	13829	10900
Erfüllungsgarantien und Gewährleistungen	21591	16781
Außenhandelsbezogene Bürgschaften (Akkreditive)	1204	2733

Die unwiderruflichen Kreditzusagen in Höhe von 39271 Mio € beziehen sich im Einzelnen auf:

	in Mio €	
	2007	2006
Buchkredite	34938	34644
Hypotheken- und Kommunaldarlehen	1149	1161
Avalkredite	3133	2600
Wechselkredite	51	70

Sonstige finanzielle Verpflichtungen entstehen insbesondere im Immobilien- und IT-Bereich. Sie belaufen sich auf 328 Mio €. Ein wesentlicher Teilbereich davon entfällt auf Verträge mit Tochtergesellschaften. Die Vertragslaufzeiten sind marktüblich, Belastungsverschiebungen in künftige Geschäftsjahre erfolgten nicht.

Zum Bilanzstichtag haben wir Wertpapiere im Wert von 10684 Mio € als Sicherheit für Geschäfte an der Terminbörse Eurex Frankfurt AG, Frankfurt am Main sowie gegenüber Clearingstellen (Clearstream Banking S.A., Luxemburg und Clearstream Banking AG, Frankfurt am Main) verpfändet.

Im Rahmen der Grundstücksfinanzierung und -entwicklung wurden von Fall zu Fall zur Förderung der Vermarktbarkeit von Fondskonstruktionen – insbesondere so genannte Leasingfonds und (geschlossene) KG-Immobilienfonds der Tochtergesellschaft H.F.S. Hypo-Fondsbeteiligungen für Sachwerte GmbH – Mieteintrittsverpflichtun-

gen oder Mietgarantien übernommen. Erkennbare Risiken aus diesen Garantien sind in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt worden. Zu Gunsten von Anteilshabern von Renten-/Geldmarktfonds einiger unserer Kapitalanlagegesellschaften haben wir Leistungsgarantien abgegeben.

Einzahlungsverpflichtungen auf nicht voll eingezahlte Aktien und Anteile beliefen sich Ende 2007 auf 724 Mio €, die Haftsummen für Genossenschaftsanteile auf 1 Mio €. Nachhaftungen gemäß §22 Abs. 3 und 24 GmbHG bestanden bei 2 Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Höhe von 1 Mio €.

Gemäß §26 GmbHG bestand bei der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, Ende 2007 eine anteilige Nachschusspflicht in Höhe von 57 Mio € und bei der CMP Fonds I GmbH in Höhe von 7 Mio €. Darüber hinaus haften wir für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörenden Gesellschafter gemäß §5 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages.

Zum Bilanzstichtag bestand eine unbeschränkte, persönliche Haftung aus dem Besitz von Anteilen an vier Personengesellschaften.

Gemäß §5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von in unserem Mehrheitsbesitz stehenden Kreditinstituten anfallen würden. Eine analoge Erklärung haben wir gemäß §3 Abs. 1 des Statuts des Einlagensicherungsfonds für die Bank-Bausparkassen für unsere Bausparkassentochter abgegeben.

Honorar des Abschlussprüfers

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, setzt sich im Einzelnen wie folgt zusammen:

	in Mio €	
	2007	2006
Honorar für		
die Abschlussprüfung	7	7
sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	—	1
Steuerberatungsleistungen	—	—
sonstige Leistungen	2	3

Patronatserklärungen

Die HVB AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, bis zu der Höhe ihrer jeweiligen Anteilsbesitzquote dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen können:

1. Kreditinstitute in Deutschland
Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen
DAB Bank AG, München ¹
Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München
2. Kreditinstitute in übrigen Regionen
HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg
HVB Singapore Limited, Singapur
3. Finanzunternehmen
Beteiligungs- und Handelsgesellschaft in Hamburg mit beschränkter Haftung, Hamburg
HVB Alternative Financial Products AG, Wien
4. Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten
HypoVereinsFinance N.V., Amsterdam

¹ Die Gesellschaft gibt in ihrem Geschäftsbericht für ausgewählte Tochterunternehmen eine Patronatserklärung mit gleichem Wortlaut ab.

In dem Umfang, in dem sich unsere Anteilsbesitzquote an der jeweiligen Gesellschaft reduziert, reduziert sich auch unsere Verpflichtung aus der vorstehenden Patronatserklärung hinsichtlich solcher Verpflichtungen der entsprechenden Gesellschaft, die erst nach dem Absinken unserer Anteilsbesitzquote begründet werden.

Mitarbeiter

Der durchschnittliche Personalstand beträgt:

	2007	2006
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	19303	19487
davon: Vollzeitbeschäftigte	15162	15401
Teilzeitbeschäftigte	4141	4086
Auszubildende	1077	1151

Für Gesellschaften, die – wie zum Beispiel die Financial Markets Service Bank GmbH, München – im Geschäftsjahr 2007 ausgeschieden sind oder für Gesellschaften, die in einem früheren Geschäftsjahr aus der HVB Group ausgeschieden sind, zu deren Gunsten aber in früheren Geschäftsberichten der HVB AG Patronatserklärungen abgegeben wurden, wird seitens der HVB AG keine Patronatserklärung mehr abgegeben. Verbindlichkeiten dieser Gesellschaften, die nach dem Ausscheiden aus der HVB Group begründet wurden oder werden, werden von früher abgegebenen Patronatserklärungen nicht mehr erfasst.

Bankaufsichtsrechtliche Eigenmittel

Die Eigenmittel bestehen gemäß §10 Abs. 2 KWG aus dem haftenden Eigenkapital und den Drittrangmitteln und betragen 24 498 Mio €.

Das haftende Eigenkapital setzt sich aus dem Kern- und Ergänzungskapital zusammen und beträgt 24 498 Mio €. Dem Ergänzungskapital haben wir nicht realisierte Reserven nach §10 Abs. 2b Satz 1 Nr. 7 KWG in Höhe von 217 Mio € zugerechnet.

Derivative Finanzinstrumente

Ausführliche Angaben zu unseren derivativen Finanzinstrumenten mit detaillierten Aufgliederungen des Nominalvolumens, der Marktwerte und der Kontrahentenstruktur haben wir in den Risikobericht aufgenommen.

Sonstige Angaben (FORTSETZUNG)

Nach der Betriebszugehörigkeit ergibt sich folgendes Bild:

	MITARBEITERINNEN		MITARBEITER	2007	2006
	(OHNE AUSZUBILDENDE)			INSGESAMT	
Betriebszugehörigkeit					
25 Jahre und darüber	13,7	18,7		16,0	16,0
15 bis unter 25 Jahre	30,8	22,9		27,2	24,4
10 bis unter 15 Jahre	16,7	13,3		15,2	17,7
5 bis unter 10 Jahre	15,1	14,6		14,8	17,5
unter 5 Jahren	23,7	30,5		26,8	24,4

Organbezüge

	in Mio €	
	2007	2006
Mitglieder des Vorstands	13	10
Mitglieder des Aufsichtsrats	1	1
Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene	9	11

Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene bestanden per 31. Dezember 2007 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Teilwertes von 90 Mio € (2006: 92 Mio €).

Organkredite

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der Forderungen sowie der eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

	in Mio €	
	2007	2006
Mitglieder des Vorstands	5	5
Mitglieder des Aufsichtsrats	1	1

Organe

Aufsichtsrat

Alessandro Profumo
Vorsitzender

Peter König
Stellv. Vorsitzender

Dr. Lothar Meyer
Stellv. Vorsitzender

Aldo Bulgarelli

Beate Dura-Kempf

Sergio Ermotti

Paolo Fiorentino

Dario Frigerio

Klaus Grünewald

Günter Guderley

Friedrich Koch

Hanns-Peter Kreuser

Ranieri de Marchis

Roberto Nicastro

Vittorio Ogliengo

Panagiotis Sfeliniotis
seit 1. 7. 2007

**Prof. Dr. Dr. h. c.
Hans-Werner Sinn**

Maria-Magdalena Stadler

Ursula Titze

Jens-Uwe Wächter

Helmut Wunder

bis 30. 6. 2007

Vorstand

Willibald Cernko

Stefan Ermisch
seit 21. 3. 2007

Rolf Friedhofen

Heinz Laber

Dr. Stefan Schmittmann

Ronald Seilheimer

Matthias Sohler

Dr. Wolfgang Sprißler
Sprecher des Vorstands

Andrea Umberto Varese

Andreas Wölfer

Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate¹

Aufsichtsrat

NAME BERUF WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Alessandro Profumo Chief Executive Officer der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand, Vorsitzender		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien (Vorsitzender) ² , UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM), Mailand (Vorsitzender) ²
Peter König Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Haar-Salmdorf, stellv. Vorsitzender		BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G.
Dr. Lothar Meyer bis 31. 12. 2007 Vorsitzender des Vorstands der ERGO Versicherungsgruppe AG, Bergisch Gladbach, stellv. Vorsitzender	DKV Deutsche Krankenversicherung AG, Köln (Vorsitzender) ² , Hamburg-Mannheimer Sachversicherungs-AG, Hamburg (Vorsitzender) ² , Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Hamburg (Vorsitzender) ² , Victoria Krankenversicherung AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ² , Victoria Lebensversicherung AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ² , Victoria Versicherung AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ² ERGO International AG, Düsseldorf (Vorsitzender) ²	
Aldo Bulgarelli Rechtsanwalt, Verona		ARAG ASSICURAZIONI S.p.A., Verona (President of the Collegio Sindacale)
Beate Dura-Kempf Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Litzendorf		
Sergio Ermotti Head of Markets & Investment Banking, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Collina d'Oro		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , UniCredit Banca Mobiliare S.p.A. (UBM), Mailand ²
Paolo Fiorentino Head of Global Banking Services Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , Bank Pekao SA, Warschau (stv. Vorsitzender) ² i-Faber S.p.A., Mailand UniCredit Banca S.p.A., Bologna ² , UniCredit Global Information Service S.p.A., Mailand ² UniCredit Private Banking S.p.A., Turin ² , UniCredit Produzioni Accentrate S.p.A., Mailand (Vorsitzender) ² , UniCredit Real Estate S.p.A., Mailand ²

¹ Stand: 31.1. 2008

² Konzernmandat

Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate¹ (FORTSETZUNG)

Aufsichtsrat

NAME BERUF WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Dario Frigerio Head of Private Banking and Asset Management Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , Pioneer Global Asset Management S.p.A., Mailand ² , UniCredit Private Banking S.p.A., Turin ² , Pioneer Investment Management Ltd., Dublin ² , Pioneer Investment Management SGRp.A., Mailand ² , Pioneer Alternative Investment Management, Dublin ² , Pioneer Investment Management USA Inc., Boston ² , Capital Italia Luxembourg SICAV
Klaus Grünewald Fachbereichsleiter FB1, Landesbezirk Bayern der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Gröbenzell	Fiducia IT AG, Karlsruhe	
Günter Guderley Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Goldbach		
Friedrich Koch Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Kirchheim		
Hanns-Peter Kreuser Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, München		
Ranieri de Marchis Chief Financial Officer, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand		Koç Finansal Hizmetler AS, Istanbul ² , Yapi Kredi Bankasi AS, Istanbul ² , Bank BPH S.A., Warschau
Roberto Nicastro Head of Retail Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Mailand		Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ² , UniCredit Clarima Banca S.p.A., Mailand ² , CreditRas Assicurazioni S.p.A., Mailand ² , CreditRas Vita S.p.A., Mailand ² , UniCredit Banca S.p.A., Bologna ²
Vittorio Ogliengo Head of Corporate Division, Mitglied des Management Committee der UniCredito Italiano S.p.A., Parma		UniCredit Banca d'Impresa S.p.A., Verona ² UniCredit Global Leasing S.p.A., Mailand, Vorsitzender ² , Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien ²

¹ Stand: 31.1.2008

² Konzernmandat

Aufsichtsrat

NAME BERUF WOHNORT	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Panagiotis Sfeliniotis Mitarbeiter der HVB Direkt GmbH, München seit 1.7. 2007	HVB Direkt GmbH	
Prof. Dr. Dr. h. c. Hans-Werner Sinn Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Gauting	Thüga AG, München	
Maria-Magdalena Stadler Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Pullach		
Ursula Titze Mitarbeiterin der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Neusäß		
Jens-Uwe Wächter Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Himmelpforten		
Helmut Wunder Mitarbeiter der Bayerischen Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, Waischenfeld bis 30. 6. 2007		

Verzeichnis der Mitglieder der Organe sowie deren Mandate¹ (FORTSETZUNG)

Vorstand

NAME	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSRÄTEN VON INLÄNDISCHEN GESELLSCHAFTEN	MITGLIEDSCHAFTEN IN VERGLEICHBAREN IN- UND AUSLÄNDISCHEN KONTROLLGREMIIEN VON WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN
Willibald Cernko	HVB Direkt Gesellschaft für Direktservice und Direktvertrieb mbH, München (Vorsitzender) ² , PlanetHome AG, Unterföhring bei München (Vorsitzender) ² , Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München (Vorsitzender) ²	Wealth Management Capital Holding GmbH, München ² , Bank Austria Creditanstalt Versicherung AG, Wien (stellv. Vorsitzender), Bausparkasse Wüstenrot Aktiengesellschaft, Salzburg, Notartreuhandbank AG, Wien (stellv. Vorsitzender), Visa-Service Kreditkarten Aktiengesellschaft, Wien
Stefan Ermisch seit 21. 3. 2007		HVB Structured Invest S.A., Luxemburg (Vorsitzender) ² , CA IB International Markets Aktiengesellschaft, Wien
Rolf Friedhofen	Financial Markets Service Bank GmbH, München (stellv. Vorsitzender) ² , bis 31. 12. 2007, HVB Immobilien AG, München (Vorsitzender) ² , HVB Information Services GmbH, München (stellv. Vorsitzender) ²	HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH, München (stellv. Vorsitzender) ² , Wealth Management Capital Holding GmbH, München (stellv. Vorsitzender) ²
Heinz Laber	BodeHewitt Beteiligungs AG, Grünwald (Vorsitzender) ² , ESMT European School of Management and Technology GmbH, Berlin, Trenkwalder Personaldienste GmbH, München	BVV Versicherungsverein des Bankgewerbes a.G., Berlin, HVB Profil Gesellschaft für Personalmanagement mbH, München (Vorsitzender) ²
Dr. Stefan Schmittmann	Deutsche Schiffsbank AG, Bremen/Hamburg (stellv. Vorsitzender), Schaltbau Holding AG, München, Verlagsgruppe Weltbild GmbH, Augsburg	Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), München, i-Faber S.p.A., Mailand, HVB Investitionsbank GmbH, Hamburg ² , HVB Leasing GmbH, Hamburg ²
Ronald Seilheimer	HVB Capital Partners AG, München (Vorsitzender) ²	CA IB Corporate Finance Beratungs-Gesellschaft m.b.H., Wien, HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg ² , HVB Principal Equity GmbH, München (Vorsitzender) ²
Matthias Sohler	DAB Bank AG, München (stellv. Vorsitzender) ² , Financial Markets Service Bank GmbH, München (Vorsitzender) ² , bis 31. 12. 2007, HVB Immobilien AG, München (stellv. Vorsitzender) ² , HVB Information Services GmbH, München (Vorsitzender) ²	HVB Secur GmbH, München (Vorsitzender) ² , i-Faber S.p.A., Mailand, UniCredit Real Estate S.p.A., Mailand
Dr. Wolfgang Sprißler Sprecher	ThyssenKrupp Services AG, Düsseldorf	Bank Austria Creditanstalt Aktiengesellschaft, Wien, Dr. Robert Pfleger Chemische Fabrik GmbH, Bamberg (stellv. Vorsitzender), HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg (Präsident) ² ,
Andrea Umberto Varese	HVB Immobilien AG, München ²	Wealth Management Capital Holding GmbH, München ² , Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt/Main, Locat Croatia, Zagreb, Locat Russia (Russia), Moskau, Pekao Leasing (Poland), Warschau (President)
Andreas Wölfer	DAB Bank AG, München (Vorsitzender) ² , Bavaria Film GmbH, München, bis 31. 1. 2008, Bavaria Filmkunst GmbH, München, bis 31. 1. 2008	Wealth Management Capital Holding GmbH, München (Vorsitzender) ² , direktanlage.at AG, Salzburg, (Vorsitzender) ² , HVB Banque Luxembourg Société Anonyme, Luxemburg (stellv. Vorsitzender) ² , Unicredit (Suisse) Bank S.A., Lugano

¹ Stand: 31. 1. 2008

² Konzernmandat

Zusammenstellung der Mandate von Mitarbeitern

NAME	MANDATE IN ANDEREN GESETZLICH ZU BILDENDEN AUFSICHTSGREMIEN VON GROSSEN KAPITALGESELLSCHAFTEN
Alexander Boldyreff	Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen (Vorsitzender) ²
Carsten Dieck	HVB Leasing GmbH, Hamburg (stellv. Vorsitzender) ²
Lutz Diederichs	Köhler & Krenzer Fashion AG, Ehrenberg
Dr. Peter Ermann	Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen ² , Vereinsbank Victoria Bauspar Aktiengesellschaft, München ²
Henning Giesecke	Rothenberger AG, Kelkheim
Matthias Glückert	Oechsler AG, Ansbach
Klaus Greger	HVB Leasing GmbH, Hamburg ²
Raimund Meilner bis 31.12. 2007	Bankhaus Neelmeyer AG, Bremen ²
Dr. Reiner Meisinger	HVB Leasing GmbH, Hamburg ²
Dr. Guido Schacht	AVAG Holding AG, Augsburg
Werner Schmidt	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main

¹ Stand: 31.1. 2008

² Konzernmandat

Angaben zum Hypothekenbankgeschäft

Deckungsrechnung

	in Mio €	
	2007	2006
A. Hypothekendarlehen		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute		
Hypothekendarlehen	—	—
2. Forderungen an Kunden		
Hypothekendarlehen	41 290	46 829
Weitere Deckungswerte ¹		
1. Andere Forderungen an Kreditinstitute	600	700
2. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	447	1 107
3. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand	—	—
Zwischensumme	42 337	48 636
Summe der deckungspflichtigen Hypothekendarlehen	36 322	42 175
Überdeckung	6 015	6 461
B. Öffentliche Pfandbriefe		
Ordentliche Deckung		
1. Forderungen an Kreditinstitute	624	459
Hypothekendarlehen	—	—
Kommunalkredite	624	459
2. Forderungen an Kunden	9 784	11 522
darunter:		
Hypothekendarlehen	892	1 363
Kommunalkredite	8 892	9 766
3. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	834	487
Weitere Deckungswerte ²		
Andere Forderungen an Kreditinstitute	—	50
Zwischensumme	11 242	12 518
Summe der deckungspflichtigen öffentlichen Pfandbriefe	7 394	7 014
Überdeckung	3 848	5 504

¹ Gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG.

² Gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte

in Mio €						
	NOMINAL 2007	NOMINAL 2006	BARWERT 2007	BARWERT 2006	RISIKOBARWERT 2007	RISIKOBARWERT 2006
1. Hypothekendarfandbriefe						
Deckungswerte ¹	42 337	48 636	43 268	50 519	44 565	52 037
davon: Derivate	—	—	—	—	—	—
Hypothekendarfandbriefe	36 322	42 175	36 880	43 635	38 306	45 221
Überdeckung	6 015	6 461	6 388	6 884	6 259	6 816
2. Öffentliche Pfandbriefe						
Deckungswerte ²	11 242	12 518	11 549	13 052	11 208	12 663
davon: Derivate	—	—	—	—	—	—
Hypothekendarfandbriefe	7 394	7 014	7 591	7 382	7 291	7 064
Überdeckung	3 848	5 504	3 958	5 670	3 917	5 599

1 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG.

2 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG.

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte

in Mio €				
	DECKUNGSWERTE 2007	DECKUNGSWERTE 2006	PFANDBRIEFE 2007	PFANDBRIEFE 2006
1. Hypothekendarfandbriefe¹				
bis zu 1 Jahr	13 196	11 361	7 074	8 379
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	18 708	24 894	16 128	17 825
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	8 829	10 557	10 859	13 942
mehr als 10 Jahre	1 604	1 824	2 261	2 029
	42 337	48 636	36 322	42 175
2. Öffentliche Pfandbriefe²				
bis zu 1 Jahr	3 485	4 072	915	402
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4 566	4 981	2 744	3 138
mehr als 5 Jahre bis 10 Jahre	2 325	2 439	2 370	2 209
mehr als 10 Jahre	865	1 026	1 365	1 264
	11 241	12 518	7 394	7 013

1 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 19 Abs. 1 PfandBG; nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen.

2 Einschließlich weitere Deckungswerte gemäß § 20 Abs. 2 PfandBG; nach Zinsbindungsfristen bzw. nach Restlaufzeiten bei Pfandbriefen.

Zur Deckung von Hypothekendarfandbriefen verwendete Forderungen nach Größengruppen

in Mio €		
	2007	2006
Hypothekendeckungswerte		
bis einschließlich € 300 000,—	26 224	29 522
mehr als € 300 000,—		
bis einschließlich € 5 000 000,—	10 991	12 458
mehr als € 5 000 000,—	4 075	4 849
	41 290	46 829

Angaben zum Hypothekenbankgeschäft (FORTSETZUNG)

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Gebieten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, sowie nach Nutzungsart

	in Mio €			
	HYPOTHEKENDECKUNGSWERTE			
	WOHNZWECKEN DIENEND		GEWERBLICH GENUTZTE GRUNDSTÜCKE	
	2007	2006	2007	2006
1. Deutschland				
Wohnungen	10 332	11 796	—	—
Einfamilienhäuser	10 869	12 269	—	—
Mehrfamilienhäuser	9 147	10 150	—	—
Bürogebäude	—	—	4 166	4 864
Handelsgebäude	—	—	3 397	3 858
Industriegebäude	—	—	778	872
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	—	—	818	938
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	994	1 069	679	883
Bauplätze	43	48	51	51
	31 385	35 332	9 889	11 466
2. Frankreich/Monaco				
Wohnungen	—	—	—	—
Einfamilienhäuser	3	3	—	—
Mehrfamilienhäuser	1	1	—	—
Bürogebäude	—	—	6	6
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	—	—
	4	4	6	6
3. Italien/San Marino				
Wohnungen	—	1	—	—
Einfamilienhäuser	1	1	—	—
Mehrfamilienhäuser	—	—	—	—
	1	2	—	—
4. Luxemburg				
Bürogebäude	—	—	4	4
	—	—	4	4
5. Niederlande				
Bürogebäude	—	—	—	13
	—	—	—	13
6. Österreich				
Wohnungen	1	1	—	—
Einfamilienhäuser	—	—	—	—
Mehrfamilienhäuser	—	—	—	—
	1	1	—	—
7. Spanien				
Wohnungen	—	—	—	—
Einfamilienhäuser	1	1	—	—
Unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	—	—	—	—
	1	1	—	—
	31 392	35 340	9 899	11 489

**Zur Deckung von öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen,
nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitzland**

		in Mio €	
		DECKUNGSWERTE	
		2007	2006
1. Deutschland			
Staat		118	309
Regionale Gebietskörperschaften		3.466	3.286
Öffentliche Gebietskörperschaften		4.926	5.546
Sonstige		1.991	2.673
		10.501	11.814
2. Europa¹			
Sonstige		—	—
		—	—
3. Griechenland			
Staat		236	236
Sonstige		27	43
		263	279
4. Italien			
Regionale Gebietskörperschaften		20	20
		20	20
5. Österreich			
Staat		388	210
		388	210
6. Spanien			
Regionale Gebietskörperschaften		20	20
Öffentliche Gebietskörperschaften		50	50
Sonstige		—	75
		70	145
		11.242	12.468

¹ Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

Angaben zum Hypothekendarbankgeschäft (FORTSETZUNG)

Rückständige Leistungen

Die rückständigen Leistungen bei Hypothekenforderungen bzw. öffentlichen Forderungen aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2006 bis 30. September 2007 verteilen sich auf:

in Mio €		
	DECKUNGSWERTE	
	2007	2006
1. Rückständige Leistungen auf Hypothekenforderungen		
Deutschland	19	32
	19	32
2. Rückständige Leistungen auf öffentliche Forderungen		
Deutschland		
Regionale Gebietskörperschaften ¹	5	4
Sonstige ¹	2	9
	7	13

¹ Öffentlich verbürgte Forderungen.

Rückzahlungen und Zwangsmaßnahmen

	HIERVON ENTFALLEN AUF	
	GEWERBLICH GENUTZT 2007	WOHNZWECKEN DIENEND 2007
1. Rückzahlungen		
	in Mio €	
durch Amortisation	912	3006
in sonstiger Weise	964	1705
	1876	4711
(Vergleichswerte 2006)	1670	3788)
2. Zwangsmaßnahmen		
	ANZAHL DER FÄLLE	
a) am 31.12.2007 anhängige		
Zwangsversteigerungsverfahren	415	22
Zwangsverwaltungsverfahren	22	6
Zwangsversteigerungsverfahren und Zwangsverwaltungsverfahren	334	33
	771	61
(Vergleichswerte 2006)	1702	165
b) in 2007 durchgeführte Zwangsversteigerungsverfahren	1347	104
(Vergleichswerte 2006)	1849	118
3. Eingesteigerte bzw. übernommene Objekte		
Im Berichtsjahr hat die Pfandbriefbank keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten an Hypotheken übernehmen müssen.		

Zinsrückstände

Die rückständigen Zinsen auf Hypothekendeckungswerte aus Fälligkeiten vom 1. Oktober 2006 bis 30. September 2007 beliefen sich auf 7 Mio €. Die Rückstände verteilen sich auf:

	in Mio €	
	2007	2006
Gewerblich genutzte Grundstücke	2	2
Wohnzwecken dienende Grundstücke	5	7

Der vorliegende Jahresabschluss wurde am 10. März 2008 aufgestellt.

Bayerische Hypo- und Vereinsbank
Aktiengesellschaft

DER VORSTAND

Cernko Ermisch Friedhofen Laber Schmittmann
Seilheimer Sohler Sprißler Varese Wölfer

Versicherung des gesetzlichen Vertreters

gemäß § 264 Abs. 2 Satz 3 und § 285 Abs. 1 Satz 5 HGB

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

München, den 10. März 2008

Bayerische Hypo- und Vereinsbank
Aktiengesellschaft

DER VORSTAND

Cernko Ermisch Friedhofen Laber Schmittmann
Seilheimer Sohler Sprißler Varese Wölfer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bayerische Hypo- und Vereinsbank Aktiengesellschaft, München, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäfts-

tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 10. März 2008

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Becker
Wirtschaftsprüfer

Pukropski
Wirtschaftsprüfer

Finanzkalender

Termine 2008

Veröffentlichung des Jahresabschlusses 2007	Erscheinungstermin: 13. März 2008
Zwischenbericht zum 31. März 2008	Erscheinungstermin: 8. Mai 2008
Hauptversammlung	29. (30.) Juli 2008 ¹
ICM Internationales Congress Center München	
Messegelände München-Riem, 81823 München	
Halbjahresfinanzbericht zum 30. Juni 2008	Erscheinungstermin: 4. August 2008
Zwischenbericht zum 30. September 2008	Erscheinungstermin: 12. November 2008

¹ Die Hauptversammlung wird für den 29. Juli 2008 und für den Fall, dass sie an diesem Tag nicht abgeschlossen werden kann, vorsorglich auch für den 30. Juli 2008 einberufen.

Ansprechpartner

Wenn Sie Fragen zum Geschäftsbericht oder zu unseren Zwischenberichten haben, wenden Sie sich bitte an unsere Abteilung Investor Relations:
Telefon 089 378-25276
Telefax 089 378-24083
E-mail: ir@hvb.com
Wichtige Unternehmensnachrichten können Sie unmittelbar nach Veröffentlichung unter www.hvb.com abrufen.
Sie können sich hier ebenfalls für unseren E-mail-Abo-Service registrieren.

Internet

Sie können unsere Geschäfts- und Zwischenberichte (Konzern) auf unserer Website abrufen:
www.hvb.com/geschaeftsbericht und
www.hvb.com/zwischenbericht

Veröffentlichungen für unsere Aktionäre

Geschäftsbericht (deutsch/englisch)
Kurzfassung und Langfassung
Zwischenberichte (deutsch/englisch)
zum 1., 2. und 3. Quartal
Nachhaltigkeitsbericht
Sie können PDFs aller Berichte im Internet abrufen unter
www.hvb.com/geschaeftsbericht oder
[/zwischenbericht](http://www.hvb.com/zwischenbericht) oder
[/nachhaltigkeitsbericht](http://www.hvb.com/nachhaltigkeitsbericht)

Bestellungen

Wenn Sie weitere Exemplare des Geschäftsberichts oder eine der hier angegebenen Publikationen beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an:
HVB Group
Service Berichtswesen
Telefon 089 85709286
Telefax 089 85709287